

Politische Berichte



19. September 1987
Jg. 8 Nr. 19

G 7756 D

Preis:
2,50

Weg mit den Todesurteilen in Südafrika / Azania! Freilassung der „Sechs von Sharpeville“!



Bilanz des Honecker-Besuchs: DDR hat wesentliche BRD-Positionen anerkennen müssen Seite 8



Jahrestag des Putsches in der Türkei: Demonstrationen gegen BRD-Türkeihilfe und türkische Junta Seite 9



Aachener Erklärung zur Agrarpolitik vom 2. Juli 1987: „Bauern und Verbraucher für eine neue Agrarpolitik“ Seite 11

Von links oben nach rechts unten: Theresa Ramashemola, Oupa Moses Diniso, Duma Joshua Khumalo, Reid Malepo Mokoena, Francis Don Mokhesi, Reginald Sefatsa

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/211658. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik
und Wirtschaft

Haushalt 1988: CDU, CSU und FDP bekräftigen Koalitionsgrundsätze. SPD bietet Zusammenarbeit an 4

FDP-Parteitag: Das Gewaltmonopol muß gestärkt werden! 7

Aufstandsbekämpfung: Konstrukt der „Gesamt-RAF“ soll abgesegnet werden 7

Honecker-Besuch: Die DDR hat wesentliche BRD-Positionen anerkennen müssen 8

Türkei-Solidarität: Gegen BRD-Türkeihilfe und türkische Junta . . 9

Frauenhaftanstalt Plötzensee: Hungerstreik gegen Behandlungsvollzug 10
Erklärungen zum Hungerstreik . . 11

Auslandsberichterstattung

Gaza-Streifen: 20 Jahre zionistische Kolonialpolitik – anhaltender palästinensischer Widerstand . . . 12
Programm der PNF von 1973 . . . 13

Chile: Soziale Mobilisierung weder gescheitert noch überholt 13

Chile: Hungerstreik von politischen Gefangenen 14

Jugoslawien: „Finanzskandal“ bei Agrokommerz 14

Großbritannien: Mitgliederzahlen der Gewerkschaften fallen 15

Schweiz: „Arbeitsfrieden“ und Chauvinismus lähmen Gewerkschaften – Widerstand wächst . . . 15

Internationale Meldungen 16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:

KHD: Ein Monopol expandiert mit Rüstung 18
Flexi-Werbung bunt bebildert . . . 18
Rheinischer Merkur: „Volk ohne Raum“ 18
Kirchen für religiöse Propaganda in der UdSSR 19

Ladenschlußgesetz: Der Dienstleistungsabend zerbricht die Front von Gewerkschaften und Einzelhandel 19

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten 21

Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte

Rote Armee Fraktion (RAF)

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Zum 1. Oktober gibt der Verlag GNN eine Dokumentation der Auseinandersetzung zwischen der Roten Armee Fraktion und dem Staatsapparat der BRD heraus. Sie enthält programmatische Schriften und Erklärungen der RAF sowie Texte des Staatsapparates und des gesellschaftlichen Überbaus zwischen 1970 und 1984, schwerpunktmäßig bis 1977.

Mit der Veröffentlichung von nicht oder nur schwer öffentlich zugänglichen, von verschütteten, unbekanntem oder ignorierten Quellen will der Verlag GNN zur notwendigen Aufarbeitung der Auseinandersetzung beitragen. Die Dokumentation von Schriften der RAF soll die Kenntnis ihrer politischen Zielsetzungen, ihrer Kritik am US-Imperialismus und am Imperialismus der BRD und ihre Begründung des Konzepts Stadtguerilla vermitteln. Die Dokumentation von Texten der Staatsorgane und des gesellschaftlichen Überbaus hellt auf, wie die satte Zufriedenheit der sich erneut Weltgeltung verschaffenden imperialistischen Herrschaft mit eiskaltem Vernichtungswillen auf die „Herausforderung“ des Terrorismus“ reagiert hat.

Die Dokumentation umfaßt ca. 140 Seiten im DIN A4-Format. Preis: 8 DM. Bestellungen an: Verlag GNN, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1.

	LW. 87	LW. 83	BW. 87			
Tsd.	Stim.	%	Stim.	%	Stim.	
Alle	1557	76,0	1667	84,8	1720	84,4
CDU	659	42,6	814	49,0	715	41,9
SPD	700	45,2	726	43,7	679	39,8
GRÜ.	60	3,9	59	3,6	136	8,0
FDP	80	5,2	35	2,2	160	9,4
SSW	23	1,5	21	1,3	-	-
UWSH20	1,3	-	-	-	-	-
abgegebene Stimmen						
DKP	2329	0,2	2199	0,1	-	-
NPD	-	-	-	-	8168	0,5
Patriot.	-	-	-	-	1105	0,7

Landtagswahlen Schleswig-Holstein: Kein Linksrutsch!

Das Wahlergebnis ermöglicht eine Regierungsbildung von FDP und CDU unter erneuter Führung von Barschel: Die CDU kommt im neu gewählten Landtag auf 33 Sitze, die FDP auf 4. Der SSW, der sich als Vertreter der dänischen Minderheit genötigt sah zu erklären, er würde eine Regierungsbildung nicht blockieren, erhielt ein Landtagsmandat. Den Grünen gelang es nicht, in den Landtag zu kommen.

Die CDU hat zwar 155037 Stimmen verloren, aber davon allein an die Nichtwähler 95000, an die FDP 30000 und an die UWSH etwa 15000. Die UWSH wurde nur von einem geringen Teil der bisherigen CDU-Wählerschaft gewählt. Das schlechte Abschneiden der UWSH wird die Faschisten zu offenerem Auftreten ermuntern. Die FDP ist nach vier Jah-

ren wieder im Landtag vertreten. Sie erhielt Überdurchschnittlich viele Stimmen im Hamburger Randgebiet. Sie hat dort die Auseinandersetzung mit den Grünen um die Gunst der Angehörigen der leitenden Mittelklassen eindeutig für sich entschieden. Die SPD ist jetzt zwar stärkste Partei. Absolut hat sie gegenüber den letzten Landtagswahlen aber 26000 Stimmen verloren. Weil die Grünen keine Kritik an der Reaktion leisten, unterscheidet sich ihre Politik kaum von der der SPD. Der Vernichtungsfeldzug der SPD hatte deshalb Erfolg. Gegenüber der Bundestagswahl haben die Grünen in den Städten fast die Hälfte ihre Wähler verloren. Die DKP konnte zum erstenmal seit 1978 ihren Stimmenniedergang stoppen. Die SPD spekuliert jetzt darauf, daß Barschel über seine Machenschaften stolpert und zurücktreten muß. Sie macht der FDP Koalitionsangebote. Die Programme beider Parteien würden zulassen, daß die FDP ihre Wirtschaftspolitik mit der SPD verwirklicht. Wenn Barschel tatsächlich zurücktreten sollte, müßte sich aber auch ein Ersatz finden lassen. – (clm, kaq)

Faschistische Sammlung parlamentarisch erfolgreich

Die am 13.09.87 stattgefundenen Bürgerschaftswahlen in Bremen haben zum Ergebnis: SPD 50,5% (1983 51,3%); CDU 23,4% (33,3%); GRÜNE 10,2% (5,4%); FDP 10,0% (4,6%); DKP 0,6% (-); ASD 0,5% (1,0%) „Li-

ste D“ 3,4% (-); Republikaner 1,2% (-); FAP 0,07% (-); MLPD 0,05% (-). Gegenüber den Bürgerschaftswahlen von 1983 fiel die Wahlbeteiligung um ca. 4% auf 75,7%. Die SPD erhält neuerlich die absolute Mehrheit mit 54 Sitzen (58). Die CDU erhält 25 Sitze (37), die GRÜNEN 10 (5), die FDP 10 (-) und die „Liste D“ 1 Sitz. Die Hoffnung von Teilen der politischen Opposition, das Lager der Faschisten würde sich durch die Kandidatur von drei Organisationen selber zersplittern, ist nicht eingetreten. Die Faschistische „Liste D“, ein Wahlbündnis von NPD und der „Deutschen Volksunion DVU“, konnte eine Sammlung für faschistisch-nationale Positionen auf sich konzentrieren. Mit 5,4% in Bremerhaven und 3% in Bremen stellt die „Liste D“ nun in der Stadtverordnetenversammlung von Bremerhaven zwei und in der Bremer Bürgerschaft (dem Landesparlament) einen Abgeordneten. „Liste D“, Republikaner und FAP erzielten zusammen über 18100 Stimmen, etwa 4,7%. Der parlamentarische Erfolg der „Liste D“ in Bremen wird die Formierung und Sammlung faschistischer Kräfte weiter befördern. Gewinne in absoluten Stimmen erzielte neben den Faschisten nur noch die FDP. Sie konnte, bezogen auf die Anfang Januar 1987 stattgefundenen Bundestagswahlen, weitere 1300 Wähler mobilisieren.

Anzeige

Materialien zur Programmdiskussion: Dokumentierte Literaturhinweise

Inhalt: Sämtliche in den „Materialien zur Programmdiskussion“ unter „Literaturhinweise“ aufgeführten Ergebnisse von DK-Arbeitsgruppen des BWK, Artikel aus Politische Berichte, Roter Morgen, Arbeiterkampf usw. zur Programmdiskussion, soweit in den „Materialien“ nicht bereits abgedruckt.

Voraussichtlicher Umfang: ca. 760 Seiten DIN A-4. Preis: Gebunden 70 DM, als Ordner 50 DM.

Einmalige, begrenzte Auflage. Bestellungen an:

GNN-Verlag, Postfach 260226, 5000 Köln 1

Bestellungen bis zum 1. Oktober. Später eingehende Bestellungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Die SPD verlor demgegenüber ca. 2000 Stimmen, die GRÜNEN über 22000. Die Verluste der CDU von ca. 31000 Stimmen, gegenüber den Bundestagswahlen sowie die Gewinne von Faschisten und FDP geben Hinweise auf eine neue Formierung des rechten Lagers, dessen Stärke keineswegs gebrochen ist. – (gec)

Schichtarbeit: Interview mit einem Bosch-Arbeiter 22

„Pfungstrandale: Sieben Anklagen: Schwerer Landfriedensbruch . . . 22

Deutsche Bank: Profil verbessert und 200 vor die Tür gesetzt 23

Grüne Familienpolitik: Müttermanifest auf dem Vormarsch . . . 23

Graubremse-Streik: Lohn und Tarifverträge verteidigt. Personalchef mußte gehen 24

Werften: Das Ende von HDW-Hamburg 25

Aids: Strafverschärfung gegen Gefangene 25

Tiefkühl-Heimservice: Außendienstverkäufer bei Bo-frost: Viel Arbeit, geringer Lohn 26
„10 Gründe, die für Bo-frost sprechen“ 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

Antifaschismus: Antifaschisten bekämpfen Skinhead-Treffen in Northeim 29

Aus Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Der neue Film: Otto: Bald im Stil deutscher Film-Komödchen der 50er Jahre 30

„Der Hauch des Todes“: James Bond wird ernst: Einsatz in Afghanistan 30

„Angel Heart“: Christlicher Horror 31

Aachener Erklärung: „Bauern und Verbraucher für eine neue Agrarpolitik“ 31

Spezialberichte

„Strukturkrise“ NRW: Auf Losungen wie „Rettet das Ruhrgebiet“ sollten sich die Lohnabhängigen nicht einlassen 34

Kapitalisten, CDU und FDP für Wende 34

Einseitige Wirtschaftsstruktur für Expansion und Rüstung 36

Eine Klärung, was nicht geht, ist dringend erforderlich 38

Vorstellungen oppositioneller Kräfte 39



Ein Gericht in Bloomfontein (Südafrika/ Azania) hat am 10.9. die Entscheidung über die Berufungsanträge der „Sechs von Sharpeville“ vertagt. Die Entscheidung, ob die sechs Azanier hingerichtet werden oder ob ihren Berufungsanträgen stattgegeben wird, soll erst im Oktober oder November fallen. Umso dringender sind jetzt Protestaktionen der Solidaritätsbewegung! Erste Aktionen (Bild: Hamburg) fanden bereits statt. Am 3.9. demonstrierten in Bonn Irmgard Blättel vom DGB-Bundesvorstand und Dr. Monika Wulf-Mathies (ÖTV) sowie 20 weitere ÖTV-Mitglieder gegen die drohenden Hinrichtungen der „Sechs von Sharpeville“. – (rül)

Titelbild: Die „Sechs von Sharpeville“

Haushaltsdebatte im Bundestag

CDU, CSU und FDP bekräftigen Koalitionsgrundsätze. SPD bietet noch mehr Zusammenarbeit an

Drei Tage lang debattierte letzte Woche der Bundestag über den Haushalt 1988. Politischer Aufschluß über Einzelheiten der beschlossenen Steuerreform oder gar der geplanten Angriffe auf die Renten- und Krankenversicherung war von dieser Debatte nicht zu erwarten gewesen. Schon im Sommer hatte das Kabinett beschlossen: Einzelheiten der geplanten Gesetze werden erst nach den Land-

tagswahlen beschlossen und veröffentlicht. Dabei blieb es. Aufschlußreich war die Debatte dennoch: Die Regierungsparteien demonstrierten, daß sie bei allem politischen Richtungsstreit im Einzelnen in ihren reaktionären Grundsätzen unerschütterter sind. Die SPD dehnte ihre Angebote zur Zusammenarbeit ausdrücklich auf „schmerzhaftes Eingriffe“ bei den Renten aus.

Haushalt 1988: Wichtige Titel

Die Entschlossenheit der Regierung, ihr reaktionäres Programm Zug um Zug in Angriff zu nehmen und auch durchzusetzen, zeigte sich schon beim Haushaltsentwurf. Nach Berechnungen der Fraktion der Grünen werden im nächsten Jahr die Rüstungsausgaben auf 62,9 Mrd. DM steigen. Der Einzelplan 14 des Verteidigungsministerium weist davon 51,6 Mrd. DM aus, weitere 11,3 Mrd. DM sind in anderen Einzelplänen untergebracht. Damit ist der Rüstungsetat erneut der größte Haushaltsposten und verschlingt fast ein Viertel der Gesamtausgaben (1988: 269 Mrd. DM) des Bundes. Das hielt Verteidigungsminister Wörner nicht davon ab, selbst diese Rekordrüstung noch als unzureichend anzugreifen und weitere Mittel zu fordern. „Noch in diesem Jahr“, so teilte er den Abgeordneten mit, werde das Bundeskabinett die mittelfristige Finanzplanung bis 1991 „überprüfen“, um die „Finanzierbarkeit einzelner nationaler Vorhaben“ zu sichern.

Absolut den zweitstärksten Anstieg sieht der Haushaltsentwurf erneut bei den Bundesschulden vor. Knapp 36

Mrd. DM wird die Bundesregierung im nächsten Jahr für die Bestreitung der Zinskosten auf die weiter steigenden Bundesschulden ausgeben, um die Ansprüche des Staatspapiere haltenden Klientels aus besserverdienenden Kreisen und Kapitalisten auch in Zukunft anstandslos zu befriedigen. Prozentual sogar noch stärker als dieser Etat wachsen zwei weitere, kleinere Einzeletats: Der Etat des Wirtschaftsministeriums (+15,1% auf 6,4 Mrd. DM) und des „Innerdeutschen Ministeriums“ (+12,5% auf 876 Mio. DM). Hauptposten im Etat des Wirtschaftsministers sind die Ausgaben für Exportbürgschaften, Rohstoffsicherung u.ä. Jederzeitige Befriedigung der Ansprüche der Kapitalisten auf Sicherung ihrer Expansion, Fortsetzung der Bekämpfung von Ansprüchen der Lohnabhängigen und gleichzeitig energische Förderung aller revanchistischen Kräfte – das sind weitere Grundzüge des Regierungsprogramms, die auch im neuen Haushalt festgeschrieben sind.

Regierungsgrundsätze für „Krisenbranchen“

Alle Redner des Regierungslagers verbanden die Zustimmung zu diesem

Haushalt mit einer Bekräftigung des grundsätzlichen Kurses der Regierung. Die im Sommer gelegentlich aufgekommene Sorge, eine Verschlechterung der Geschäftslage der Kapitalisten könnte Unsicherheit schaffen, ist inzwischen mit der Meldung der Bundesbank, daß die Aufträge für die Kapitalisten wieder steigen, weitgehend verfliegen. CSU-Waigel betonte: „Die von der Opposition aus Wahlkampfgründen herbeigesehnte Stagnation bzw. Rezession ist nicht in Sicht.“

Diese Beruhigung im eigenen Lager gegeben, will man sich nun von Regierungsseite den zahlreichen „Strukturkrisen“ in Bergbau, Landwirtschaft, Werften usw. annehmen. Hierbei deutet sich – entgegen dem von der bürgerlichen Presse gemeldeten heftigen Streit zwischen Regierungsparteien und SPD während der Haushaltsdebatte – in Wirklichkeit eine Zusammenarbeit von SPD und Regierung an. Grundlage dieser Zusammenarbeit ist nicht ein Nachgeben der Regierung z.B. gegenüber Forderungen der SPD nach Schonung der Lohnabhängigen oder gar ein Eingehen der Regierungsparteien auf Forderungen der Gewerkschaften. Vielmehr zeichnet sich hier

Kurd.-Komitee: 700 000 DM immer noch beschlagnahmt

Die Kölner Staatsanwaltschaft hat die 700 000 DM, die BKA und Generalbundesanwalt Rebmann bei den kürzlichen Razzien gegen Wohnungen von Kurden und in den Räumen des Kölner Kurdistan-Komitees beschlagnahmt hatten, noch immer nicht zurückgegeben. Oberstaatsanwalt Dr. Bellinghausen, der sich schon im Sommer bei der Verfolgung von Protestaktionen anlässlich des Papstbesuchs hervortat, will sich nun offenbar auch bei der Kurdenverfolgung auszeichnen. Nachdem er anfangs erklärt hatte, das Geld nur dem Inhaber der Wohnung, in der die 700 000 DM gefunden und beschlagnahmt worden waren, wieder zurückgeben zu wollen, sind nun mehrere Kurden vor das 14. Kommissariat (Politische Polizei) geladen, angeblich, um aufzuklären, wie und warum die Spenden in die Woh-

nung gebracht worden seien. Das Kurdistan-Komitee hat seinen Rechtsanwalt beauftragt, mit rechtlichen Schritten gegen den Oberstaatsanwalt und die aufsichtsführende Behörde, d.h. die NRW-Landesregierung und Justizminister Krumsiek, gegen die Anmaßungen des Oberstaatsanwaltes vorzugehen und die Herausgabe der Gelder zu verlangen. – (rül)

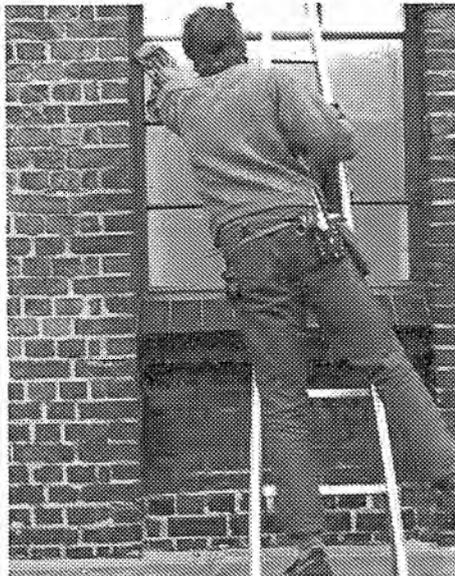
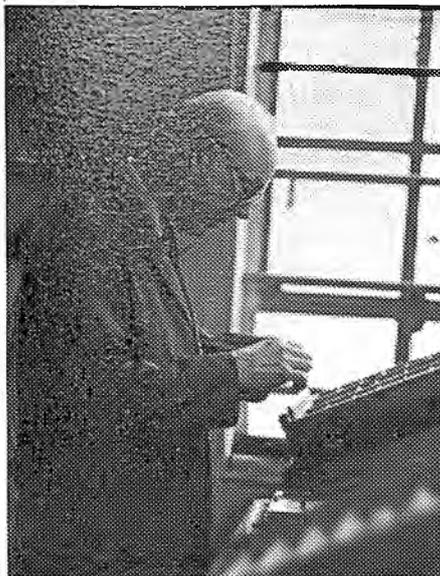
Asylrecht: Ein neuer SPD-Vorstoß

Die SPD-Fraktion hat einen Gesetzentwurf „zur Harmonisierung des Asylverfahrens mit dem Auslieferungsverfahren“ vorgelegt. Danach sollen Asylbewerber während der Prüfung ihres Asylantrags nicht ausgeliefert werden können. Vor Jahren hatte sich der türkische Asylbewerber Kemal Altun aus einem Fenster zu Tode gestürzt. Ihm drohte während des laufenden Asylverfahrens die Auslieferung in die Türkei. Seitdem bestätigen

auch bürgerliche Juristen, daß das Asyl- und Auslieferungsrecht „harmonisiert“ werden müßten. Dies will die SPD mit ihrem Antrag erreichen. Freilich soll die Auslieferungssperre nur gelten, wenn der Asylantrag zwei Wochen nach Beginn eines Auslieferungsverfahrens gestellt wurde. Wer später Asyl beantragt, soll nach Meinung der SPD-Fraktion auch in Zukunft ausgeliefert werden können, ohne daß sein Asylantrag entschieden ist. (BT-Ds. 11/741 – rül)

Todesfälle wegen Asbest steigen stark an

Die Zahl der asbestbedingten tödlichen Berufskrankheiten ist nach Auskunft des DGB alarmierend gestiegen. Während 1978 46 Todesfälle von den Berufsgenossenschaften anerkannt wurden, stieg diese Zahl bis 1986 auf 219. Am häufigsten sind Krebserkrankungen. Der DGB rechnet mit einem weiteren steilen Anstieg solcher To-



Die Regierungsgrundsätze sind bekräftigt: Schlecht bezahlte Arbeit soll noch schlechter entlohnt werden, bei den Renten soll es „schmerzhaft Eingriffe“ geben.

ein weiteres Einschwenken der SPD auf den Regierungskurs ab.

Welche Grundsätze von Regierungsseite aus bei der Lösung dieser „Strukturkrisen“ bei Werften, Kohle, Stahl usw. zur Anwendung kommen sollen, beschrieb Finanzminister Stoltenberg. Erstens gelte es, das Angebot an billiger Arbeitskraft für die Kapitalisten durch Steigerung des Drucks auf die ohnehin Armen weiter zu erhöhen. Stoltenberg wörtlich: „Im Innern müssen wir die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft weiter stärken, weil wir nur so das Angebot an bezahlbarer Arbeit vergrößern, den erreichten Wohlstand halten und die Zukunft sichern können.“ (Hervorhebung v.d. Red.) Zweitens könne und wolle man sich vor

Weltmarktkonkurrenz nicht abschotten. Stoltenberg erläuterte dies am Beispiel der Handelsschifffahrt, wo immer mehr Reeder ihre Schiffe unter sogenannten „Billigflaggen“ fahren lassen und Mannschaften zu Hungerlöhnen aus den Philippinen, Südkorea und ähnlichen Ländern heuern. Zynisch erklärte er die ÖTV für verantwortlich für solche Praktiken: „Wer durch einen Streik vor zwei Jahren die Kosten in der bereits hart bedrängten Handelsschifffahrt massiv nach oben trieb, muß heute zur Kenntnis nehmen, daß die neue Welle der Ausflagungen zahlreiche Arbeitsplätze für deutsche Seeleute vernichtet. Wir können krasses Fehlverhalten bestimmter Gewerkschaften ... nicht durch immer höhere Subventionen

ausgleichen.“ Löhne, Lohnnebenkosten (also die Versicherungsbeiträge der Kapitalisten) und die Steuern der Kapitalisten müßten vielmehr stärker gesenkt werden, damit gerade auch die Konzerne in Krisenbranchen besser konkurrieren könnten. Wieder Stoltenberg: „Die um ihre Arbeitsplätze bangenden Werftarbeiter an unserer Küste wissen schon, daß die Koreaner und Taiwanesen und demnächst auch die Chinesen im Schiffbau uns Europäern heute mit 30, 40 oder 45 Prozent unseres Lohnniveaus, der Lohnnebenkosten und Steuerlasten härteste Konkurrenz machen. Andere Wirtschaftszweige werden zunehmend dieselbe Erfahrung machen ... Ich unterstreiche, daß die Tarifpolitik stärker den sehr unterschiedlichen Strukturen und regionalen Gegebenheiten in der Bundesrepublik Deutschland Rechnung tragen muß.“ Das werden auch die Grundsätze sein, von denen sich die Regierung in den nächsten Wochen von ihrem angekündigten „Subventionsabbau“ leiten läßt: Verstärkung des Drucks auf die Gewerkschaften, weitere Bekämpfung von Ansprüchen der Lohnabhängigen, um die Ansprüche der Kapitalisten umso energischer befriedigen zu können.

Mit ähnlichen Grundsätzen will die Regierung auch in die Anfang Oktober geplante „Kohlerunde“ gehen. FDP-Bangemann erläuterte, wie die Regierung die Ausgangslage dafür sieht: „Allerdings sind die Kosten für die Kohlepolitik in einem Maße gestiegen, das volkswirtschaftlich Sorgen verursacht. Das ist nicht Schuld der Kohle. Wir haben erhebliche Rationalisierungsfortschritte erreicht, aber im Weltmarkt für Energiepreise ist der Energiepreis, der für uns bei der Frage öffentlicher Hilfen das Grundda-

desfälle. Die Statistik der Berufsgenossenschaften gebe zudem nur einen Bruchteil der Erkrankungen wider. Die Dunkelziffer bei berufsbedingten Asbesterkrankungen mit tödlichem Ausgang liege um ein Vielfaches höher. (DGB-Presse v. 18.8. - rül)

Grüne Baden-Württ.: Streit über Konzept gegen Späth

Seit einer Klausur der Stuttgarter Landtagsfraktion der Grünen ist es amtlich: für den Fall einer CDU-Minderheitsregierung befürwortet eine Mehrheit nach der Landtagswahl am 20.3.88 eine Wahl von Späth zum Ministerpräsidenten und die punktuelle Unterstützung seiner Regierung. Anzeichen einer „tief gespaltenen Volkspartei CDU“ sehen die Befürworter dieses Kurses in der Chile-Kampagne Blüms und Süßmuths Frauenpolitik. Diese „technokratisch-liberale“ Strömung in der CDU gelte es, gegen Zimmermann und Strauß durch grüne

Unterstützung zu stärken. Am 13.9. stimmte der Landesausschuß der Grünen vorläufig mit 36 zu 30 gegen diesen Kurs. Der Programmparteitag am 24./25.10. wird entscheiden. Die Grünen, die gegen eine Wahl Späths sind, schlagen vor, statt sich von Späth das grüne Image klauen zu lassen, endlich mit gleicher Münze heimzuzahlen: „... die Themen der anderen Parteien offensiv aufgreifen – Menschenrechte in Ost und West ...“ (Unterstr. im Original). Sollten das die Alternativen innerhalb der Grünen sein, dann: Gut Nacht, Marie! - (kuh)

Isolationshaft bald „Normalvollzug“?

Die Justizminister planen gesetzliche Vorstöße, um zahlreiche Terrormittel der Haftanstalten, die bislang meist gegen politische Gefangene wie die der RAF Anwendung fanden, künftig zum „Normalvollzug“ in BRD-Ge-

fängnissen zu machen. Eine einstimmig, d.h. mit Zustimmung auch der SPD auf der Justizministerkonferenz verabschiedete Resolution sieht u.a. vor: „Maßnahmen zur Erschwerung des Einbringens von unerlaubten Gegenständen ... in die Justizvollzugsanstalten beim Schriftwechsel, Paketempfang und der Rückkehr des Gefangenen in die Anstalt nach Vollzugslockerungen“ sowie eine stärkere „Berücksichtigung der Bereitschaft des Gefangenen zur Mitwirkung an der Erreichung des Vollzugszieles bei der Gewährung von Urlaub“. Das ist einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen zu entnehmen. Weitergehende Absichten (u.a. die Absicht, den Zeitungsbezug der Gefangenen weiter einzuschränken und Trennscheiben bei jedem Verteidigerbesuch vorzuschreiben) seien, so Bundesjustizminister Engelhard, noch nicht „entscheidungsreif“ (BT-Ds. 11/715 - rül)

Haushalt 1980 – 1988 im Vergleich, in Mrd. DM

Wichtige Einnahmeposten:	1980	1988	Änderung
Bundesanteil Lohn- u. Eink.-Steuer	61,6	82,5	+33,9%
Bundesanteil Umsatzsteuer	54,0	61,7	+14,3%
Körperschaftsteuer, Ertragssteuern	13,9	18,5	+33,1%
Wichtige Ausgabentitel:			
Verteidigungsetat (Nur Einzelplan 14)	39,5	54,1	+37,0%
Rentenzuschuß	29,9	36,3	+21,4%
Bundesschuld (Zinsen)	14,2	31,4	+121,1%
Berlinhilfe	9,2	12,7	+38,0%
Arbeitsmarktmittel (ABM, Arbeitsl.-Hilfe u.ä.)	4,0	9,6	+140,0%
Wirtschaftsförderung	5,8	8,7	+50,0%
Wohnungs- u. Städtebau	2,3	2,9	+26,1%
Innere Sicherheit	1,6	2,1	+31,3%
Wohngeld	1,0	2,0	+100,0%
Ausgaben insgesamt:	215,3	268,6	+24,8%

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Finanzbericht 1980 und 1988

tum ist, gefallen.“ Das Triumphgeschrei, das Kapitalisten und Regierung bei der Senkung der Rohölpreise gegen die OPEC ausgestoßen haben, findet so seine Fortsetzung in der Kohlepolitik: Fällt der Weltmarktpreis für Energie, dann muß eben auch der Kohlepreis fallen, dann sind weitere Rationalisierungen, Lohnsenkungen und Entlassungen unvermeidbar.

SPD: Auch bei „schmerzhaften Eingriffen“ dabei

Über die Reaktionen der SPD auf dieses Regierungsprogramm wurde in der bürgerlichen Presse nur ungenau berichtet. Im Vordergrund standen Berichte über „heftige Vorwürfe“, darüber, daß SPD-Vogel der Regierung „Konzeptionslosigkeit“ vorgeworfen habe, darüber, daß laut SPD-Roth die

Regierung bei der Einkommensverteilung die Lohnabhängigen wieder auf den Stand der 50er Jahre zurückgeworfen habe. Über Vogels gleichzeitige Angebote zur Zusammenarbeit wurde meist nur am Rande berichtet. Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD, Roth, erläuterte, daß damit auch die Mitarbeit bei schweren Angriffen auf Renten und andere Ansprüche der Lohnabhängigen gemeint ist: „Ich bin der festen Überzeugung, daß wir diese Strukturkrisen nur lösen können – das sage ich auch drei Tage vor einer Wahl in Bremen und Schleswig-Holstein –, wenn die beiden großen Parteien ... bereit sind, in wichtigen Strukturfragen unserer Gesellschaft wieder einen Grundkonsens zu entwickeln und diesen Grundkonsens auch in die Bevölkerung zu tragen.

Elende Lage der Gefangenen soll andauern

Seit dem 1.1.1977 schreibt das Strafvollzugsgesetz die Einbeziehung der Strafgefangenen in die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung vor, seit sieben Jahren eine Erhöhung ihrer Bezahlung für Gefangenearbeit (derzeit 5% des Durchschnittslohn aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, ca. 147 DM im Monat). Darauf hat die SPD-Fraktion jetzt die Bundesregierung in einer Anfrage hingewiesen. Die Bundesregierung hat beides ungerührt bestätigt. Sie hat sogar nachrechnen lassen, wie lohnend diese Versäumnisse sind. So würden bei einer Anhebung der Bezahlung für die zur Zeit 37107 Strafgefangenen, die Gefangenearbeit leisten, (meist für Kapitalisten außerhalb der Anstalt) von jetzt 147 DM auf 294 DM Mehrkosten von 63,6 Mio. DM entstehen. Ihre Einbeziehung in die

Renten- und Krankenversicherung würde sogar 300 Mio. DM kosten. Zynische Schlußfolgerung von Justizminister Engelhard: „Die Einbeziehung der Gefangenen in die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung und die Erhöhung des Arbeitsentgelts ist ausschließlich eine Frage der Belastbarkeit der Länderhaushalte.“ (BT-Ds. 11/717 – rül)

Biedenkopf geht zu Bertelsmann

„Professor Kurt Biedenkopf ... wird Beirats-Vorsitzender der Bertelsmann-Stiftung“, meldete am 11.9. die Bild-Zeitung. Biedenkopf solle die Stiftung „wissenschaftlich“, den Bertelsmann-Verlag „unternehmenspolitisch“ beraten, erläuterte Konzernchef Mohn die Berufung des CDU-Vorstandsmitglieds. Vor wenigen Jahren hatte der Medien-Konzern bereits den damaligen Ex-Finanzminister unter Helmut Schmidt, den SPD-Politiker Manfred

Die Rentenfrage ist nicht ohne schwierige und schmerzhaftige Eingriffe zu lösen. Die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit ist nicht ohne handfeste neue Finanzierungsformen für Beschäftigungsmaßnahmen zu finanzieren. Das muß zusammenkommen.“ (Hervorhebung v.d. Red.) Solche Angebote gipfelten dann in der Kritik an der Regierung, ihre gegenwärtige Politik führe „sie weg von der Interessenvertretung für die breiten Schichten unserer Bevölkerung.“ Als ob dies jemals Ziel und Zweck der Politik von CDU und CSU gewesen ist!

DGB: Kampagne gegen Regierungsprogramm

Der DGB hat für die kommenden Wochen eine „Informations- und Aktionskampagne“ gegen die Steuer- und Haushaltspolitik der Regierung angekündigt. Schon in diesen Tagen sollen erste Faltblätter erscheinen, im Oktober dann Plakate und eine Informationsbroschüre folgen. Wenn der DGB sich bemüht, dabei seine Mitglieder und die Öffentlichkeit gründlich über die gesetzgeberischen Pläne dieser Regierung – von der Steuerreform über das Arbeitszeitgesetz bis zur Reform von Renten- und Krankenversicherung – zu unterrichten, könnte die Kampagne nützlich werden und den Widerstand gegen diese Regierung stärken helfen. Unterstützung bei der SPD-Bundestagsfraktion wird der DGB, das steht nach der Haushaltsdebatte fest, bei diesem Bemühen nicht finden.

Quellenhinweis: Reden von Bange mann, Stoltenberg, Kohl, Roth u.a.; BT-Drucksachen 11/700 und 11/701; DGB-Pressedienst 297 vom 2.9.87 – (rül)

Lahnstein, in den Vorstand berufen. Bertelsmann verfügt damit über ausgezeichnete Verbindungen zu beiden großen Parteien – das erleichtert die Einflußnahme auf beide in Fragen der Medienpolitik sicherlich bedeutend. Die Berufung des CDU-Professors erhellt auch etwas dessen frühere Tätigkeit als „Schlichter“ im Druck-Tarifkonflikt vor ein paar Jahren. Die Flexi-Pläne, die Biedenkopf damals entwarf, kann er nun bei Bertelsmann weiter verfolgen. – (rül)

BRD-Waffentechnik gegen israelische Kriegserfahrung

Im letzten Frühjahr war Wörner in Israel, nun besuchte der israelische Kriegsminister Yitzhak Rabin die BRD. Neben Gesprächen mit Wörner, von Weizsäcker, Kohl und Strauß waren der Rüstungskonzern Diehl und die Kampftruppenschule in Munster wesentliche Besuchspunkte. Der große Bahnhof für Rabin (trotz Honecker)

FDP-Parteitag

**Das Gewaltmonopol
muß gestärkt werden!**

Sowohl Bundesaußenminister Genscher als auch der FDP-Vorsitzende und Bundeswirtschaftsminister Bagemann erörterten in ihren Ansprachen die „Krise der Gewerkschaften“. Sie griffen beide die „Inflexibilität“ der Gewerkschaften hinsichtlich Teilzeitarbeit und Arbeitszeit an. Auffällig ist, daß in den Beschlüssen den Parteitags zu diesen Angriffspunkten gegen die Gewerkschaften nichts zu finden ist, sondern der Parteitag vor allem zur Rechts- und Außenpolitik Beschlüsse gefaßt hat: u.a. zu „Frauen in die Bundeswehr“, „Zur Wahrung des inneren Friedens“ und zur „Menschenrechtspolitik“.

Der Bundesvorstand konnte Folgendes durchsetzen: „Wir Liberalen bejahen die Wehrpflicht als die einer freiheitlichen Demokratie angemessene Form der Landesverteidigung. Frauen unterliegen der Wehrpflicht nicht. Sie sollen aber künftig freiwillig und gleichberechtigt, d.h. auch an der Waffe, in den Dienst der Bundeswehr treten können.“

Damit hat der Bundesvorstand seinen ursprünglichen Antrag, das Grundgesetz entsprechend zu ändern, zurückgezogen zugunsten eines Antrags, der Propaganda in bestimmter Richtung erlaubt, ohne gesetzliche Maßnahmen direkt zu erzwingen. Das berücksichtigt die Differenzen in der Regierungskoalition, ermöglicht der FDP aber, unter dem Ruf nach „Gleichberechtigung“ für die Stärkung der Bundeswehr zu kämpfen.

Der Beschluß „Zur Wahrung des inneren Friedens“ bekräftigt das Ge-

waltmonopol des Staates und stellt fest, es bestehe keine neuer Gesetzgebungsbedarf, sondern „Handlungsbedarf“. Ausdrücklich fordert die FDP die Polizei auf zu vermehrten Festnahmen bei „Gewalt“ in Versammlungen, und die Justizminister werden angefeuert, endlich eine Beschleunigung der Strafverfahren gegen solche „Gewalttäter“ durchzusetzen. Statt erhöhter Strafandrohung bei Vermummung und Gewalt will die FDP also lieber vermehrte Festnahmen und „kurzen Prozess“. Gegenüber dem Gesetzes-Vorhaben der CDU/CSU, zu lebenslänglich verurteilte RAF-Mitglieder nur dann nach 15 Jahren aus dem Gefängnis zu entlassen, wenn sie sich vom „Terrorismus“ lossagen, hält die FDP kühl fest: Schon jetzt kann nur vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen werden, wenn die „Sozialprognose günstig“ ist, und mit Lippenbekenntnissen wolle man sich nicht rumschlagen. D.h. jemand, der nicht schon lange vor Ablauf von 15 Jahren abgeschworen hat, muß inhaftiert sein, bis er stirbt.

Die liberalen Rechtsgrundsätze erkennen also keineswegs die Berechtigung von Widerstand gegen gesellschaftliche und politische Verhältnisse in der BRD an, sondern die FDP fordert genau wie die Unionsparteien kategorische Bestrafung und die Vernichtung des Widerstandes.

Dies ist auch der Hintergrund des Beschlusses zur „Menschenrechtspolitik“. Danach will die FDP „weltweit für den Schutz und die weitere Verwirklichung der Menschenrechte“ kämpfen und für die Unterzeichnung der europäischen Anti-Folterkonvention und der UN-Antifolterkonvention durch die Bundesregierung eintreten. Sie verlangt einen UNO-Hochkom-

missar für die Menschenrechte, einen Menschenrechtsgerichtshof bei der UNO und die weltweite Ächtung der Todesstrafe.

Bundesaußenminister Genscher führte zum Kampf für Menschenrechte, Kampf für Frieden und Kampf um die natürlichen Lebensgrundlagen aus: „Sie sind Weltinnenpolitik.“

Mit dieser Begründung kann sich die BRD in alles einmischen – und offensichtlich geht die FDP davon aus, daß der westdeutsche Einfluß in UNO und EG stark genug ist, um ihn für Einmischungen jeglicher Art in andere Staaten nutzen zu können, ohne daß dabei die BRD unter internationalen Druck gerät.

Mit diesem Beschlußpaket ist ein Rahmen für eine aggressive und expansive, gegen die Arbeiterbewegung im eigenen Land und gegen die Völker Europas und der Dritten Welt gerichtete Politik geschaffen.

Quellenhinweis: Beschlüsse des 38. FDP-Parteitags, Pressematerialien zum 38. Bundesparteitag in Kiel – (uld)

Aufstandsbekämpfung

**Konstrukt der „Gesamt-RAF“
soll abgesegnet werden**

Am 1. September begann vor dem Fünften Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart im Prozeßbunker in Stammheim der Prozeß gegen Eva Haule-Frimpong, Luitgard Hornstein und Christian Kluth. Allen drei Angeklagten wirft die Bundesanwaltschaft „Mitgliedschaft in der Rote Armee Fraktion“ vor.

Damit will die Bundesanwaltschaft erstmals ein Mitglied aus der Guerilla

und die Eile bei diesem Gegenbesuch verdeutlichen, daß die Bundesregierung neuerdings großes Interesse am Aufbau militärischer Beziehungen zu Israel und damit an weiteren Einflußmöglichkeiten im Nahen Osten hat. Nach der Türkei, wo die BRD bereits fest mit einem Stiefel im Lande steht, könnte Israel ebenfalls zu einem festen und abhängigen Bündnispartner der europäischen Imperialisten ausgebaut werden. Außerdem reizt die Kriegserfahrung Israels. Bereits nach dem Wörner-Besuch 1986 schrieb die „Europäische Wehrkunde“ 5/86: „Aus den Erkenntnissen und Erfahrungen, die Israel mit den sowjetischen Waffen seiner Gegner sammeln konnte und mußte, wäre für Deutschland taktisch und technisch eine Menge zu gewinnen, während es für Israel Sinn hätte, aus der Einfügung in den Kreislauf der Hochtechnologie nicht allein durch den amerikanischen Partner zu profitieren.“ – (jok)



Am 11.9. demonstrieren mehrere hundert Menschen in Bremen (Bild) anlässlich des Jahrestages der Militärputsche in der Türkei und in Chile unter der Forderung: „Schluß mit der Militärdiktatur – Demokratie jetzt“. Aufgerufen hatten u.a. der Chile-Koordinationskreis, SPD, Grüne, DFU, VVN. Chile- und Türkei-Gruppen sowie linke Organisationen führten am gleichen Tag in Hannover eine Kundgebung durch. Am 5.9. fand bereits eine Chile-Demonstration mit 500 Teilnehmern in Bonn statt. – (sie)

zusammen mit zwei Gefangenen aus dem antiimperialistischen Widerstand als „Mitglieder“ aburteilen lassen. Jeder Versuch, die Totalisolation der RAF zu durchbrechen, soll nach § 129 a als „Mitgliedschaft“ kriminalisiert werden.

Das Konstrukt der Bundesanwaltschaft lautet: „Die RAF gliedert sich heute in ‚Guerilla‘, ‚Widerstand‘ und ‚Gefangene‘. Propagandistische Unterstützung findet sie bei Sympathisanten.“ Die Mitglieder der Guerilla würden die Führung bilden und als „Kommandos“ auftreten, die zweite Ebene wären die „illegalen Militanten“, zu denen die jetzt in Stammheim Angeklagten Luitgard H. und Christian K. zählten. Dritte Ebene wären die Gefangenen und vierte Ebene das „Unterstützerfeld“. Das Ganze sei die „Gesamt-RAF“.

Nach dieser Doktrin der „Gesamt-RAF“ werden zwischenzeitlich zahlreiche Anklagen gemäß § 129 a gegen Personen aus dem legalen Widerstand erhoben, z.B. gegen den Frauenbuchladen aus Hamburg, weil dieser an Luitgard H. eine Nummer der Zeitschrift „sabot“ geschickt hat. Die „Beweisführung“ gegen Luitgard H. und Christian K. sieht entsprechend aus: Angeführt wird die große Menge von aufgefundener politischer Literatur und revolutionärem Schrifttum, aus der sich deren Auseinandersetzung mit revolutionärer Theorie und Praxis ergibt. Angeführt wird weiter, daß die beiden Angeklagten offensichtlich in einer Diskussion mit der Guerilla standen, sie wurden zusammen mit Eva Haule-Frimpong festgenommen. Mit dieser „Beweisführung“ und der Aburteilung soll jede politische Auseinandersetzung mit der Guerilla von einer gemeinsamen antiimperialistischen Basis aus kriminalisiert werden.

Aus dem Konstrukt der „Gesamt-RAF“ ergibt sich der fortdauernde Wille der Bundesanwaltschaft, Gefangene aus der Guerilla und dem Widerstand wegen „mitgliedschaftlicher Betätigung“ während der Haft erneut aburteilen zu können. Um hierfür „Beweismittel“ zu schaffen, werden politische Äußerungen der Gefangenen, die sich aus Briefen ergeben, herangezogen. Wie sehr der Fünfte Strafsenat das Konstrukt von der „RAF im Knast“ teilt, ergibt sich aus seiner Beschlagnahmep Praxis: Briefe schreiben der Gefangenen wird als „terroristische Aktivität“ qualifiziert.

In einer weiteren Anklage der Bundesanwaltschaft vom 11.5.87 gegen drei Gefangene aus dem Widerstand heißt es dann auch, zur dritten Ebene der RAF, den Gefangenen, zählten Mitglieder aus Guerilla und Widerstand, deren Mitgliedschaft aus der Haft fortduere und die auf den „Kampf“ der „RAF“ aus der Haft heraus unmittelbar Einfluß nehmen würden. (hem)



Honecker, Kohl und die „Innerdeutsche“ Ministerin Wilms

Bilanz des Honecker-Besuchs

Die DDR hat wesentliche BRD-Positionen anerkennen müssen

Erstens. Bereits beim sogenannten „Werbelinsee-Treffen“ des damaligen Bundeskanzlers H. Schmidt mit dem Staatsratsvorsitzenden E. Honecker in der DDR (11.-13.12.81) hatten die Gastgeber es hinnehmen müssen, daß der seinerzeitige Innerdeutsche Minister E. Franke und *nicht* der seinerzeitige Außenminister Genscher als bundesdeutscher Delegations-Gesprächspartner des DDR-Außenministers O. Fischer auftrat. Beim jetzigen Besuch der DDR-Delegation in der BRD war erneut nicht Genscher, sondern die Innerdeutsche Ministerin D. Wilms die zuvor *protokollarisch vereinbarte* bundesdeutsche Delegations-Gesprächspartnerin Fischers. Vor der Internationalen Öffentlichkeit hat die DDR somit endgültig anerkennen müssen, daß sie „für die Bundesrepublik ... nicht Ausland (ist), weshalb das Auswärtige Amt sich nicht als zuständig für Innerdeutsches betrachtet“. (FAZ, 9.9. u. Herald Tribune, New York, 8.9.)

Zweitens. Die DDR-Seite hat diesen BRD-Erfolg keineswegs durch jenes, unterhalb der Verhandlungsebene der offiziellen Delegationen zustandekomme, Gespräch zwischen den beiden Außenministern neutralisieren können. Denn es ist der BRD gelungen, zum einen die bilateralen Beziehungen als Thema dieser Besprechung auszublenzen und zum anderen die DDR-Seite auf ihr Konzept der zweistaatlich betriebenen *einheitlichen* – nämlich: „*deutschen*“! – Außenpolitik (UNO, KSZE, MBFR-Konferenz in Wien etc.) zu verpflichten. D.h. die BRD hat die DDR-Seite unter der Flagge der „Verantwortungsgemeinschaft in Sachen Frieden“ faktisch

zum Verzicht auf eine eigenständige diesbezügliche Außenpolitik zugunsten einer abgestimmten gemeinsamen Politik bewegen können. Dabei hat sich die BRD auf jene (schon in der Werbelinsee-Konferenz gebrauchte) Formel „*Von deutschem Boden muß Frieden ausgehen ...!*“ stützen können. Diese Konsensformel relativiert, ja impliziert die Existenz zweier benachbarter Staaten (BRD, DDR) in Richtung auf das zugrundeliegende *eine* Territorium, d.h. das eine („zur Zeit noch zweistaatlich verfaßte“) Deutsch-Land.

Drittens. Die BRD hat faktisch auch in der Frage der Regelung des Elbe-Grenzabschnitts die DDR von der zwischenstaatlichen Ebene abdrängen können und den niedersächsischen (Landes-)Ministerpräsidenten Albrecht zum (in dieser Sache) zuständigen Verhandlungspartner machen können: „Weder Honecker noch Albrecht waren bereit, etwas über den Gesprächsinhalt mitzuteilen ... – (Albrecht hat) bislang die DDR-Forderungen abgelehnt. Wie es aussieht, hat er seine Meinung nicht geändert. Doch scheint er zu praktischen Regelungen für die Schifffahrt bereit. Allerdings wurde auch nach der gestrigen Sitzung des niedersächsischen Kabinetts das Stillschweigen bewahrt“ (Neue Presse, Hannover, 9.9.). Mit dem Akzeptieren Albrechts als Gesprächs- und Verhandlungspartner von Seiten der DDR hat die BRD einen weitreichenden Erfolg erzielt, insofern sie seit eh und je der Grenze zwischen beiden Staaten lediglich die Qualität einer (föderativen) *innerstaatlichen Landesgrenze* zugesteht. – (huh)

Gegen BRD-Türkeihilfe und türkische Junta

Knapp 10000 Demonstranten beteiligten sich am 12. September an zwei zentralen Protestaktionen in Köln gegen die Türkeipolitik der BRD und die türkische Militärjunta. Anlaß war der 7. Jahrestag des Militärputsches in der Türkei. Zu der einen Demonstration hatte eine Aktionseinheit von den türkischen und kurdischen Organisationen ATIF, Dev-Genc, Decrimci-Isci, DİDF, TKP/ML und TSK-DK aufgerufen. Im Zentrum dieser Demonstration, an der ca. 3500 Menschen teilnahmen, stand die Solidarität mit den momentanen Hungerstreiks und dem Widerstand zahlreicher politischer Gefangener in der Türkei gegen Folter und unmenschliche Haftbedingungen. Zahlreiche Transparente betonten die Solidarität mit den politischen Gefangenen und ihrem Kampf. Zu der anderen Demonstration hatte Feyka-Kurdistan aufgerufen. 5000 Teilnehmer an dieser Aktion, darunter auch die Vereinigte antifaschistische Widerstandsfrente aus der Türkei, demonstrierten ihre Solidarität mit dem bewaffneten Befreiungskampf in Kurdistan, gegen den Terror des türkischen Kolonialregimes. Auf der Schlußkundgebung forderte der Veranstalter, daß die Kölner Staatsanwaltschaft sofort die unrechtmäßig beschlagnahmten und immer noch zurückgehaltenen 700000 DM Spendengelder für kurdische Gefangene zurückgeben soll.

An den Demonstrationen beteiligten sich auch Leute von den Antimperialisten, Autonome, BWK, Kommunistischer Bund, MLPD, Volksfront, VSP. Von einem Teil der kurdischen, türkischen und westdeutschen Organisationen wurde bei beiden Demonstrationen ein Faltblatt der „Antifaschistischen Plattform“ verteilt. Das Faltblatt stieß auf großes Interesse.

In einzelnen Städten des Bundesgebiets hatten schon in den Tagen vor dem Jahrestag des Militärputsches in der Türkei örtliche Aktionseinheiten von westdeutschen, türkischen und kurdischen Organisationen diese Faltblätter verteilt und Aktionen durchgeführt. Weitere Veranstaltungen und Aktionen sind in den nächsten Wochen geplant, so in Westberlin, wo am 24. September der türkische Ministerpräsident Özal zu einem offiziellen Besuch eintreffen wird.

Ebenfalls am 12. September fanden in Düsseldorf, Hannover und Nürnberg Protestkundgebungen vor türkischen Konsulaten gegen die türkische Junta, gegen die Verfolgung und Unterdrückung des kurdischen Volkes und gegen die Türkeipolitik der BRD statt. Zu diesen Aktionen hatten KOMKAR und andere Organisationen aufgerufen. – (jöd, rül)



Forderungen aus den Demonstrationen zum 7. Jahrestag des Militärputsches in der Türkei. Im Bundestag wird in den nächsten Wochen über die nächste Rate der „Türkeihilfe“ beraten: 130 Mio. DM sieht der Haushaltsentwurf der Regierung für 1988 an „Türkeihilfe“ vor.

Westberliner Frauenhaftanstalt Plötzensee:

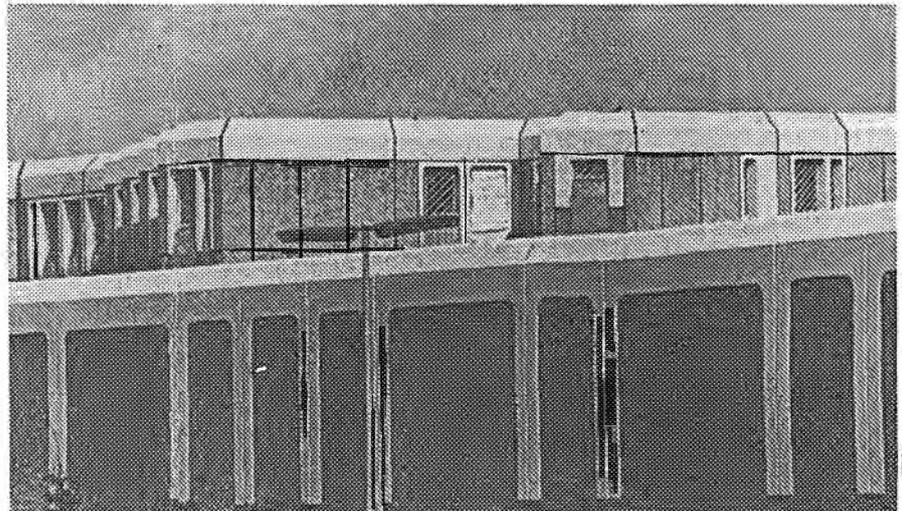
Über dreiwöchiger Hungerstreik gegen Behandlungsvollzug

Am 6.8. wird Marion Schwarz auf Antrag der Haftanstalt beim zuständigen Richter zwangsverlegt. Anlaß war die Verzögerung des Einschlusses, weil sie einen Spiegel mitnahm. Die eigens eingerichtete Abschirmstation für „Vollzugsstörerinnen“, auf die Marion gesperrt wird, bedeutet: 23 Stunden täglich totale Isolation. Die Pritschen haben fest eingebaute Verankerungen für die Fesselung von Insassinnen. Sie sind schallisoliert, so daß man nur das Summen der Neonlampe hört. Jeder Rufkontakt von Marion während der einstündigen Hofausführung wird mit Abbruch des Hofgangs geahndet. Da Marion nicht rechtskräftig verurteilt ist und auf ihre Revisionsverhandlung wartet, kann die Isolationsmaßnahme 6 Monate anhalten.

Am 12.8. treten drei Frauen u.a. wegen dieser Maßnahmen in den unbefristeten Hungerstreik. Es sind nach dem Betäubungsmittelgesetz Eingesperrte, für die aus angeblichen Sicherheitsbedürfnissen besonders entwürdigende Kontrollmaßnahmen durchgeführt werden. 27 weitere Gefangene schließen sich mit einem auf drei Tage befristeten Solidaritätsstreik an. Justizsprecher Kähne sagt, man solle doch erst mal das Abendessen abwarten. Am 14.8. wird die Therapiestation wird geräumt, die Frauen zwangsverlegt, da sie Gespräche mit der Psychologin und Urinkontrollen verweigern. Christine Wicke wird aufgrund „Eigenverschuldens“ von der Arbeit suspendiert, das heißt sie muß die Haftkosten tragen. Höflich, Anstaltsleiter geht auf keine der Forderungen (siehe Kasten) ein. Ab 16.8. schließen sich zwei weitere Frauen dem unbefristeten Hungerstreik an. Vor dem Knast finden Kundgebungen am 15.8. und am 27.8. statt. Die Alternative Liste erklärt, die Justizverwaltung solle den Forderungen nachkommen. Am 24.8. legen die Gefangenen den Tüten, die sie für Besteck für PanAm kleben, Zettel bei: „Während sie hier speisen, befinden sich acht Frauen aus der Plötze im unbefristeten Hungerstreik“. Die Aktion fliegt auf: Ablösung von der Arbeit, Geldforderungen, absolute Telefonsperre, Postsperrung. Am 31.8. fordern 27 Gefangene der Strafanstalt für Männer in Tegel zusätzlich Ausgabe von Kondomen und Spritzen gegen die Ansteckungsgefahr. 40 nehmen hier am 1.9. den Hungerstreik auf, am 4.9. setzen ihn 10 noch fort. Die Frauen haben am 3.9. abgebrochen. Im Frauenausschuß des Abgeordnetenhauses entgegnet der Staatssekretär Abgeordneten, die eine Erklärung zu den For-

derungen verlangen, die Frauen hätten grundlos gehandelt, aus terroristischen Motiven, um Solidarität der linken Szene zu erreichen.

Tatsächlich hat spätestens der Hungerstreik die zerstörerischen Auswirkungen der Haftbedingungen in Plötzensee deutlich gemacht. 1985 hatte der Senat die Haftanstalt in der Lehrter Straße durch die in Plötzensee ersetzt, angeblich um schlechte Haftbedingungen und Mißstände – Überbelegung – abzuschaffen. Tatsächlich gemeint war aber „den Mißstand“ der besseren Widerstandsmöglichkeiten der Gefangenen zu reduzieren, Überwachung, Vereinzelung, Differenzierung gegenüber den Gefangenen zu ermöglichen. Der sogenannte Normalvollzug in Plötzensee reicht vom offenen Vollzug bis zur Einzelisolation. Modell sind die Hochsicherheitstrakte. Das Moderne an Plötzensee:



Auf dem Foto zwar schwer zu erkennen, von der Stadtautobahn aber gut sichtbar: Plakate kündigen den Beginn des Hungerstreiks an.

5,30 hohe Betonmauern um das gesamte 44000 qm große Gelände, fünf Wachtürme, sechs Gebäudekomplexe aus fugenlosen Bauteilen, Sägezahnfassaden und Betonsichtblenden, um Pendeln und jeglichen Sicht- und Rufkontakt zu verhindern, Videoüberwachungsanlagen, akustische Überwachung durch eine Sprechanlage, Sicherheitstoiletten, die nicht an das normale Kanalnetz angeschlossen sind eine extra gesicherte Abschirmstation für Vollzugsstörerinnen, verschiebbare Trennwände

Die gefangenen Frauen der JVA Lehrter Straße wußten schon 1982, was auf sie im Neubau der JVA Plötzensee zukommen würde: „Obwohl die Lehrter schon durchgesetzt ist mit Schweinereien wie Wohngruppenvollzug, Behand-

lungsvollzug, verschärfter Sonderbehandlung, ist das System hier noch nicht perfekt. Es gibt Lücken, in die die Gehirnwäschespezialisten und Psychoklempner nicht eingreifen können, auch weil die baulichen Voraussetzungen einfach nicht da sind. Das soll mit der Fertigstellung des neuen Frauengefängnisses Plötzensee (welche Assoziation) anders werden. In dem Gefängnis, von dem der Tagespiegel sagt ‚das modernste Gefängnis Europas‘ und Springers Morgenpost ‚das Hilton für gefangene Frauen‘, wird die Vertraktung nicht Wunsch der Isolationstechniker sein, sondern perfekte Wirklichkeit. Die Möglichkeiten zu freien Zusammenschlüssen, die in der Lehrter eh schon total reduziert sind, werden dort gar nicht mehr existieren... Geplant wurde der Neubau 1975 zur Zeit des vom BRD-Staat erklärten Krieges gegen die RAF. Innerhalb von sechs Tagen nach der Flucht von vier gefangenen RAF-Frauen waren die Baukosten bewilligt. Die JVA Plötzensee ist Teil des neuen Normalvollzugsprogramms. In jahrelanger Erfahrung und Forschung mit u.a. politischen Gefangenen wurden sowohl in Hochsicherheitstrakten wie

auch im Normalvollzug Isolation und Differenzierungsprogramme immer perfekter. Neu ist die immer breitere Anwendung.

Aus unserer Sicht war die Unterstützung, auch wenn die hungerstreikenden Frauen das anders erfahren haben, insbesondere die der Parteien, Gewerkschaften und Gruppen, schwach entwickelt, und das in einer Situation, in der der Druck auf die Menschen in den Betrieben, den Betonsilos, Alters-, Kinder- und Erziehungsheimen, Schulen, Universitäten ... immer größer wird. Wie wir in dieser Vereinzelungsmaschine zusammenkommen können, haben uns die Frauen gezeigt. Sie haben angefangen, das Trennende zu durchbrechen. – (wip,chk)

Erklärungen der hungerstreikenden Frauen im Knast Plötzensee

Erklärung zur Aufnahme des Hungerstreiks:

Wir sind am 12.8.87 in einen unbefristeten Hungerstreik gegangen, da wir hier keine andere Möglichkeit mehr sehen, uns gegen die hiesige Entmenschlichungsmaschine zur Wehr zu setzen.

Nicht genug damit, daß eine Inhaftierung an sich den größten Ein- und Angriff in die Persönlichkeit/in das eigene Leben überhaupt darstellt, nein, es werden noch zusätzliche Maßnahmen ergriffen, die die totale Destruktion eines jeden Gefangenen zum Ziele haben. „Das Manifest der Entmenschlichung“ (24-Punkte-Programm nach Dr. Edgar H. Schein, Prof. der Psychologie) wird hier und sicher auch in allen anderen Knästen auf das optimalste realisiert. Dieses System hat schon so gegriffen, daß viele Frauen hier sich ihre Persönlichkeit/Ziele haben zerstören lassen und nur noch als angepaßt fungieren. Dies hat zur Folge, daß eine Zusammenarbeit, respektive im Kampf aller Frauen, uns nicht möglich war. Wir sind nicht alle und können auch nicht für alle reden, aber wir wollen den Anfang machen, für uns und unsere Belange zu kämpfen. Wir fordern:

Unzensurierten Briefverkehr

Unzensuriertes Lesematerial

Auch für BtMerinnen Besuche ohne Trennscheibe und/oder Bespitzelung durch Bewacher

Kein entwürdigendes Urinkontroll-Programm und dazugehörigem Seelenexhibitionismus bei „Vollzugslockerungen“ (Ausgang, Ausführung, Urlaub und Freigang)

Freie Entscheidung über politische Kontakte

Freie Entscheidung über das wie und mit wem Zusammenleben innerhalb des Knastes; das soll auch heißen: Aufhebung der Iso- und Ghettohaft, Telefonate ohne Bespitzelung

Da in der Vergangenheit zu oft der Gemeinschaftssinn zum Starksein fehlte, fordern wir Euch alle – drinnen und draußen – auf, neue Schritte auf dem Weg zum alten Ziel: gemeinschaftlicher Kampf zu machen. Schließlich und endlich gehören Unmenschlichkeit, Entmündigung und alle gegen ein selbstbestimmtes Leben gerichteten Schweinereien nicht nur „hier drinnen“ zum guten Ton der herrschenden Gesellschaft!

Wir wollen uns nicht von dem hier vorherrschenden Trend hin zur Schlachtvieh-Mentalität aufsaugen lassen. Wir wollen aus vorgezeichneten Bahnen ausbrechen, uns nicht unsere Persönlichkeit, Menschenwürde und Entscheidungsfreiheit nehmen lassen. Wir wehren uns dagegen, unsere gesamte Kraft immer wieder zu vergeuden auf das Deutlichmachen einer Selbstverständlichkeit: Mensch sein!

Aus der Erklärung zum befristeten Solidaritätsstreik:

So wie wir in einzelne Häuser und Wohngruppen für BtMerinnen, soziale Gefangene und Politische aufgeteilt sind, sollen die Stationen nochmals unter sich in Kooperative und nicht Kooperative aufgespalten werden – wobei die Kooperativen langsam die Oberhand gewinnen sollen.

Diese Ziel, das sie mit permanenten Gruppensanktionen oder Vollzugslockerungen für Angepaßte zu erreichen versuchen, werden wir hiermit symbolisch und geschlossen unterlaufen. ... Wir fordern:

Auflösung des Wohngruppenvollzugs/der Zwangsgemeinschaften!

Zusammenlegung nach Wunsch innerhalb offener Häuser!

Weg mit der Trennscheibe und Sprechstundenbespitzelung durch Überwachungspersonal!

Keine Gruppensanktionen mehr!

Schluß mit den Zwangsverlegungen!

Schluß mit der Zwangsarbeit!

Wir brauchen keine Knäste – neue schon gar nicht

Erklärung vom 20.8.87.

Die Frage, warum gerade ein Hungerstreik, beantwortet sich, so glauben wir, schon allein aus den Möglichkeiten, die wir hier haben bzw. nicht haben. Zuckerbrot und Peitsche haben längst so eingeschlagen, daß z.B. Aktionen wie Arbeitsniederlegungen, Einschlußverweigerungen, Bambulen, Boykotte oder kleine Sabotageakte kaum noch drin sind. Wenn, dann nur noch individuell, d.h. im Sande verlaufend. Wir sind nur Sand im Getriebe, wenn wir uns gemeinsam organisieren!!!

... Es ist uns wichtiger z.B. im Zuge des unbefristeten Hungerstreiks auf vier Stationen geschlossene Warn- und Solidaritätsstreiks organisiert zu haben und die gegebenenfalls wieder aufzunehmen, wenn bis Mitte nächster Woche keine nennenswerten Reaktionen seitens des Senats/der Justizverwaltung erfolgen.

Es ist uns wichtiger, als im Endeffekt mitentscheiden zu dürfen, ob die Trennscheibe aus Panzer- oder Plexiglas ist!

Wir werden diesen Milliardenbau nicht „wehungern“ können, das ist klar. Trotzdem wollen und werden wir uns nicht weiter stillschweigend vertragen und uns „häuserweise“ aufhetzen lassen!!!!

Die BtMerinnen (nach dem Betäubungsmittelgesetz Eingesperrte) gegen die Sozialen, die Sozialen gegen die Politischen etc. ... Wir fordern die Möglichkeit zusammenzukommen, um uns gemeinsam weiterzuentwickeln. ... Daß, als erste Reaktion auf den Hungerstreik, von den Schweinen die „Therapiestation“ aufgelöst wurde, und die dort im Hungerstreik befindlichen Frauen zwangsweise auf verschiedene Stationen verlegt wurden, können wir nur als Erfolg verbuchen/werten:

Wir brauchen keine Zwangstherapie!!!

Abbrucherklärung vom 3.9.87:

Wir haben beschlossen, heute, am 3.9.87 den Hungerstreik gemeinsam abzubrechen.

Nicht ihre permanenten Demoralisierungsversuche, ihre Zwangsmaßnahmen, Drohungen und Nichteingehen auf unsere Forderungen haben uns dazu bewogen – sondern unser Gefühl, jetzt und an diesem Punkt mehr erreicht zu haben, als wir erwartet haben.

Dieser Hungerstreik hat eine breite, hoffentlich bleibende und nachhaltige Diskussion ausgelöst. ...

Wir bekamen zahlreiche Solidaritätsbekundungen – auch aus dem Ausland (in Moabit wurden Unterschriften gesammelt, in Tegel ein Solistreik organisiert, in Wessiland schlossen sich Gefangene an). Von draußen und drinnen haben wir eine breite Unterstützung erfahren – aber dies waren nicht einfache Solidaritätsbekundungen, sondern in erster Linie immer eigene Betroffenheit, das Bewußtsein, daß ihre Knäste uns alle angehen – diese hier und ihre Betonsilos, Ghettohaften, ihre Fabriken, Alters-, Kinder- und Erziehungsheime draußen/weltweit – und genau daraus ziehen wir unsere Kraft, gerade jetzt abzubrechen, nach irgendwelchen vagen mündlichen Zusagen.

Die Plötze ist nur ein Teil, ein Instrument des Systems, den wir aus dem Zusammenhang gerissen niemals besiegen werden, aber wir müssen und werden Kontinuität entwickeln, lernen, uns hier – wie überall – zu organisieren, gemeinsam Widerstand zu leisten. Diese Grundlagen haben wir hier, soweit es uns möglich war, geschaffen, und wir werden nun weitere Widerstandsformen entwickeln, immer mehr werden, gerade laufen lernen, immer wieder, immer weiter, auf daß die Mauern weiter reißen.

(Hunger)streiks werden kommen und gehen – unsere Solidarität, unser Lachen, unsere Phantasie, Liebe und unser Widerstand bleiben und wachsen! Mensch sein und bleiben. Drinnen und draußen. Paßt bloß 8!

Für eine Gesellschaft ohne Knäste!

Gaza-Streifen

20 Jahre zionistische Kolonialpolitik – anhaltender palästinensischer Widerstand

Zunehmend sehen sich die Zionisten mit dem wachsendem Widerstand der palästinensischen Massen in den von ihnen nach 1967 besetzten palästinensischen Gebieten konfrontiert. Nach der Tagung des palästinensischen Nationalrates im Frühjahr 1987, auf dem die Intensivierung des bewaffneten Kampfes in den besetzten Gebieten und in Israel selbst beschlossen wurde, nehmen die Widerstandsaktionen z.B. in den Westbanks und im Gaza-Streifen zu. Um nur einige Beispiele zu nennen: Anfang August erschossen Widerstandskämpfer einen Kommandanten der israelischen Militärpolizei im Gaza-Streifen, nur einige Tage später einen Offizier der israelischen Besatzungsarmee. Mitte August wurden ein israelischer Besatzungssoldat und ein Mitglied des Geheimdienstes beim Vorbeifahren an einem Flüchtlingslager im Gaza-Streifen schwer verletzt.

Daneben finden Protestaktionen, Demonstrationen und Streiks der palästinensischen Massen gegen die Besatzer statt. Jugendliche insbesondere aus den Flüchtlingslagern greifen mit Steinen, Molotow-Cocktails und selbstgebastelten Waffen Patrouillen der Zionisten an, liefern sich Straßenschlachten mit ihnen trotz der überlegenen Bewaffnung der Besatzer und ihrer Brutalität. Zugenommen haben die Widerstandsaktionen der palästinensischen Massen Mitte des Jahres zu den Jahrestagen der zionistischen Besetzung des Gaza-Streifens während des Sechs-Tage-Krieges 1967 sowie während des Jahrestages des palästinensischen Feiertages, des Tags des Bodens. In einer Umfrage in diesem Jahr in den besetzten Gebieten haben sich über 70% der Bevölkerung zur PLO erklärt und sich mit den Zielen der Befreiungsorganisation identifiziert.

Vor dem ersten zionistischen Aggressions- und Eroberungskrieg 1948 hatte der Gaza-Streifen knapp 60000 Einwohner. Über 100000 Palästinenser flohen vor dem Aggressor, der ihre Dörfer dem Erdboden gleichmachte, in den Gaza-Streifen. Nach dem Juni-Krieg von 1967 entvölkerten die Zionisten weitere von ihnen eroberte palästinensische Gebiete. Heute leben fast 600000 Menschen im Gaza-Streifen, davon über 360000 palästinensische Flüchtlinge. Viele kommen z.T. aus der unmittelbaren Nähe. Die Zionisten haben sie während ihrer über 40jährigen Aggressionspolitik auf nur 360 Quadratkilometern regelrecht zusammengepfercht. Über 90% der Flüchtlinge wohnen immer noch in

Lagern. Selbst vor dem Gaza-Streifen haben die zionistischen Landräuber nicht Halt gemacht. Heute kontrollieren sie auch über die Hälfte der Fläche des Gaza-Streifens. 120 qkm beanspruchte der Siedlerstaat als (vormals ägyptischen) Staatsboden und baute dort 20 Siedlungen mit bereits über 2000 Siedlerfamilien. 75 qkm, jeweils ein halber Kilometer breit im Osten und entlang der Küste, sind militärisches Sperrgebiet und dürfen weder betreten, bebaut noch bepflanzt werden.

Die Zionisten haben den Gaza-Streifen zu einem Militärgefängnis ausgebaut mit Stacheldrahtverhau, Wachtürmen, Scheinwerfern rund um den Gaza-Streifen, Kontrollen, Leibesvisitationen. Die palästinensischen Massen unterliegen politischer Rechtlosigkeit, Zensur, Organisationsverbot, Besuchs- und Reisesperren, Hausarresten, Verhaftungen, Verwahrungen, Justizterror, Folter, polizeilicher Hauszerstörung und Deportation. Ih-



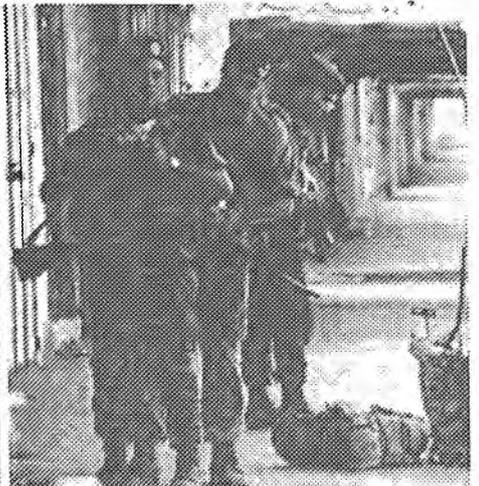
Bild links: Um zu überleben, sind Palästinenser des Gaza-Streifens selbst gezwungen, als Bauarbeiter bei der Errichtung zionistischer Siedlungen zu arbeiten; Bild rechts: Polizei und Militär sind allgegenwärtig.

stinensischen Schüler in mehreren Schichten lernen und sind dennoch mit z.T. 50-60 Schülern in einer Klasse.

Zu den Lebensbedingungen der Palästinenser erklärte der UNRWA-Direktor Bernard Mills von der UNO-Hilfsorganisation für Palästinaflüchtlinge: „Es geht den Israelis nicht mehr um Verbesserung palästinensischer Lebensqualität ..., sondern nur mehr um Unterwerfung.“

Der Grund für das Elend der palästinensischen Bevölkerung des Gaza-Streifens liegt in der Landraubpolitik der Zionisten und in ihrer planmäßigen Kolonial- und Annektionspolitik gegenüber dem Gaza-Streifen. In der Knesset-Debatte im November 1968 formulierte M. Dayan wesentliche Punkte künftiger Politik:

- Anstellung von Arbeitern aus den besetzten Gebieten;
- Genehmigung für eine israelische Zitrus-Packanlage im Gaza-Streifen;
- Genehmigung von Gemüseanbauprojekten im Gaza-Streifen;
- Integration von Buslinien;
- Abschaffung von Zollabgaben;
- Importerlaubnis für landwirtschaftliche Produkte aus den besetzten Gebieten;
- Eingliederung der Zitrusfrüchteexporte des Gaza-Streifens in den Aufgabenbereich der israelischen



nen ist verboten, Bäume zu pflanzen, Häuser zu bauen, zu fischen, Wasser zu pumpen.

Die Lebensverhältnisse großer Teile der Palästinenser sind katastrophal. Über 80% aller Haushalte verfügen über kein fließendes Wasser, über 60% über keinen Elektrizitätsanschluß. Die Wohnverhältnisse sind ebenso elend: Über 50% der Familien, die durchschnittlich fast sieben Personen umfassen, leben in ein bis zwei Räumen. Finanzielle Mittel zur Behebung der desolaten Krankenhaus-situation und für moderne medizinische Ausrüstung fehlen. Wegen fehlender Klassenräume müssen die palä-

Marketing-Gesellschaft für Zitrusfrüchte; - Anschluß der besetzten Gebiete an das israelische Elektrizitätsnetz.

Die Zionisten gingen dabei zielstrebig vor: Dem Landraub an den palästinensischen Massen folgte die Ruinierung jeglicher unabhängiger Wirtschaft und die Verhinderung jeglichen Aufbauversuchs im Gaza-Streifen. Damit schufen sich die israelischen Kapitalisten einen großen Absatzmarkt für eigene Erzeugnisse. Die verbleibenden Wirtschaftsbereiche wurden auf die Importbedürfnisse der israelischen Kapitalisten und ihrer Siedlergesellschaft ausgerichtet. Die mas-

senhaft freigesetzten palästinensischen Arbeitskräfte, zumeist ehemalige Bauern, aber auch durch israelische Exporte niederkonkurrierte Gewerbetreibende, Händler und Handwerker, standen somit für die Ausbeutung in Israel oder in israelischen Betrieben im Gaza-Streifen zu Billiglöhnen bereit.

Vor der israelischen Besetzung war die Stadt Gaza Handelszentrum und Hafen für die südlich gelegenen palästinensischen Gebiete. Die Märkte spielten für den Verkauf von landwirtschaftlichen Gütern eine wesentliche Rolle. Darüberhinaus existierten etliche Handwerksbetriebe. Nach der Besetzung durch Israel wurde der Gaza-Streifen wirtschaftlich von den arabischen Nachbarländern abgeschnitten, Haupthandelspartner ist heute Israel. Über zwei Drittel der „Ausfuhren“ des Gaza-Streifens verbleiben in Israel, der Rest wird von dort weiter exportiert. Für die landwirtschaftliche Produktion hatte die Anbindung des Gaza-Streifens an Israel drastische Folgen: Während die

landwirtschaftliche Produktion von Nahrungsmitteln wie Gemüse und Kartoffeln seit 1968 nur unwesentlich stieg, wurde die Produktion von Zitrusfrüchten verdreifacht. Zudem wird den besetzten Gebieten durch die israelische Landwirtschaftspolitik die Aufgabe zugewiesen, billige Produkte zu produzieren, die dann in Israel weiterverarbeitet werden. Im Gegenzug überschwemmten die israelischen Kapitalisten mit Nahrungsmitteln und Fertigerzeugnissen den Gaza-Streifen und vernichteten weite Teile der traditionellen Landwirtschaft und des Kleingewerbes.

Heute beuten die israelischen Kapitalisten über 60000 Arbeiter aus dem Gaza-Streifen aus, das entspricht ca. der Hälfte aller dortigen Arbeitskräfte. Die israelischen Kapitalisten verfügen mit den Palästinensern aus den besetzten Gebieten über ein ausreichendes Arbeitskräftereservoir, das je nach Nachfrage nutzbar ist. Über Vermittlungsstellen mit der Ausgabe der Arbeitserlaubnis und dem Paß in den besetzten Gebieten wird der Zufluß



Jugendliche aus den Flüchtlingslagern des Gaza-Streifens liefern den zionistischen Besatzungstruppen immer wieder Straßenschlachten.

billiger Arbeitskräfte – ähnlich den Verhältnissen in den südafrikanischen Bantustans – reguliert, die dann insbesondere als Saisonarbeiter angeheuert werden. Die Löhne für palästinensische Arbeiter liegen heute bei ungerechnet 28 bis 45 DM am Tag. Quellenhinweis: J. Metzger u.a.: Das ist unser Land, Lamuv Verlag 1980; Newsweek, 31.08.87; Al Karamah, 1/86; Die Weltwoche, 11.06.87; FR, 15.12.86; Arbeiterkampf, 24.08.87 – (sie)

Chile

Soziale Mobilisierung weder gescheitert noch überholt

Am 19.8. versammelten sich an der Avenida Peru in Santiago mehr als 7000 Menschen. Zum ersten Mal nach der relativ langen Phase des Rückzugs, in die die Massenbewegung durch die Verhängung des Belagerungszustands im September letzten Jahres gedrängt worden war, eroberten sich die Massen für eine kurze Zeit die Straße zurück, die von der Militärdiktatur nur Unterdrückung, Unrecht, Ausbeutung und Elend erfahren haben: die Arbeitslosen, fliegenden Händler und Arbeiter, deren Lebensniveau sich immer bedrohlicher verschlechtert; Angehörige von politischen Gefangenen, Verschwundenen und Ermordeten; Studenten, die gegen die militärische Besetzung der Universitäten protestieren; Elendsviertelbewohner, deren Wohnungsnot durch die kürzlichen Überschwemmungen noch verschärft wurde; verummte jugendliche Straßenkämpfer und die barrikadenerfahrenen Kids und Frauen aus den Armensiedlungen.

Von einer versöhnlichen Linie und Verhandlungsbereitschaft, wie sie die

Programm der PNF von 1973

1973 gründeten oppositionelle Kräfte in den von Israel 1967 besetzten Gebieten die Palästinensische Nationale Front (PNF). Sie bezogen sich auf die PLO als die Vertreterin des palästinensischen Volkes und verstanden die PNF als Organisation des politischen Kampfes gegen die israelische Besetzung. Damit war ein wichtiger Schritt getan im Zusammenschluß der palästinensischen Massen in den besetzten Gebieten und für die Organisierung ihres Widerstandes.

Im folgenden Auszüge aus dem Programm der PNF:

“1. Widerstand gegen die zionistische Besetzung und Kampf für die Befreiung unseres besetzten arabischen Landes.

2. Wiederherstellung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes, insbesondere seines Rechts auf Selbstbestimmung und Rückkehr.

3. Ablehnung aller Pläne, mittels derer die Sache und die Rechte des palästinensischen Volkes liquidiert werden sollen, ganz gleich, ob es sich um zionistische Projekte einer „internen Autonomie“, den Allon-Plan, den Hussein-Plan, amerikanische Pläne oder irgendwelche andere liquidatorische und kapitulationalistische Projekte handelt.

4. Verteidigung des arabischen Landes und Besitzes gegen Beraubung und Judaisierung.

5. Schutz der arabischen Wirtschaft, ihrer landwirtschaftlichen,

industriellen und kommerziellen Unternehmen gegen alle Maßnahmen, die sie der zionistischen Wirtschaft dienstbar machen sollen.

6. Verteidigung unserer arabischen Kultur und Geschichte gegen die zionistischen Verletzungsakte, die sich vor allem in den Schulprogrammen manifestieren.

7. Erhaltung unserer heiligen Stätten gegen die zionistischen Manöver der Zerstörung und Annektierung.

8. Die Wiederbelebung unserer nationalen Werte und die Wiedererweckung des Widerstandsgeistes, um den heroischen Kampf des palästinensischen Volkes und seine Verbundenheit mit seinem Vaterland zu fördern.

9. Verstärkung der Unterstützung für jene Kämpferinnen und Kämpfer, die sich in den zionistischen Kerkern befinden, für die Verbesserung ihrer Haftbedingungen, um ihnen den Rücken zu stärken und ihren Familien Hilfe zu leisten.

10. Die Palästinensische Front verpflichtet sich, die verschiedenen nationalen Vereinigungen (Gewerkschaften, Studentenvereinigungen, Frauenvereinigungen, religiöse und soziale Vereinigungen) in ihrem Kampf um die Verteidigung ihrer Interessen gegen die zionistische Besetzung zu unterstützen. Sie sucht mit all diesen Organisationen zusammenzuarbeiten, um sich den zionistischen Untergrabungsmanövern zu widersetzen, durch die die Jugend korrumpiert und von ihrer nationalen Pflicht abgebracht werden soll ...“

Politiker der Rechten und die großen Unternehmer gegenüber der Diktatur zeigen, war hier nichts zu spüren. Deutlich wurde aus den Spruchbändern und Parolen die Wut auf die Diktatur, ihre Verfassungs- und Wahlfarce; auf die Politik der Chicago-boys, die den Ausverkauf des Landes betreiben und das Volk den Luxus der „oberen Zehntausend“ bezahlen lassen; Wut auf die Bullen und Militärs, die morden und knüppeln, wo immer sich Widerstand regt.

Die Parteien der Linken waren zwar präsent auf der Kundgebung, den Aufruf und die Leitung hatte aber das Nationale Arbeiterkommando (CNT) übernommen. Als einziger Redner trat der christdemokratische CNT-Präsident Bustos auf, der die sozialen und gewerkschaftlichen Organisationen aufrief, die einheitliche Mobilisierung für die mit Füßen getretenen sozialen und politischen Rechte der Arbeiter und des Volks von Chile den September über voranzutreiben und in einem landesweiten Streik am 7. Oktober münden zu lassen.

Die CNT fordert einen Inflationsausgleich von 22% für alle Lohnabhängigen statt der von Unternehmern und Regime „empfohlenen“ gestaffelten Lohnerhöhungen von 12-14% bei einer Inflation von 23% in den letzten 12 Monaten bei Nahrungs- und anderen Grundbedarfsmitteln (öffentlicher Verkehr, Trinkwasser, Heiz- und Brennstoffe). Sie wendet sich gegen die offene und verdeckte Privatisierung der großen Kupferminen und anderer wichtiger staatlicher Betriebe. - (Me)

Chile

Hungerstreik von politischen Gefangenen

Am Morgen des 13. August 1987 gelang vier Mitgliedern der Patriotischen Front „Manuel Rodríguez“ (FPMR) die Flucht aus dem Gefäng-



Beerdigung des MIR-Gefangenen Rigoberto Pizarro Pena am 22.8.87, bei der Mitglieder des MIR und der Kommunistischen Jugend mit ihren Parteiemblemen auftraten

nis von Valpara'iso. Nach dieser legitimen und erfolgreichen Aktion, die ein Schlag ins Gesicht der Diktatur ist, brach in den chilenischen Knästen eine erneute Repressionswelle gegen die politischen Gefangenen, ihre Angehörigen und Anwälte los: Verwandte und Anwälte wurden bedroht und schikaniert, Besuche verboten, Arbeiter- und Armenviertel durchkämmt. Das Gefängnis von Valpara'iso wurde von Spezialeinheiten der Polizei besetzt; stundenlange entwürdigende Durchsuchungen und Verhöre durchgeführt. Die Militärstaatsanwaltschaft griff sich drei Gefangene heraus und verhörte sie bis zum 19.8. fast ununterbrochen. Man verhängte absolute Kontaktsperre und überführte Julio L'opez in das Gefängnis von Quillota, wo er sich seitdem in Isolationshaft befindet. Wegen dieser untragbaren Vorkommnisse traten die politischen Gefangenen von Valpara'iso am 19.8. in einen unbefristeten Hungerstreik.

In der darauffolgenden Nacht fanden nochmals brutale Razzien im Gefängnis statt. Durch dieses Klima des Terrors wurde der 31jährige Gefangene des MIR, Rigoberto Pizarro Pena, zum Selbstmord getrieben. Die Diktatur versuchte in der schmutzigsten Weise, ihre Verantwortlichkeit für den Tod Rigobertos von sich ab- und den politischen Gefangenen zuzuweisen. Angesichts dieser Situation kam es in Valpara'iso zu zahlreichen Protesten von sozialen, politischen und Menschenrechtsorganisationen. Am 27.8. informierten fünf politische Gefangene aus Santiago von MAPU, MIR und Basisgenossen der Sozialistischen Partei im Knast – unter ihnen auch zwei der 15 von Todesurteilen bedrohten Genossen – in einer öffentlichen Erklärung über ihre sofortige Teilnahme am Hungerstreik mit folgenden Forderungen: „Freiheit für alle politischen Gefangenen! Nein zur Todesstrafe! Schluß mit der Repression in den Gefängnissen!“

Vier Gefangene, unter ihnen Hugo Marchant Moya, politischer Gefangener mit Todesstrafenforderung, und Heriberto Mena, Mitglied der Nationalen Koordination der Politischen Gefangenen, integrierten sich am 27.8. um 24 Uhr in die Gruppe der Hungerstreikenden, in Solidarität mit den Forderungen der politischen Gefangenen von Valpara'iso nach Rückführung und Schluß der Isolationshaft für Julio L'opez; in Solidarität mit den Forderungen der gefangenen FPMR-Genossen im Zuchthaus von Santiago und der Genossen der Abteilung 6 der C'arcel P'ublica nach Schluß mit der Isolationshaft. Jede Woche werden sich weitere politische Gefangene der genannten Organisationen dem Hungerstreik anschließen. - (Me)

Jugoslawien

„Finanzskandal“ bei Agrokommerz

Seit den großen Streiks im Frühjahr dieses Jahres hat sich die Lage für die Arbeiterklasse nicht verbessert. Zwar wurden zum Teil Lohnerhöhungen um 50% durchgesetzt, das bringt aber zuwenig bei einer anhaltenden Inflationsrate von im Durchschnitt 110%. Deshalb wird auch immer wieder in einzelnen, auch großen Betrieben des Landes gestreikt. So erstreikten sich im August rund 5000 Arbeiter einer Reifenfabrik in Borovo eine Lohnerhöhung um 32%, gefordert hatten sie 50%.

Die Regierung hat jetzt die Schuld an der Inflation den Betrieben zugewiesen und sich selbst als unfähig er-



Beratung des Arbeiterrates in einer jugoslawischen Motorenfabrik

klärt, diese einzudämmen. In einem Interview in der „Politika“ führte Ministerpräsident Mikulic im August aus, wie könne die Regierung die alleinige Verantwortung für die Inflation tragen, „wenn mehrere tausend Selbstverwaltungs- und Staatsorgane Entscheidungen treffen, die die wirtschaftliche Entwicklung und die Marktverhältnisse beeinflussen“.

Als Beispiel nannte er die kürzlich erfolgten Erhöhungen des Brot- und Mehlpreises um 40% bis 100% im Gefolge der Aufhebung des Brotpreisstops. Die Backwarenindustrie habe eine Mehlerknappung herbeigeführt und dann die Preise entsprechend den Marktbedingungen heraufgesetzt.

In dieser angespannten Lage muß der „Finanzskandal“ im Konzern „Agrokommerz“ in Bosnien die Arbeiter besonders empören. Das landwirtschaftliche Kombinat hat für mindestens 192 Mrd. Dinar (= 500 Mio. DM) ungedeckte Wechsel bei jugoslawischen Banken aufgenommen. Das Unternehmen hat 13000 Beschäftigte

und verarbeitet landwirtschaftliche Produkte auch für den Export. Daß es überhaupt zu dieser Verschuldung kommen konnte, wirft ein Licht auf die fehlende Demokratie in der angeblichen Selbstverwaltung. Jetzt werden dem Direktor Abdic und den führenden Managern Prunksucht und Vetterwirtschaft vorgeworfen, bislang wurde aber keiner der Verantwortlichen bestraft.

Offensichtlich wurde die Firma von hohen bosnischen Politikern wie dem Vertreter im Staatspräsidium Pozderac bis zum Schluß gedeckt. So sagte der Präsident der „Ljubljanska Banka“ Rotar öffentlich, er sei im Mai, als erste Gerüchte über die Schulden von „Agrokomerz“ auftauchten, von höheren und höchsten politischen Führern aus Bosnien angerufen worden, die ihm versichert hätten, die Probleme von „Agrokomerz“ seien nur „vorübergehender Natur“ und nicht ernst. Die Bank möge, so sei er gebeten worden, deswegen nicht ihre Kredite beim Unternehmen kündigen.

Aufgrund der Zahlungsunfähigkeit des Konzerns konnten die Löhne an die Beschäftigten nicht ausgezahlt werden, darüber hinaus sind ca. 12000 Arbeiter in anderen Betrieben der Region betroffen, da aufgrund der Zahlungsunfähigkeit von Agrokomerz einige Banken zahlungsunfähig geworden sind. In mehreren Betrieben streiken derzeit die Arbeiter um ihre Löhne, die ihnen teilweise seit Juni nicht ausbezahlt worden sind.

Das Ausmaß der Verschuldung von „Agrokomerz“ ist geeignet, das eh schon desolate Wirtschaftssystem insgesamt zu erschüttern. Wirtschaftsfachleute in Jugoslawien wiesen darauf hin, daß die Methoden von „Agrokomerz“ durchaus üblich sind. Die Unternehmen versuchen, durch Kredite „ihrer“ Banken ihre Verluste abzudecken. Diese „private Geldschöpfung“, in Jugoslawien „graue Emission“ genannt, ist eine wichtige Ursache für die Inflation.

Quellenhinweis: FZ, NZZ, Danas vom September 1987 – (lsc)

Großbritannien

Mitgliederzahlen der Gewerkschaften fallen

Eine breit angelegte Studie über die künftige Politik der Gewerkschaften will der britische Gewerkschaftsbund TUC durchführen. Das beschloß der TUC-Kongreß in Blackpool am 7.9. Unter anderem sollen ein „neuer Kampagnenstil“ und gemeinsame, verbesserte Mitgliederwerbungsaktionen insbesondere im Dienstleistungsbereich entwickelt werden.

Der TUC leidet unter fallenden Mitgliederzahlen. Im Jahr 1976 hatten

die britischen Gewerkschaften 11,516 Millionen Mitglieder. 1986 waren es nur noch 9,243 Millionen, also mehr als zwei Millionen weniger. Mit der Ausnahme der Bankangestellten-gewerkschaft sind alle großen Verbände getroffen. Gerade Gewerkschaften im Industriebereich mit hohem Organisationsgrad, aber auch die Transportarbeiter, verzeichnen Mitgliederschwund. Die größte Gewerkschaft TGWU zum Beispiel verlor 29% der Mitgliedschaft in zehn Jahren und hat jetzt 1,378 Mio. Mitglieder.

Über die Frage nach den Ursachen gibt es Krach in der britischen Gewerkschaftsbewegung. Einig sind sich alle, daß es weniger Industriearbeiter und mehr Dienstleistungsbeschäftigte gibt als vor zehn Jahren, und daß der Anteil der Teilzeitarbeiter von 19% im Jahr 1976 auf 23% der Beschäftigten jetzt anstieg. Aber warum gelang es nicht, diese Beschäftigten zu organisieren?

Darauf gibt ein kleiner, aber wachsender Flügel, geführt von der Elektrikergewerkschaft EEPTU, eine klare Antwort: Man habe nur Konfrontationen geführt, heute aber sei Kooperation gefragt. Die EEPTU schließt des-

halb auch Streikfreiheits-Abkommen mit den Kapitalisten ab und hat sich dazu hergegeben, den Streik der Druckerarbeiter gegen den Zeitungskapitalisten Murdoch zu brechen.

Der ebenfalls kleine Gegenflügel erklärt, man solle sich mehr um die Arbeitslosen, die schlecht bezahlten Frauen und Arbeiter aus Minderheiten kümmern. Auf dem Kongreß hat der Versuch dieses Flügels, die Elektrikergewerkschaft formell für ihre Antistreik-Abkommen zu rügen, keine Mehrheit erhalten. Stattdessen wurde die oben erwähnte Studie beschlossen. Denn die große Mehrheit ist ratlos.

Im Oktober will die Regierung ihr nächstes Gewerkschaftsgesetz vorlegen, das auf weitere Schwächung der Gewerkschaften und stärkere Staatsaufsicht hinausläuft. Thatcher stößt nach, ihr Ziel ist die Vernichtung der Gewerkschaften. Auf dem TUC-Kongreß warnte John Edmonds, Generalsekretär der GMB, mit Recht vor einem Niedergang der Gewerkschaften wie in den USA.

Quellenhinweis: Financial Times und Guardian, 8.9. bis 12.9., Labour Research 9/87 – (hef)

Schweiz

„Arbeitsfrieden“ und Chauvinismus lähmen Gewerkschaften – Widerstand wächst

„50 Jahre Arbeitsfrieden“ feierten am 3. September der Arbeitgeberverband schweizerischer Maschinen- und Metallindustrieller (ASM) und die Gewerkschaft, der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiter-Verband (SMUV), im Zürcher Kongreßhaus mit einer Großveranstaltung. Sie war Höhepunkt einer Kampagne, mit der Kapitalistenverbände, Staat und die Gewerkschaften für die Fortsetzung

einer seit dem Jahr 1937 nicht nur in der Metallindustrie praktizierten Burgfriedenspolitik Stimmung machen.

Damals hatte die durch die Weltwirtschaftskrise geschwächte Metallgewerkschaft einem von ASM-Chef Ernst Dübi und SMUV-Präsident Konrad Ilg 1937 in Geheimverhandlungen ausgearbeiteten „Friedensabkommen“ zugestimmt. Es sollte sich für die Schweizer Bourgeoisie als gro-



Harte körperliche Arbeit bei Gleisbauarbeiten während des Winters in der Schweiz



Hatte die Militärregierung Südkoreas zu Beginn der Streikbewegung ihren Gewaltapparat noch weitgehend zurückgehalten, so setzt sie ihn jetzt umso verstärkter ein: Arbeiterdemonstrationen werden niedergeknüppelt, besetzte Betriebe gestürmt, Hunderte von Streikenden verhaftet. Dennoch legten jetzt in weiteren 156 Betrieben die Beschäftigten die Arbeit nieder. In vielen der insgesamt 420 Betriebe, in denen Anfang September die Streiks beendet wurden, konnten die Streikenden Lohnerhöhungen und z.T. unabhängige Gewerkschaften durchsetzen. Seit Anfang Juli streikten die Beschäftigten von 3200 Betrieben vor allem der Auto-, Elektronik-, Transport- und Bergbauindustrie. – (sie)

Eisenbahnerstreik in Kanada verboten

Als die 48000 Gewerkschafter bei Canadian National Railways und CP Rail im August Streikposten aufstellten, wurde fünf Tage später (gegen die Proteste der New Democratic Party) ein Anti-Streik-Gesetz durchs Parlament gepeitscht; bereits am nächsten Tag stimmte der Senat zu. Demonstrationen in Calgary, Winnipeg und Ottawa mußten sich teilweise massiv mit Polizei auseinandersetzen. Die Regierung will ab 1. Januar bei der Bahn mehr „Wettbewerb“ mit US-Firmen zulassen, was den bereits gewaltigen Rationalisierungsdruck noch verstärkt. Die Hauptforderung des Streiks ist daher Sicherung der Arbeitsplätze.

Ein Bundesschlichter ist eingesetzt, der nun zwei Monate Zeit zum Schlichten hat. – (mfr)

Australien: Bergarbeiter gegen Zechenstilllegungen

Seit dem 10. September streiken über 30000 Bergarbeiter in über 120 Kohlezichen. Sie wollen damit verhindern, daß vor allem private Bergwerksgesellschaften unrentable Zechen schließen und Massenentlassungen durchführen. Ihre Forderung nach Einrichtung einer staatlichen Kontrollbehörde hat auch die Labour-Regierung abgelehnt. Pro Streiktag haben die Bergwerkskapitalisten Exporteinbußen von umgerechnet über 30 Mio. DM. Kohle ist Hauptexportprodukt Australiens. – (sie)

TUC: Spende für schwarze Gewerkschaften

Einen Stundenlohn sollen alle britischen Gewerkschaftsmitglieder für die schwarzen Gewerkschaften in Südafrika spenden, beschloß der Gewerkschaftsbund TUC auf seinem Kongreß in Blackpool am 11.9. Die Summe wird über die Gewerkschaftsbeiträge eingezogen. Aus zentralen Fonds hat der TUC bislang 150000 DM für Rechtshilfe und andere Unterstützung bereitgestellt. Garfield Davis, Generalsekretär der Einzelhandelsgewerkschaft USDAW, berichtete über einen Besuch in Südafrika und beschrieb das Regime als das „schlimmste Beispiel auf der Welt, wie Menschen andere Menschen behandeln“. Die USDAW führt seit Jahren eine erfolgreiche Kampagne für den Boykott südafrikanischer Waren. TUC-Gewerkschaften waren auch daran beteiligt, die größte britische Bank Barclays zum Rückzug (zumindest formell) aus Südafrika zu zwingen. – Nach der Abstimmung des TUC wurde eine Delegation schwarzer Gewerkschaften aus Azania mit einer langen stehenden Ovation begrüßt. In der gleichen Sitzung beschloß der TUC die Einrichtung einer Gleichberechtigungsabteilung beim Vorstand, die sich gegen alle Arten der Diskriminierung wenden soll, vor allem die Diskriminierung von Frauen und von Beschäftigten aus ethnischen Minderheiten. Bereits in der Eröffnungssitzung kritisierte John Rhodes von der SCPS, einer Gewerkschaft im öffentlichen Dienst, die Zusammensetzung des Kongresses: „beinahe ausnahmslos Weiße, vor allem Männer und im gesetzten Alter.“ – (hef)

ber Coup erweisen. SMUV und drei weitere, kleinere Gewerkschaften verpflichteten sich in dem bis heute zehnmal verlängerten Abkommen, Tarifauseinandersetzungen „nach Treu und Glauben“ zu regeln. Für die Gewerkschaften hieß das: Verzicht auf Streiks; die Metallindustriellen wollten nicht mehr aussperren – ein Zugeständnis, das unter solchen Umständen leicht fiel. Das Abkommen erlaubt es den Kapitalisten bis heute, über Lohnänderungen nur „auf dem Wege des individuellen Dienstvertrages, d.h. ohne Zuhilfenahme von Mindest-, Durchschnitts- oder Tariflöhnen“ zu verhandeln und nur betrieblich. Obwohl es von Anfang an Widerstand gegen diese Vereinbarung gab – so lehnten etwa die Basler Chemiarbeiter in den vierziger Jahren eine Übernahme ab – lähmt es, von den Konzernen in anderen Branchen propagiert und ausgebaut, die Schwei-

zer Arbeiterklasse weitgehend. 1962 stellte ASM-Präsident Schindler zufrieden eine „Umerziehung der Arbeiter“ fest: „Was hat nun Konrad Ilg aus seinen Arbeitern ... gemacht? ... Er hat aus unzufriedenen und revolutionär sein wollenden Arbeitern eine selbständige und realistisch denkende Bevölkerungsgruppe gemacht.“ Seit 1949 werden in der Schweiz kaum noch Streiks registriert. Entsprechend die von den Kapitalisten durchgesetzten Arbeitsbedingungen. „Die Zeit“ schwärmt am 9.11. von „paradiesischen“ Zuständen: „Dort können die Mitarbeiter noch 43 oder mehr Stunden in der Woche beschäftigt werden; die Urlaubszeiten halten sich in vertretbaren Grenzen; die lästige Mitbestimmung der Arbeitnehmervertretungen ist auf ein akzeptables Maß reduziert; Streiks gibt es praktisch überhaupt nicht. Und wenn es der Firma schlecht geht, verzichten die Schwei-

zer schon mal auf Lohnerhöhungen ...“

Vor allem seit den 40er Jahren ist es der Reaktion gelungen, chauvinistische, zum Teil offen volksgemeinschaftliche Vorstellungen in der Gewerkschaftsbewegung zu verankern. Diese Entwicklung hat sich als wichtiger Faktor für die Durchsetzung des „Arbeitsfrieden“-Modells erwiesen und lastet bis heute als schwere Hypothek auf der Schweizer Arbeiterbewegung.

Von den 50er Jahren an importierten die Kapitalisten in der Schweiz hundertausende ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Schweizer Staat schuf für diese Ausländer Sondergesetze, wie das sogenannte „Saisonnier-Statut“, das Statut für „Jahresaufenthalter“ etc., um die billige Verwertung dieser Arbeitskräfte sicherzustellen, die man außerdem jederzeit wieder loswerden konnte wollte. Die-

Österreich: Ladenschluß „auf Probe“ verlängert

Wirtschaftsminister Graf machte Druck: Er schlug allen Handelskapitalisten vor, ihre Läden nach eigenen Vorstellungen montags bis freitags von 6-22 Uhr maximal 56 Stunden pro Woche zu öffnen. Darauf gab die Gewerkschaft der Privatangestellten nach jahrelangem Widerstand klein bei. Ihr Vorsitzender Dallinger – auch Sozialminister – erklärte, man wolle vom Image des „Nein-Sagers“ wegkommen, der den Fortschritt verhindere. Beschlossen ist ab Januar 1988 ein Jahr auf Probe jeweils donnerstags die Ladenöffnung bis 20 Uhr. Nach Umfragen der Wiener Handelskammer begrüßen 53% der Handelskapitalisten diese Regelung, auch wenn sie mehr Personalkosten verursacht. Die Gewerkschaft erreichte zumindest Zuschlüsse von 50%. – (rua)

Griechenland: Keine Gebietsansprüche mehr an Albanien

Die Regierung hat Ende August die Aufhebung des Kriegszustandes mit Albanien beschlossen, an dem sie seit 1940 festhielt. 1971, während der faschistischen Militärdiktatur, wurden diplomatische Beziehungen zu Albanien aufgenommen, der Kriegszustand aber nicht beendet. Die konservative Partei „Neue Demokratie“, die Kirche und Faschisten sprechen von der „Unterdrückung“ von 400000 Griechen und sind für das Festhalten am Kriegszustand. Nach albanischen Angaben gibt es 45000 Griechen in Albanien, die Minderheitenschutz genießen. Die Forderung nach deren „Befreiung“ gehörte zum Leitmotiv „Rote Gefahr aus dem Norden“ der griechischen Außenpolitik bis zur Mitte der 70er Jahre. Danach betonte die konservative Regierung die Gefahr

aus der Türkei, nicht zuletzt wegen der türkischen Gebietsansprüche in der Ägäis. Angesichts dieses Konflikts läßt die griechische Bourgeoisie jetzt ihre Gebietsansprüche gegen Albanien fallen. – (mag)

Dänische Folketingswahlen stärken Rassisten

Die rechtspopulistische Fortschrittspartei (Glistrup) hat durch einen rassistischen Wahlkampf neun Mandate (1984: sechs) erhalten. Der bürgerliche Block aus 5 Parteien, darunter die Radikalliberalen, hat 81 Sitze gegenüber den Sozialdemokraten und Sozi-

alisten mit 85 Sitzen. Um handlungsfähig zu sein, muß der bürgerliche Block sich auf die Rassisten des Glistrup stützen, was die Radikalliberalen ablehnen, oder auf die Sozialdemokraten (große Koalition), was die Radikalliberalen fordern. Sie hätten 103 der 175 Sitze. Um solche Konstellation zu ermöglichen, trat der Sozialdemokrat Jörgensen zurück. Kommt sie nicht zustande, – die Radikalliberalen lehnen eine Koalition oder Duldung der Sozialistischen Volkspartei ab (27 Sitze, plus sechs gegenüber 1984) –, hat der Rassismus ein starkes Gewicht im bürgerlichen Block. – (ale)



Am 29.8. demonstrierten in Windhuk und drei weiteren Orten in Namibia mehrere Tausend. Anlaß war der 26. Jahrestag der Aufnahme des bewaffneten Kampfes durch die Befreiungsorganisation SWAPO. An den Demonstrationen beteiligten sich jedoch auch andere Organisationen der politischen Opposition, wie der Damara-Rat und die Befreiungsorganisation SWANU, die damit ihre Unterstützung für den bewaffneten Befreiungskampf zum Ausdruck bringen wollten. Der Präsident der SWANU hatte vor kurzem öffentlich erklärt, die SWANU sei bereit, ebenfalls den bewaffneten Kampf aufzunehmen, da Südafrika und seine imperialistischen Unterstützer sich von allen anderen politischen Demonstrationen unbeeindruckt zeigten und die Besetzung ohne massiven bewaffneten Widerstand nicht aufgeben werde. – (uld)

se Politik trugen und tragen führende Gewerkschafter mit. In der Schweiz ist so eine tiefgreifende Spaltung der Arbeiterklasse gelungen. 1970 kamen 35,8% aller Arbeiter aus dem Ausland, aus Italien, Spanien, Griechenland, Portugal. Die „Patrons“ können sie bis heute ungestraft zu Elendslöhnen schinden. Als die Kapitalisten Mitte der 70er Jahre hunderttausende ausländische Arbeiter entließen, die Regierung sie aus dem Land jagte, unterstützten das maßgebliche Teile der Schweizer Gewerkschaften. Jüngst erst forderte der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB), die Arbeitsbewilligungen von „Fremdarbeitern“ aufzuheben, bevor sie nach zehn Jahren Anspruch auf Niederlassung hätten. Eine rechtliche Gleichstellung von Immigranten lehnt der SGB ab, weil er eine „Unterhöhlung von vertraglichen Errungenschaften zu ungunsten der schweizerischen Arbeiter“ be-

fürchtet.

Die „Arbeitsfrieden“-Politik, ange-reichert mit Chauvinismus, hat es den Kapitalisten ermöglicht, massenhaft ungeschützte Arbeitsverhältnisse zu schaffen. 800000 von insgesamt 2,7 Mio. Lohnabhängigen sind diesen „prekären Arbeitsverhältnissen“ ausgesetzt. Noch handelt es sich hauptsächlich um ausländische Arbeiter, die ein elendes Dasein als Saison-, Zeit- oder Leiharbeiter fristen, Teilzeitarbeit oder befristete Jobs annehmen müssen. Die von den Metallkonzernen vorgetragene Flexibilisierungsoffensive reißt aber zunehmend auch bei den Stammbesetzungen Mindestnormen ein. Das freie Wochenende soll fallen, die Schichtarbeit ausgedehnt werden.

Vermutlich deshalb wird der Widerstand gegen die Burgfriedenspolitik der Gewerkschaftsführung stärker. 1983, als die Verlängerung des Frie-

densabkommens anstand, sprachen sich die SMUV-Delegierten nur knapp für die Erneuerung aus. Anlässlich des offiziellen Festakts erklärten verschiedene Gewerkschaftssektionen in Annoncen: „50 Jahre Arbeitsfrieden sind genug“. Antiimperialistische Gruppen hatten schon am 1. Mai in Zürich eine Demonstration unter der Losung „Klassenkampf statt Arbeitsfrieden“ durchgeführt, an der sich rund 1000 beteiligten, darunter ausländische Arbeiter. Am 2. September demonstrierten erneut rund 500 Leute unter dieser Losung, an einer Anti-Arbeitsfrieden-Veranstaltung linker Gewerkschaftssektionen nahmen mehrere hundert Personen teil.

Quellenhinweis: Klassenkampf statt Arbeitsfrieden, Zürich 1987; WOZ, 01.05.87, 04.09.87, 11.09.87; Weltwoche, 23.07.87; Die Zeit, 11.09.87; Kurt Humbel: Treu und Glauben, Bern 1987 – (jüg)

— Veröffentlichungen —

KHD: Ein Monopol expandiert mit Rüstung

In der bürgerlichen Presse gilt Klöckner-Humboldt-Deutz als „krisengeschüttelt“. 2000 der ca. 30000 Lohnabhängigen des Kölner Konzerns (Umsatz 1986 über 5 Mrd. DM) sollen bis 1988 entlassen werden. Gegen die Pläne der Kapitalisten richtet sich eine Broschüre, die Kölner Mitglieder des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD herausgegeben haben. Darin sind nützliche Informationen über KHD zusammengetragen. Die KHD-Kapitalisten (v.a. die Familie Henle, die 1986 14 Mio. DM Dividende einstrich und den Konzern über die „Klöckner-Stiftung“ kontrolliert) planen, vom Motoren- und Landmaschinenbau auf Rüstung umzustellen und dabei mit Daimler-Benz eine Verbindung einzugehen. Schon jetzt teilen sich die Daimler-Tochter MTU und KHD die BRD-Produktion von Flugzeugmotoren, -Triebwerken und Turbinen im Verhältnis 80 zu 20, steckt KHD wie die MTU im Schiffsdiesel-Geschäft und damit in der Marine-Rüstung. Im Gesellschafterausschuß der Klöckner-Stiftung sitzt u.a. der stellvertretende Vorstandsvorsitzende von Daimler-Benz. Um diese Expansion der Rüstungsproduktion zu finanzieren, hat KHD sich eine Kriegskasse von fast 4 Mrd. DM flüssiger Mittel zugelegt.

Leider äußern die Autoren der Broschüre fast keine Kritik an den Arbeitsverhältnissen bei KHD. Der Position, daß „wir“ die Entwicklungsländer „entwickeln“ müßten, z.B. durch Traktorenexport, treten sie nicht entgegen. („KHD – Wie geht es weiter“, 25 S., 4,- DM, zu beziehen über: J. Wolf, Tulbeckstr. 4, 8000 München 2 – rül)

Flexi-Werbung bunt bebildert

Selbst der aus dem totalvermummenden Ganzkörper-Plastikanzug rauschauende „High-Tech-Beschäftigte“ muß im farblich durchkomponierten Bild noch herhalten für ein „JA“ zur „Neuen Technik“. Nachdem gutbestallte Professoren inzwischen Bücherregale vollgefüllt haben mit der „Qualifizierungsdebatte“, die Bundesanstalt für Arbeit die gleichnamige Offensive nicht mehr mit der „Gießkanne“, sondern nur noch äußerst gezielt nach Kapitalistenbedarf ausfechten will, hat Gesamtmetall seine Werbegraphiker zum Buntstift greifen lassen. Herausgekommen ist die Broschüre „Neue Technik – Neue Arbeit, Beispiele aus der Metallindustrie“. Jeweils nach einer Schilderung, welche Glück insgesamt so ca. einem Dutzend Leute mit Umschulung, neu getakteten Fließ-

band oder programmgesteuerter Produktion beschieden war, folgen passende „kurzgefaßte“ Aussagen und Empfehlungen für die betriebliche Praxis“.

Beispielhaft, wies ihnen vorschwebt und welche Welt dem Willigen offensteht, wird Paul Grulich, Köln, hergezeigt. Für den „gab (es) kaum ein Jahr, in dem er nicht irgendwo nach Feierabend die Schulbank drückte, um sich weiterzubilden. „Das Wissen aus der Lehre reicht nun mal nicht fürs ganze Berufsleben“, begründet Grulich seinen Qualifizierungseifer. „Dauernd kommen neue, bessere Maschinen, die neue, höhere Anforderungen stellen. Wer sich da nicht ständig neue Kenntnisse aneignet, ist bald



Qualifikation als Element im Arbeitssystem

verloren“. Drei Jahre Abendschule Maschinenbautechnik, danach Refa-Lehrgänge plus zwei innerbetriebliche Semester und dazu Volkshochsprachkurs sowie CNC-Fertigungsspezialisierung. Und so wurde aus Dreher G. der Betriebsingenieur G., der sich jetzt für die Buckelei den Segelschein leisten darf, privat und nach Feierabend. Mindestbedingungen an betriebliche oder schulische Ausbildung tauchen in der Broschüre nicht auf. Qualifikation hat sich nach Maßgabe des Arbeitssystems zu richten, der Arbeiter wird eingefügt: „Der technische Wandel erfordert eine laufende Anpassung der Fertigkeiten und Kenntnisse der Mitarbeiter an die technischen Änderungen“. Und weil der „technische Wandel“ nicht Höherem entspringt, sondern den Verwertungsinteressen, fehlen z.B. Qualifikationen wie Kompetenz in Sachen Erhalt von Gesundheit und Wohlbefinden bei der Arbeit. Vom Verschwinden tayloristischer Arbeitsorganisation ist keineswegs die Rede. Stattdessen soll der „Kampf ums Dasein“ entfesselt werden: „Wer seine erlernten Fähigkeiten und Kenntnisse ohne Zusatzqualifikation behält ..., wird möglicherweise von denjenigen überholt werden, die sich dem Erfordernis der Höherqualifizierung zu stellen

bereit und in der Lage sind“.

Der Forderungskatalog von Gesamtmetall klingt vertraut. Der innerbetriebliche und überregionale Arbeitsmarkt soll „beweglicher“ werden: Umsetzungen, Umzüge, Befristungen, Teilzeit, Arbeitslosenprogramme, lebenslanges Lernen, Entkopplung von Maschinenlaufzeit und Arbeitszeit, Flexibilisierung aller Arten. Außerbetrieblich wird das Arbeitsförderungs-gesetz bei der Realisierung schon helfen und innerbetrieblich: „Information über Weiterbildungsbedarf und Weiterbildungsangebote fördert die Eigeninitiative der Mitarbeiter“. Also entweder Kurs sowieso oder ... Sollte allerdings einer nach zwei Pneumatik- und einem Elektronik-Kurzdurchgang Tauschungen über seinen Platz in der „betrieblichen Praxis“ unterliegen, so ist Korrektur möglich: „Führung und Bewertung in den Händen der Vorgesetzten lassen“, rät Gesamtmetall.

Prädikat der Broschüre: lesenswert; in 15 Minuten unterrichtet über Gesamtmetalls Drohung namens „Neue Arbeit“.

Bezug: Gesamtmetall, Pf. 250125, 5000 Köln51 – (gka)

Serie im Rheinischen Merkur „Raum ohne Volk“

Die christlich-konservative Wochenzeitung „Rheinischer Merkur – Christ und Welt“ veröffentlicht seit zehn Ausgaben eine Serie unter dem Titel „Raum ohne Volk“. Der Titel spielt bewußt auf die nationalistische Parole vom „Volk ohne Raum“ an, die Serie befaßt sich mit dem Problem „Sterben die Deutschen aus?“ und behandelt verschiedene Gesichtspunkte, wie: Welche Auswirkungen hat der Geburtenrückgang auf die Rentenzahlungen, die Ausstattung der Bundeswehr, auf die Notwendigkeit von Wohnraum usw. Autoren sind jeweils Kapitalisten, konservative Professoren, Parteipolitiker. Marie-Luise Schwarz-Schilling führt aus Anlaß der Themenstellung „Was wird mit unseren Renten“ eine Erörterung, die eher philosophischer Natur ist, aber Staatseingriffe in die Familiengestaltung nahelegt. Die Autorin besitzt einige Fabriken, sie ist Ehefrau des Postministers und „Mutter“. Sie führt die Tatsache, daß viele jüngere Ehepaare keine Kinder haben und haben wollen auf den Umstand zurück, daß sie der „Protestgeneration“ angehören, die bis heute keine Verantwortung übernehmen wollte. Ihre Schlußfolgerung ist einfach und brutal: Hätte der Staat damals den Protest unterbunden, so würde die Generation heute Kinder gebären. Dabei rechnet sie an einem Beispiel vor, wie einfach es ist, Kinder großzuziehen: Das Familieneinkommen beträgt im Jahr um die 160000 DM! Obzwar die Analyse bezweifelt werden muß – denn die Kinderlosigkeit findet sich nicht vorzugsweise bei den

sozialen Schichten, die der damaligen Studentenbewegung entstammen – für ihren Maßnahmen-Katalog wird Schwarz-Schilling Gehör und Unterstützung finden: Unterdrückung jeglicher Proteste bei der Jugend, Beseitigung aller des Antiautoritären verdächtigen Zustände in den Schulen, Pflicht zum Religionsunterricht für alle Schüler und Pflicht zur Religiosität für Lehrer. Und – schließlich: Jeder Lohnabhängige zahlt einen Pflichtbeitrag in eine Kapitalversicherung und zwar in der Höhe, die der Aufwand für ein Kind kostet. Kriegt er Kinder, so entfällt die Versicherung. Kriegt er keine, so zahlt er weiter – und daraus wird dann seine Rente bezahlt. Da Schwarz-Schilling den Generationenvertrag weiter propagiert, ist ihre Rechnung: Wer keine Kinder großzieht, um der Rentenversicherung zahlende Mitglieder zu verschaffen, muß selbst – zusätzlich zu den sowie gezahlten Beiträgen – eine weitere Rente finanzieren.

(Rheinischer Merkur/Christ und Welt, Ausgaben Nr. 22 bis 32/1987 – uld)

Kirchen für religiöse Propaganda in der UdSSR

Der Kongreß „Kirche in Not“, der alljährlich in der BRD stattfindet und vorwiegend finanziert wird von den hiesigen großen christlichen Kirchen, aber von Kirchen-Vertretern vor allem aus Staaten des RGW, der VR China, Vietnams und der VR Korea besucht wird, hat Thesen zur Lage der Kirche in der Sowjetunion veröffentlicht. Anlaß war „70 Jahre Oktoberrevolution“. Darin appellieren die versammelten Kirchenhirten an die KPdSU, „Glasnost“ nun tatsächlich zu verwirklichen und den russischen Kirchen das „Recht auf religiöse Propaganda“ zurückzugeben. Das Recht hatte der Sowjetstaat zehn Jahre nach der Oktoberrevolution beseitigt, nachdem die Kirchen nicht aufhörten, mit Hilfe ihrer Verbindungen zur internationalen Reaktion eine Propaganda gegen die Revolution zu veranstalten und selbst Verschwörungen und Spionage gegen die UdSSR betrieben und finanzierten. Die Kirchen in der UdSSR haben – anders als in der VR Polen z.B. – keinen großen Einfluß, ihre Mitgliederzahl beträgt nicht einmal fünf Prozent der Bevölkerung, die Zahl der „aktiven“ Christen ist noch geringer. Die „Kirchen in Not“ erheben gleichzeitig die Forderung, dem Papst eine Einreisegenehmigung nach Lettland zu geben. Damit haben sich verschiedene Religionsgemeinschaften, die russische-orthodoxe, protestantische und die römisch-katholische Kirche, auf eine gemeinsame Aktionsforderung geeinigt, mit der sie versuchen werden, Unruhe bei der lettischen Bevölkerung zu schüren. (Kirche in Not, 70 Jahre Oktoberrevolution, Königstein 1987 – uld)

Ladenschlußgesetz

Der Dienstleistungsabend zerbricht die Front von Gewerkschaft und Einzelhandel

In der Regierungserklärung vom März 1987 heißt es : „Es gibt noch zu viele Vorschriften, die die Bürger unnötig einengen. Deshalb streben wir z.B. einen wöchentlichen Dienstleistungsabend an, an dem Geschäfte und Behörden den Bürgern über die üblichen Schlußzeiten hinaus offenstehen. Wenigstens einmal die Woche sollte es möglich sein, auch am Abend in Ruhe einzukaufen, zur Bank zu gehen oder den Paß zu verlängern“. Dem mündigen Bürger solle mit der Einkaufsmöglichkeit am Abend wieder mehr Entscheidungsfreiheit eingeräumt werden, erklärt Bundeswirtschaftsminister Bangemann (FDP) in dem kürzlich vorgelegten „Argumentationskatalog für die Einführung eines Dienstleistungsabends“. Das entspräche einer Politik für mehr Marktwirtschaft. Gerne bezeichnen Vertreter dieser Politik das Ladenschlußgesetz (LSchG) von 1956 als „starr“ und „Ladenhüter“, weil es Schranken in der Betriebsnutzungszeit setzt, nämlich den Ladenschluß um 18.30 Uhr. Jetzt soll mit einer Gesetzesvorlage Ende 1987 ein Durchbruch für den generellen Abendverkauf erreicht werden. Eckwerte hat Bangemann bereits in die Diskussion geworfen: Wahlweise mittwochs oder donnerstags können die Läden bis 22 Uhr nachts offen bleiben. Damit ist „nur“ der Einzelhandel betroffen. An eine gesetzliche Regelung für die anderen Bereiche, wie Kommunalverwaltungen, Finanzämter, Post, TÜV und Banken ist zum aktuellen Zeitpunkt nicht gedacht. „Hier ist die entsprechende Überzeugungsarbeit mit dem Ziel eines möglichst großen Angebots zu leisten.“ Ein Rückzug vom Dienstleistungs-

abend? Die HBV sieht es als Erfolg, daß ein umfassendes Gesetz, das auch die Bereiche betrifft, die nicht als Läden im Sinne des LSchG erfaßt sind, zur Zeit nicht vorliegt.

Dienstleistungsabend – mehr als ein Zugeständnis

Der Dienstleistungsabend ist in der Kette der Angriffe gegen die Ladenschlußregelung relativ neu. Die FDP hat ihn in die Diskussion gebracht und damit einen Teil in der Front der Gegner einer Liberalisierung des LSchG herausgebrochen. Eine Beibehaltung des Ladenschlusses fordern sowohl die HBV, unterstützt vom DGB, der DAG, als auch die Einzelhandels- und Mittelstandsverbände, allen voran die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE). Seit Bestehen der CDU/CSU/FDP-Regierung wird das LSchG besonders scharf attackiert und vor allem der Abendverkauf in die Debatte geworfen. Die Einzelhandelsverbände lehnen entschieden die tägliche Abendöffnung ab, weil viele ihrer Mitglieder den höheren Personal- und Sachaufwand nicht tragen könnten und von der Konkurrenz der großen Ladenketten noch schneller verdrängt würden. Auch der immer wieder von der FDP in die Diskussion geworfene Modellversuch an einem Abend in der Woche fand bei den Einzelhandelsverbänden keine Zustimmung. Ein, von der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung veranstaltetes Symposium im Herbst 85 über die Erfahrungen anderer europäischer Länder mit der Abendöffnung, kam zu dem Schluß, daß dort die „freien“ Regelungen auch nicht auf Zustimmung stoßen. Davon



Streik der Beschäftigten der Börsen-Daten-Zentrale in Frankfurt am 4.5./5.5.87. Der Kampf gegen die Einführung der Samstagsarbeit bei den Banken stand im Zentrum.

ausgehend hat die HDE festgestellt, „wenn daher im Dienstleistungszeitalter der Abend wieder zu mehr Kommunikation in der Öffentlichkeit führen sollte, wird diese gesellschaftliche Entwicklung nicht nur vom Einzelhandel, sondern auch von vielen privaten und öffentlichen Dienstleistungen wahrgenommen werden müssen...“ Diese Position findet sich bis heute bei den Einzelhandelsverbänden: heftige Ablehnung einer Änderung des Ladenschlußgesetzes, aber Zugeständnis bei Einführung eines Dienstleistungsabends pro Woche, an dem neben den Läden auch Behörden, Banken und sonstige Dienstleistungsunternehmen gleichermaßen geöffnet haben sollen.

Damit erklärt sich auch, weshalb Regierung und Wirtschaftsminister jetzt vom Dienstleistungsabend reden, obwohl dafür kein Gesetz vorliegt. Die HDE reagierte auf die Veröffentlichung des „Argumentationskatalogs“ entsprechend ablehnend; es sei fraglich, ob dieser im Rahmen der Koalitionsvereinbarung sei, da dort von einem Dienstleistungsabend die Rede sei, nicht von einer isolierten Änderung des Ladenschlußgesetzes.

Bislang hat das Zweckbündnis von Gewerkschaften und Einzelhandelsverbänden gehalten und einschneidende Gesetzesänderungen verhindert. Dabei ist aber nicht zu übersehen, daß durch die in den letzten Jahren provozierten Diskussionen politisch ein Klima gegen eine feste Ladenschlußregelung geschaffen wurde. Die letzte Novellierung des Ladenschlußgesetzes im August 86 wurde zwar letztlich nur von Baden-Württemberg umgesetzt und das auch nur in Stuttgart. Viel wichtiger war für die Befürworter der freien Marktwirtschaft, daß eine bundesweite Debatte über ein „starres“ Gesetz in Gang gekommen ist. Zahlreiche Befragungen, Untersuchungen und Argumente machen seitdem die Runde.

Von Bedeutung sind in der Folge der Verabschiedung der ersten Änderung des LSchG die zahlreichen Versuche, in Städten verstärkt Sonderregelungen und Modellversuche durchzusetzen. Jüngstes Beispiel ist die SPD/FDP-Koalitionsvereinbarung in Hamburg, wonach in Zukunft viermal im Jahr Läden bis 21 Uhr geöffnet sein können.

HBV-Positionen gegen den Abendverkauf

Die Gewerkschaft HBV verteidigt den Ladenschluß zum Schutz der Beschäftigten. Tatsächlich ist das LSchG eine der wenigen Festlegungen, die eine bestimmte Beschäftigungsgruppe vor Nachtarbeit schützt. Diese beginnt nach der AZO um 20 Uhr, nach manchen Tarifverträgen, wie dem der IG Metall Nordwürttemberg-Nordbaden

um 19 Uhr. Der gesetzlich festgeschriebene Ladenschluß um 18.30 Uhr kann bislang nur von Ausnahmen durchbrochen werden, wie Bahnhofsverkauf, Bahnhofsnähe, Kioske und Flughäfen, Apotheken ect. Besonders krass ist nach der letzten Novellierung die Situation für internationale Flughäfen, dort ist der Verkauf rund um die Uhr an allen Tagen erlaubt.

Die HBV fordert dagegen die Einschränkung der Arbeitszeit am Abend und die Eindämmung von Sonderöffnungen. Um das Ladenschlußgesetz „wasserdicht“ zu machen, fordert sie zusätzlich tarifvertragliche Regelungen zur Absicherung des Ladenschlusses um 18.30 Uhr. Anfang September hat die HBV Baden-Württemberg die Arbeitgeberverbände zu Tarifverhandlungen dazu aufgefordert.

Weitere Flexibilisierungsvorstellungen

Der Dienstleistungsabend, der jetzt einmal bzw. zweimal in der Woche zur Debatte steht, mag den Verfechtern der Liberalisierung als leicht zu nehmende Hürde erschienen sein. Inzwischen ist diese Einschätzung widerlegt. Die Bankangestellten im diesjährigen Tarifkampf haben deutlich gezeigt, daß sie keinen Dienstleistungsabend wollen, aber auch keine Samstagsarbeit. Dabei ist auch letztere zur Liberalisierung des LSchG im Gespräch: Kaum daß Bangemann seinen „Argumentationskatalog...“ vorgestellt hat, wird das Ergebnis einer Untersuchung des Instituts für Freizeitwirtschaft veröffentlicht, das die Entwicklung des Freizeitverhaltens in der BRD bis 1995 untersuchte. Danach käme der lange Dienstleistungsabend mitten in der Woche um Jahre zu spät, „wesentlich ergiebiger“ wäre die generelle Einführung des langen Samstags.

Dagegen hat die HBV neuerdings klare Positionen bezogen. Für sie hat das arbeitsfreie Wochenende Vorrang. Es wird das Verbot jeglicher Sonntagsöffnung gefordert und die schrittweise Eindämmung der Samstagsöffnung, wie über die Abschaffung der langen Samstage im Sommer.

Die Einzelhandelsverbände suchen andere Wege

Die Zustimmung der HDE zu einem umfassenden Dienstleistungsabend in der Woche ist nur eine Schwachstelle in der gemeinsamen Front zwischen ihr und den Gewerkschaften. Auch der diesjährige internationale Kongreß des Kraftfahrzeughandels sieht die Liberalisierung des westdeutschen LSchG als vordringlich an, wobei es ihm um Öffnungs- und Arbeitszeiten an Sonn- und Feiertagen geht. Das Kfz- ebenso wie das Raumausstatterhandwerk stehen dem Dienstlei-

stungsabend positiv gegenüber, während sich der Zentralverband des Deutschen Handwerks dagegen ausgesprochen hat.

In der Frage der Flexibilisierung ist die HDE wachsam. In einer Pressemitteilung vom 25.8.87 berichtet sie wohlwollend von der Umfrage der Wirtschaftsunioren, u.a. darüber, daß alle Formen flexibler Arbeitszeitgestaltung bei den Arbeitnehmern Befürworter fänden, Samstagsarbeit würde von fast 40% ausdrücklich akzeptiert, Sonntagsarbeit von noch fast 10% in Kauf genommen.

Schließlich gibt es auch im Einzelhandel kleine und mittlere Geschäfte, die sich im Gegensatz zur Mehrheit der Einzelhändler einen zusätzlichen Umsatz durch Abendverkauf versprechen. Im „Argumentationskatalog...“ Bangemanns wird davon gesprochen, daß das verfügbare Einkommen stark zugenommen habe und das Spektrum des Bedarfs erheblich breiter geworden sei in Richtung des gehobenen Bedarfs. Zusätzliche Umsätze beim Abendverkauf könnten sicher dann eintreten, wenn höhere Einkommensklassen sich den Einkauf von Luxusartikel und exklusiver Kleidung zum Freizeitvergnügen am Abend machten.

Ladenschluß und Arbeitszeitflexibilisierung

Das Ladenschlußgesetz ist ein Bollwerk gegen die gesamte Arbeitszeitflexibilisierung. Abgesehen von den Sonderöffnungszeiten setzt es Schranken gegen Nachtarbeit und Sonntagsarbeit und legt in gewissem Umfang das Arbeitsende am Samstag auf 14 Uhr fest, d.h., es garantiert einen bestimmten Zeitraum am Wochenende als arbeitsfrei. Es hat verwundert, daß die ÖTV, als der Dienstleistungsabend ins Gespräch kam, nicht Sturm gelaufen ist. Sicher gibt es im Öffentlichen Dienst schon viele Bereiche mit Nacht- und Schichtarbeit, Samstags- und Sonntagsarbeit. Das kann aber nicht als Argument für eine entsprechende Arbeitszeit in allen Bereichen gelten. Auch in dieser Auseinandersetzung um Arbeitszeitflexibilisierung muß getrennt werden zwischen notwendiger Arbeit zu ungewöhnlichen Zeiten (Gesundheitswesen etc.) und der vollständigen Anpassung der Arbeitszeit an die Bedürfnisse des Marktes. Kämpfe wie die der Bankangestellten und der Einzelhandelsbeschäftigten müssen von allen Gewerkschaften unterstützt werden.

Quellen: Mitteilung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 11.07.87; Rede des Präsidenten der HDE auf der 36. Delegiertenversammlung am 5.11.85; G.Gerlag u.a.: Dienst am Kunden? Der Handel zwischen Flexibilisierung und Ladenschluß. VSA-Verlag, 1987. August 87. - (ccs,rst)

Aktionen der Türkei-Kurdistan-Aktionseinheit

Hamburg. Am 5.9.87 führte die Aktionseinheit in der Innenstadt und drei Stadtteilen Propagandaaktionen durch. An den vier Ständen und zusätzlich einigen Bahnhöfen wurden 3000 der zentralen Flugblätter verteilt. Die Kulturgruppe von Feyka-Kurdistan trat in der Innenstadt und zwei Stadtteilen auf. – Für November ist eine Großveranstaltung geplant. Dort soll berichtet werden über die Kampagne gegen die kurdischen Arbeitervereine, über die Unterstützung der türkischen Junta durch BRD/EG und über den Befreiungskampf des kurdischen Volkes. – Ein Flugblatt von Feyka/Norddeutschland, das die Razzien gegen die kurdischen Arbeitervereine verurteilte, unterzeichneten: Freunde des kurdischen Volkes, Internationalismus Frauengruppe, Volksfront, BWK, FAU/R, El Salvador Komitee, Freie Jungenschaft Hamburg, Sympathisanten der Guerillaorganisation Volksfedajin Irans, Internationalistische Nahostgruppe (Bremen), Erwerbslosen- und Jobberinitiativen Lurup/Osdorf, Dev Genc, GJA/R, Bewohner/innen der Hafestraße, Antimperialistische Gruppe. – (wal)

Solidaritätsaktionen mit den Sharpeville-Sechs

Konstanz. Aus Anlaß der Berufungsverhandlung der Sharpeville-Sechs, die am 10.9.87 begonnen hat, haben in Konstanz Alternative Liste, AStA der Universität, BWK und Volksfront zu einer Kundgebung aufgerufen. Am Samstag, den 5. September haben ca. 200 Menschen insgesamt zwei Kundgebungen verfolgt. In den Reden wurde die Hinrichtung der beiden ANC-Mitglieder am 1. September angegriffen, die Aufhebung aller Todesurteile und die Freilassung aller politischen Gefangenen in Südafrika gefordert sowie zur Solidarität mit der azanischen Arbeiterbewegung aufgerufen. Vor diesen Aktionen wurde bereits zusammen mit dem DGB, der DKP, der Freien Grünen Liste und dem Konstanzer Schülerparlament eine Spendensammlung für die Angehörigen der Sharpeville-Sechs durchgeführt. Jeder Familie wurden 200.-DM überwiesen. Der DGB-Kreisvorstand hatte jetzt eine Beteiligung an der Kundgebung abgelehnt, da sie zu kurzfristig geplant sei. In der gleichen Woche haben zahlreiche Gewerkschafter, u.a. die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies und das DGB-Vorstandsmitglied Irmgard Blätzel, vor der südafrikanischen Botschaft in Bonn für die Freilassung der Sharpeville-Sechs und vor allem für Theresa Ramashamola demonstriert. Die Botschaft hat die Annahme einer Protestnote an den südafrikanischen Justizminister verweigert. – (chb)



Westberlin. Etwa 20000 Laubenpieper beteiligten sich am Sternmarsch gegen den Flächennutzungsplan. Jürgen Hurt, Vorsitzender des Landesverbandes der Gartenfreunde sagte, 10000 Kleingärtner sollten vertrieben werden, 300000 Einwände seien nicht berücksichtigt worden, wohl aber die Interessen der Wohnungsbau- und Industrielobby. – (chk)

Faschistenauftritte bei Vertriebenentreffen

Westberlin. Ungestört führten ca. 4000 Revanchisten ihre alljährliche Versammlung zum „Tag der Heimat“ durch. Hauptrednerin war die Bundesministerin Wilms. Sie wandte sich gegen jegliche Bestrebungen hinsichtlich Streichung des Wiedervereinigungsgebots des Grundgesetzes. Die Bundesregierung setze sich außerdem gegen Menschenrechtsverletzungen in der ganzen Welt ein, sie würde daher nicht nur die deutschen Landsleute hinter der DDR-Grenze nicht vergessen, sondern sie sprach nunmehr gar von allen östlich lebenden Europäern. Auch Vertriebenenpräsident Czaja betonte das Eintreten der Vertriebenen aller Deutschen, die über Mitteldeutschland hinaus unter fremder Herrschaft lebten. Jugendliche Faschisten entrollten auf der Seitentribüne ein Transparent mit der Aufschrift: „Bonn: Krematorium der Deutschen Frage“. Rangeleien zwischen ihnen und Ordnern wurden von der Polizei geschlichtet. – (gug)

Antikriegstagsrede gegen Revanchismus

Salzgitter. Mit ca. 300 Teilnehmern fand auf dem Ehrenfriedhof für ermordete Zwangsarbeiter „Jammertal“ die Antikriegstagsdemonstration bzw. -kundgebung der DGB-Kreise Salzgitter und Goslar statt. Detlef Hensche, stellv. Vorsitzender der IG Drupa, sprach sich dort gegen den Versuch von Militär und Regierung aus, mit dem Aufbau von Feindbildern einen neuen Krieg vorzubereiten. Kriege brächen nicht aus, sondern würden gemacht. Er forderte die Anerkennung der bestehenden Grenzen und das Verbot von Rüstungsexporten sowie die Einstellung des Weltraumprojekts SDI und der deutschen Beteiligung

daran. Abrüstung und sozialer Fortschritt seien zwei Seiten einer Medaille. Jeder Kampf um sozialen Fortschritt müsse gegen den Rüstungsetz geführt werden. Er verurteilte die Mitarbeit des DGB am Entwurf eines Arbeitssicherstellungsgesetzes, das der direkten Kriegsvorbereitung diene. – (suo)

Antifaschistisches Bündnis gebildet

München. Gegen das DVU-Treffen in Passau kam in München ein breites Bündnis der antifaschistischen Kräfte auf die Beine. Diese Zusammenarbeit soll fortgeführt werden, deshalb hat sich aus diesem Kreis heraus das „Antifaschistische Bündnis München“ gebildet. Bis jetzt arbeiten in dem Bündnis die Antifaschistische Aktion München, SDAJ, DKP, Grüne, die Vereinigung der revolutionären Jugend, Volksfront sowie autonome und anarchistische Antifaschisten/innen mit. Jetzt gibt das Bündnis eine gemeinsame Flugblatt zum siebten Jahrestag des faschistischen Bombenanschlags auf das Oktoberfest heraus. Es mobilisiert damit zu einer Demonstration der DGB-Jugend am 26.9.87, die unter dem Motto „Keine Chance den Neonazis“ steht. Aus dem Flugblatt: „Damals wie heute gilt die Äußerung von Franz Josef Strauß: ‚Man muß sich der nationalen Kräfte bedienen, auch wenn sie noch so reaktionär sind – mit Hilfstruppen darf man nicht zimperlich sein.‘ (Spiegel 12/1970) ... Nach dem Oktoberfestattentat ging ein Aufschrei des Entsetzens durch das Land, politische Konsequenzen wurden daraus nie gezogen ... Nach dem Tod des Hitlerstellvertreters Heß wittern die braunen Rotten Morgenluft und trauen sich in nie gekanntem Maß aus ihren Löchern ... Kein Fußbreit für alte und neue Nazis.“ – (ror)

Schichtarbeit

Interview mit einem Bosch-Arbeiter über seine Erfahrungen mit Schichtarbeit

Stuttgart. Den vierten Herzinfarkt hat er gerade überstanden. Eigentlich müßte er schon tot sein. Aber er hatte das Glück, daß ihn Sanitäter sofort zum Werkarzt brachten. Vor dem dritten Herzinfarkt hatte er schon 80 Prozent Behinderung zugestanden bekommen, aber weder erwarb er damit Anspruch auf Frührente noch gewährte ihm die Robert-Bosch-GmbH den Vorruhestand. Deshalb mußte er weiterarbeiten. Der Bosch-Arbeiter beschreibt seine Arbeitssituation wie folgt:

„Der Druck macht einen kaputt. Deshalb wollen so viele weg. Der größte Teil der Arbeitsplätze stellt Anforderungen, wo einer gesund sein muß. Ich war zufrieden, wenn ich zu Hause war. Manchmal stand ich mit dem Auto eine halbe Stunde nach der

cherung. Außerdem würde ich Jahre für die Betriebsrente verlieren.“

Der Kollege ist 58 Jahre alt und arbeitet seit 34 Jahren im Schichtbetrieb. Als Einsteller war er verantwortlich für pünktliche und vollständige Ablieferung von Werkstücken und mußte auch dafür sorgen, daß die Arbeiterinnen seiner Werkstatt auf ihren Akkordverdienst kamen. Der Auslöser des letzten Herzinfarkts war die freche Behauptung eines Planers, er wäre faul, deshalb gebe es die hohen Rückstände bei der Ablieferung.

Er ist einer von Millionen, die in Schicht arbeiten müssen. Nach der letzten verfügbaren Erhebung (1) aus dem Jahre 1975 arbeiten 3,787 Millionen Erwerbstätige in Schichtarbeit, weitere 1,307 Mio. in Sonn- und Feiertagsarbeit. Insgesamt haben also



Arbeiterin an einem Einzelakkordplatz in monotoner Arbeit zu niedrigem Lohn. Solche Arbeiten sind häufig in der Elektroindustrie im Schichtbetrieb.

Arbeit auf dem Parkplatz und habe verschnauft. Fertig war ich, übermüdet. Bei uns ist eine furchtbar schlechte Luft. Auf dem Personalbüro wird den Leuten nahegelegt, selber zu kündigen, beim Vorruhestand bekämen sie 70% des Entgelts, beim Arbeitslosengeld 68%, das wären doch nur zwei Prozent Unterschied. Aber ich sage: Nicht kündigen. Mit einer Krankheit kann man eineinhalb Jahre Krankengeld beziehen. Wenn ich jedoch selber kündige, bekomme ich drei Monate Sperre des Arbeitslosengeldes und muß danach jeden Monat mit 1000 DM weniger als heute auskommen. Ich verliere bis zu meiner Rente circa 30000 DM. Wenn ich kündigen würde, könnte mich das Arbeitsamt wieder zur Arbeit schicken. Solange ich bei Bosch beschäftigt bin, habe ich Kündigungsschutz und Verdienstsicherung.

5,094 Mio. Erwerbstätige Sonderarbeitszeiten. Nacht- und Schichtarbeit haben nicht nur negative gesundheitliche Auswirkungen, sondern auch soziale Folgen auf das Familienleben, die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und die individuelle Freizeit. Allein 829000 Frauen sind in Schichtarbeit tätig, das sind 23,7%. Aufgrund von Schätzungen haben 93000 Frauen in Nachtarbeit – und davon 45000 in regelmäßiger Nachtarbeit – einen Haushalt mit Kindern unter 15 Jahren zu versorgen. Wird die Bundesregierung ihren Entwurf für ein neues Arbeitszeitgesetz durch den Bundestag durchbringen, dann wird die Nachtarbeit für alle weiblichen Beschäftigten erlaubt sein. Bis jetzt ist Industriearbeiterinnen die Arbeit nach 20 Uhr, in Wechselschicht nach 23 Uhr verboten.

Der Einsteller bei Bosch hat eine

klare Meinung zur Schichtarbeit: „Schichtarbeit ist menschenunwürdig. Wo gibt es schon Kurse für Schichtarbeiter? Alle 14 Tage hingehen oder alle drei Wochen ist unmöglich. Das kann Bosch mit den Zulagen für Schichtarbeit nicht ausgleichen. Freunde und Bekannte können einem helfen, wenn man in Not ist, aber nicht die Produktion. Man braucht Kontakte, aber die fehlen einem Schichter ziemlich. Die Firma will die Schichtarbeit noch mehr einführen und auch die Jahresarbeitszeit, damit die Maschinen 24 Stunden laufen.“

Die Erfahrungen des zitierten Arbeiters über Demütigung und Ruinierung werden bei Bosch wie in jedem anderen Großbetrieb tausendfach gemacht. Damit diese Kenntnisse aber nicht zur Konsequenz führen, diese menschenfeindliche Arbeitsorganisation insgesamt in Frage zu stellen, betreibt Bosch eine offene Indoktrination. In Werkstätten richtet die Firma Diskussionsrunden ein, deren Zweck ein Verantwortlicher vor Einstellern so definierte: „Wir müssen stolz, glücklich und zufrieden sein, daß wir in solch einer Firma arbeiten können und dürfen.“ Aber: Soll man sich für solch ein Image kaputtschuffen?

(1) Umfrage der EG von 1975, zit. in: H. Hahn, Nacht- und Schichtarbeit I, BAU Schriftenreihe, Dortmund 1986. – (ros)

„Pfungstrandale“

Sieben Anklagen: Schwerer Landfriedensbruch

Freiburg. Ende Juli erließ Freiburgs Justiz Haftbefehle wegen des dringenden Tatverdachts des schweren Landfriedensbruchs, wegen Fluchtgefahr und Wiederholungsgefahr gegen sieben Leute, denen Beteiligung an der „Pfungstrandale“ vorgeworfen wird. An Pfingsten war die Wilhelmstraße von ca. 150 Leuten verbarriadiert worden. Einige Brandsätze wurden gelegt als Protest gegen die Räumung etlicher besetzter Häuser und die Wirtschaftsförderungspolitik der Stadt.

Sechs der sieben Inhaftierten sind inzwischen freigelassen worden; der Punker K. sitzt noch immer. Seine Entlassung wegen schweren Krankheiten, u.a. auch Aids, wurde vom Haftrichter abgelehnt.

Der erste Prozeß fand jetzt gegen einen 18jährigen Schweizer Lehrling statt – unter Ausschuß der Öffentlichkeit. Die SPD-Stadträtin Wehinger erklärte sich als Schöffin für befangen. Sie lehne zwar Gewalt ab, unterstütze aber den Kampf der Hausbesetzerbewegung gegen Spekulantentum. Nach einer Unterbrechung wurde mit einem neuen Schöffen weiterverhandelt, mit ausschließlich gegen den Angeklagten

eingestellten Richtern.

Die Staatsanwaltschaft forderte in ihrer Anklage Gefängnis von über einem Jahr. Für die Täterschaft spreche u.a., daß der Angeklagte während der Haft Solidaritätsschreiben aus der „Hausbesetzerzene“ erhalten habe. Die Verteidigung protestierte gegen diese Variante des Gesinnungsstrafrechts, an dessen Ende stehen werde, daß Zugehörigkeit zur „Hausbesetzerzene“ Haft bedeutet.

Der Angeklagte F. wurde zu zehn Monaten auf Bewährung verurteilt und aus der BRD ausgewiesen. Die Ausweisung ist zeitlich unbegrenzt.

Weitere Anklagen mit Forderungen der Staatsanwaltschaft nach deutlich mehr als einem Jahr, d.h. auf jeden Fall ohne Bewährung, liegen jetzt vor. Die Freiburger Justiz geht dabei auf Ausweitung des Straftatbestands des Landfriedensbruch: Voraussetzung für Landfriedensbruch ist das Begehen einer Gewalttätigkeit aus einer Menschenmenge heraus. Einem Angeklagten wird vorgeworfen, er sei aus der Menge herausgetreten, auf die Polizisten allein los und habe dann einen Stein geworfen. Anklage: schwerer Landfriedensbruch und nicht „nur“ (versuchte) Körperverletzung.

Mitte Juli fand zwar eine Veranstaltung gegen die Prozesse statt, die Mobilisierung gegen die weiteren Prozesse ist aber nur sehr schwach. – (ulb)

Deutsche Bank

Profil verbessert und 200 vor die Tür gesetzt

Hamburg. „Die Deutsche Bank setzt auch künftig auf Asien“ schrieb die FAZ am 18. Mai und meldete, daß die Deutsche Bank jetzt Alleinaktionärin der Deutsche Bank (Asia) AG geworden ist. Dieses Hamburger Finanzhaus verfügt über eine koloniale Tradition, die die größte bundesdeutsche Bank nun fortführen will: 1889 wurde die Deutsch-Asiatische Bank in Berlin mit Sitz in Shanghai gegründet. Nach 1945 wurde die Zentrale nach Hamburg verlegt, von wo aus sie 1988 wieder nach Asien, genauer nach Singapur zurückkehren wird. 1972 war die Bank aufgegangen in der European Asian Bank AG (Eurasbank), deren Eigner neben der Deutsche Bank AG Banken aus Rotterdam, Wien, London, Paris und Brüssel waren. Im vergangenen Jahr erhöhte die Deutsche Bank ihren Aktienanteil auf 75%, der Rest blieb zunächst dem Wiener Creditanstalt-Bankverein. Konsequenterweise verfolgend, drückte die Deutsche Bank der Eurasbank ihren Namen auf: Deutsche Bank (Asia) AG, „hierdurch (wurde) unser Markt- und Wettbewerbsprofil im pazifischen Raum weiter verbessert.“ (Geschäftsbericht

1986, Deutsche Bank (Asia)). Seit Juli ist die Katze aus dem Sack: Das „Asia“ mit der Klammer verschwindet aus dem Namen, die Deutsche Bank (Asia) wird vollständig von ihrer Alleinaktionärin übernommen, und die Aufgaben der Hamburger Zentrale werden teilweise nach Frankfurt, aber hauptsächlich in die neue Zentrale nach Singapur verlegt: „Es sei bisher nicht glücklich, daß wegen des großen Zeitunterschiedes zwischen Asien und der Bundesrepublik Entscheidungen in der Zentrale immer erst am nächsten Tag getroffen werden.“, so der neue Chef in Singapur, Offen. In Hamburg sind etwa 280 Menschen in der Deutsche Bank (Asia) beschäftigt. In der Presse verkündeten sowohl Offen als auch Vorstandsmitglied van Hooven, daß die Übernahme der Angestellten problemlos geregelt werden könne. Ein Sozialplan sei nicht erforderlich. Der Betriebsrat hat auch tatsächlich auf den Abschluß einer solchen Vereinbarung verzichtet. Ergebnis: 80 werden in Singapur und Frankfurt eingesetzt. Den übrigen 200 wurde versprochen, im Konzern unterkommen zu können, allerdings mit dem Hinweis, daß die Anzahl von 3300 Arbeitsplätzen im norddeutschen Raum nicht erhöht werden könne. Bedenkt man, daß die Deutsche Bank in Hamburg bereits über 20 Auszubildende entweder nicht übernehmen oder im Konzern unterbringen will, ist die Möglichkeit der Deutsche Bank-(Asia)-Angestellten, in Hamburg Arbeit zu finden, sehr gering. Einige wenige, vielleicht 20 werden übernommen werden. Mit dem Rest werden in Auflösungsverträgen Abfindungen ausgehandelt, die teilweise vier Monatsgehälter nicht wesentlich übersteigen. Diejenigen, die in der Hamburger Filiale weiterarbeiten, werden sich dann an dem Konkurrenzkampf um die Arbeitsplätze in der Deutsche Bank beteiligen. Immerhin hat ein Filialvergleich Hamburg/Köln ergeben, daß in Hamburg weit mehr als 100 Angestellte überflüssig sind. – (mod)

Grüne Familienpolitik

Müttermanifest auf dem Vormarsch

Hannover. Wie bereits berichtet, hatte die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Frauen der niedersächsischen Grünen auf dem Bundesparteitag der Grünen mit einer Aufkleberaktion gegen das Müttermanifest protestiert. Daraufhin hatte der Landesvorstand der LAG das Recht aberkannt, öffentliche Erklärungen abzugeben sowie die GRÜNEN außerhalb der Partei zu vertreten. Zwei Landesvorstandsmitglieder, auch Mitglieder der LAG, traten am

19.6.87 zurück. Ein eigens zum Thema „Aktion der LAG auf dem Bundesparteitag“ einberufener außerordentlicher Landesparteitag beschloß am 23.8.87 mit 74 zu 55 Stimmen, die Aufkleberaktion habe „die Grenzen sinnvoller und legitimer Streitkultur weit überschritten“. Gleichzeitig werden flächendeckend Veranstaltungen zum Müttermanifest durchgeführt.

Am 17.7. veröffentlichte Rita Süßmuth 10 Thesen zum Müttermanifest, in denen sie es begrüßt und darauf hinweist, daß viele Forderungen nicht neu seien, sondern im Programm der Bundesregierung zu finden seien. R. Süßmuth schlägt den grünen Frauen vor, den Slogan „motherhood is beautiful“ durch „Frausein ist schön“ zu ersetzen und warnt vor Überstrapazierung „der ‚weiblichen‘ oder ‚mütterlichen‘ Werte“. „Unbedingt muß vermieden werden, daß solche Eigenschaftsbeschreibungen an biologische Erklärungsmuster gekoppelt werden.“ Norbert Blüm schrieb 1981 in der „sanften Macht der Familie“: „... die Fähigkeit, weiblich zu sehen, macht erst möglich, auf eigene Vorsprünge zu verzichten, mit knapper werdenden Mitteln zu haushalten.“ Ergebnis der Kritik R. Süßmuths an der „sanften Macht der Familie“ waren die 1985 beschlossenen „Leitsätze der CDU für eine neue Partnerschaft zwischen Frau und Mann“. Frau Süßmuth sieht Parallelen.

Der Kreis schließt sich, wenn man weiß, daß G. A. Erler, eine der Erstunterzeichnerinnen des Müttermanifests, in ihrem 1985 erschienenen Buch „Frauenzimmer. Für eine Politik des Unterschiedes“ die Ungleichheit der Geschlechter mit der angeblich unterschiedlichen Organisation der rechten und linken Gehirnhälfte bei Frau und Mann erklärt. Weitere drei Erstunterzeichnerinnen sind beim Deutschen Jugendinstitut München, das überwiegend vom Familienministerium finanziert wird, als Sozialwissenschaftlerinnen beschäftigt und befassen sich mit dem Projekt „Mütterzentren“. Diese Mütterzentren schießen in allen Städten wie Pilze aus dem Boden und bekommen häufig anstelle der autonomen Frauenhäuser die staatliche Unterstützung. Ziel: „Frauen können in den Mütter- und Nachbarschaftszentren eine sinnvolle Verteilung und sozial konstruktive Organisation des Mangels erlernen.“ Mit dem Projekt „Computeransatz in den Familien- und Nachbarschaftszentren“ sollen Frauen, die angeblich „mehr anwendungsbezogen“ lernen, an die Heimarbeit herangeführt werden.

Der Aufkleber „Das Kind adelt die Frau. Es ist wieder soweit.“ war also so abwegig nicht.

Quellenhinweis: Arbeiterkampf, 8/87; div. Presseerklärungen der GRÜNEN) – (rec)

Graubremse-Streik erfolgreich

Lohn und Tarifverträge verteidigt Personalchef mußte gehen

Heidelberg. Über der Hälfte der Akkordarbeiterinnen und Akkordarbeiter der Graubremse wurden sechs Monate ca. ein Drittel der tariflichen Erholzeiten nicht bezahlt. Die Erholpausen werden im Betrieb schichtbezogen mit zweimal 20 Minuten vorgegeben. Mit Jahresbeginn wurden für alle im Akkorddurchschnittsverdienst vergebenen Arbeiten bzw. Ausfall- und Stillstandszeiten pro Stunde fünf Minuten Erholzeit abgezogen, selbst in der Mehrmaschinenbedienung. Im Endeffekt eine generelle Kürzung der Vorgabezeiten um rund 3%. Bis Juli sind Lohnverluste bis zu 1423 DM aufgelaufen.

44% der Akkordarbeiter sind individuell abgesichert. Durchschnittlich



März 1985: Verbrennen von Echlin-„Umfragebögen“: „Entlassungen oder Konkurs?“ (links). Mobilisierung gegen Lohnkürzungen (Bild rechts).

werden 165% verrechnet. Im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden beträgt der Akkordleistungsgrad etwa 145% (bei gleichem Eingruppierungsniveau leicht über der Ecklohngruppe). Die Akkordlöhne in der Graubremse liegen im Schnitt bei 21 DM in der Stunde, 14% höher. Nur allzu gern hätten die Kapitalisten Betriebsvereinbarungen, wie Zeitzuschlag von 45% für unbeeinflussbare Zeiten an NC-Maschinen oder um 5% über Tarif liegende Verteilzeiten in der Montage, aus der Welt. Schon bei der Übernahme des konkursreifen Betriebs 1984 hatte der Echlin-Konzern eine Senkung aller Vorgabezeiten um 8% bzw. eine Verschlechterung der zehn Jahre alten Vereinbarungen erpressen wollen. Damit war er ebenso gescheitert wie mit der beantragten Einführung des MTM-Akkordsystems.

Den neuen Dreh mit der Kürzung

der bezahlten Erholzeiten zog man in aller Stille durch. Erst Mitte März kommt es zu ersten Protesten. Im April gehen 25 Arbeiter zum Betriebsrat. Verhandlungen bringen nichts. Die IGM-Bezirksleitung zögert. Im vierteljährlich erscheinenden Info des Vertrauenskörpers (siehe Bild) wird die Belegschaft ausführlich informiert, die Lohndrückerei an Rechenbeispielen nachgewiesen. Gleichzeitig enthüllt das Info Anrechnungen von Leistungszulagen auf die Tarifierhöhung bei Angestellten; mit Gehaltseinbußen bis zu 100 DM im Monat sogar bei Altersgesicherten. Vor ähnlichen Plänen im Zeitlohn wird gewarnt.

Die Betriebsvereinbarungen zur Leistungszulage für Zeitlöhner bzw.

DER Vertrauenskörper INFORMIERT: Info-Nr. 2/87 02.06.87 Kurzberichte für die IGM-Mitglieder des Fa. Graubremse Lohn- und Gehaltsklau a la Voßberg

Nach der Kürzung der Bezahlung der tariflichen Erholpausen für Akkordarbeiterinnen und Akkordarbeiter seit Januar 87 (a.S.5) hat H. Voßberg am 30.05.87 zum 2. Schicht ausgehollt: Bei den Angestellten wurden ebenfalls tarifliche Leistungszulagen (100% von H. Voßberg in "freiwillige Zulagen" getarnt) erstmals auf eine Tarifierhöhung angerechnet. Bei den Kolleginnen und Kollegen im Zeitlohn ist für den 15.06.87 dasselbe zu erwarten. Zu eurer Information möchten wir hierzu einige Erläuterungen geben. Wir hat es nach am 02.06.87 in einem Aushang von KPI am Schwarzen Brett geheißen: "Ein jederzeit beliebiger und willkürlicher Widerruf des außer tariflichen Anteils bzw. der außer tariflichen Zulage ist nicht zulässig. Die außer tarifliche Zulage bleibt vielmehr Bestandteil des monatlichen Einkommens." Und jetzt? "Die außer tarifliche Zulage wurde nicht bei allen, aber bei vielen Mitarbeitern auf die 3,7 % Tarifierhöhung angerechnet." So H. Voßberg sinnergebend

Angestellte haben die Kapitalisten vor zwei Jahren über den Haufen geworfen. Durch ein prozentual auf die jeweilige Tarifgruppe ausgerichtetes Leistungspunktesystem lag die durchschnittliche tarifliche Leistungszulage in der Graubremse seit Ende der 70-er Jahre um ca. 7% (Zeitlöhner) bzw. 1,5% (Angestellte) über Tarifdurchschnitt, bei geringfügig unter Tarifgebiet liegendem Eingruppierungsniveau. Alles über dem tariflichen Satz von 16 bzw. 10% wurde jetzt kurzerhand zu „freiwilliger, jederzeit anrechenbarer und widerruflicher Zulage“ erklärt. In mehreren ausführlichen Untersuchungen und Berichten hat der Betriebsrat seit 1985 auf Betriebsversammlungen der Belegschaft ein Bild verschafft und auf mögliche Folgen vorbereitet.

Bei Ausgabe der Mai-Abrechnung am 15.06. steht die Mechanische Fertigung zweieinhalb Stunden still. Ak-

kord- und Zeitlöhner ziehen gemeinsam zum Betriebsrat. Vereinzelt schließen sich Montagearbeiter und Angestellte an. Geplante Lohnkürzungen auch bei den Zeitlöhnern hat die Geschäftsführung fallengelassen. Diese verlangen aber nun ihre alte Lohnaufschlüsselung. Auf die eine Woche später stattfindende Betriebsversammlung sind neben drei Vertrauensleuten fünf weitere Diskussionsredner vorbereitet und fordern die Rücknahme sämtlicher Lohn- und Gehaltskürzungen sowie anderer Sauerereien wie Abgruppierungen um vier Lohngruppen. Gegen den Personalchef kommt es zu minutenlangen Sprechhören „Voßberg raus!“. Bei Schichtwechsel wird die Versammlung unterbrochen und tags darauf fortgesetzt.

Am 29.06. wird im Beisein von Arbeitgeberverband und IGM-Ortsverwaltung bis nachts um halb zwei verhandelt. Die Spätschicht streikt zwei Stunden, verbringt den lauen Sommerabend auf dem Hof. Zwei Tage später ist die Erholpausenregelung wieder die alte. Den betroffenen Akkord-Beschäftigten müssen am 15.09. durchschnittlich 545 DM nachbezahlt werden. Leistungszulagen-Anrechnungen bei Angestellten, tarifvertragswidrige Alterssicherungsbeträge, Abgruppierungen u.ä. sind zurückgenommen. Das Problem Voßberg ist gelöst. Ende 1984 war er als „Personalleiter mit sehr guten Rechtskenntnissen und Verhandlungsgeschick mit Betriebsräten“ ausgesucht worden. Sein Handwerk Lohnsenkungen, Abmahnungen, Rausschmiss, Betriebsratsbehinderungen usw. hatte er als Justitiar erlernt. „Wir sehen uns vor Gericht“ wurde zum Regelfall. Zum 31.07. mußte Rolf Voßberg alias Rolf Schmidt von der DAG aus der Graubremse entfernt werden.

Trotz Abbau der Belegschaft in den letzten Jahren um mehr als die Hälfte auf 400 konnten Angriffe auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen nochmals zurückgeschlagen werden. Grundlage dafür war vor allem die ständige Aufklärung und mündliche und schriftliche Information der Belegschaft seitens Betriebsrat und Vertrauenskörper. Ohne die Einsicht in die Notwendigkeit und Möglichkeit, Löhne und Gehälter gemeinsam zu verteidigen, wäre eine solche Mobilisierung nicht mehr möglich gewesen. Nach zwei Jahren Voßberg-Terror wurde dies zum Auslöser. Auch hätten ohne Zusammenschluß mit den traditionell kampfstarken Produktions- und Akkordabteilungen Zeitlöhner und Angestellte gegen die Lohnsenkungen auf verlorenem Posten gestanden. Die entscheidende Schlacht steht hier noch aus. Endgültige neue Leistungszulagen-Vereinbarungen konnten nicht durchgesetzt werden. Bis 31.12.87 soll dies im Verbund mit VMI und IGM geschehen. - (aro)

Werftindustrie

**Das Ende von
HDW-Hamburg**

Hamburg. Am 1.10.87 wird das Werk der Ross Industrie, ehemals Werk Ross der HDW-Hamburg, geschlossen. Was übrig bleibt, soll nach dem Beschluß des Besitzers, dem Blohm+Voss-Vorstand, auf dem Gelände von B+V zusammengelegt werden. 1100 Kollegen bei Ross, das ist fast jeder zweite der Ross-Belegschaft und 363 bei B+V sollen in den kommenden Monaten entlassen werden. In einer Betriebsvereinbarung zwischen Betriebsrat B+V, dem Arbeitsamt Hamburg sowie dem Hamburger Senat ist eine Weiterqualifizierung für „gefährdete“ Kollegen vereinbart. Damit sollen Massenentlassungen etwas gestreckt und möglichst still über die Bühne gebracht werden. Die Einflußmöglichkeiten der „Fort-Gebildeten“ auf Art, Umfang und Inhalte der Ausbildung sind fast Null. Man wird vor die Entscheidung gestellt: Friß Vogel oder stirb! Bislang hat der Vorstand und Aufsichtsrat von B+V sein Konzept der Konzentration auf dem Standort B+V ohne größere Gegenwehr seitens der Belegschaften durchgezogen. 1985, nach dem Kauf der HDW-Hamburg durch B+V, wurde der HDW-Belegschaft eine gesicherte Zukunft versprochen. Einige Wochen später wurde eine „Überalterung“ der Belegschaft festgestellt und die ersten Kollegen wurden über den Sozialplan abgeschoben. Gleichzeitig startete der B+V-Vorstand seine Kampagne „Wer ist die kostengünstigere Belegschaft“. Beide Belegschaften sollten zusammengeschmissen werden, unklar blieb, auf welchem Standort. Dann kam die Entscheidung im März 1987. Der Vorstand legte sein Konzept vor: Ross wird platt gemacht, „damit Blohm und der Rest von Ross überleben kann.“ Entlassungen sollte es nach diesem Konzept im wesentlichen nur bei Ross geben. So beruhigt, schwenkte der Betriebsrat bei B+V auf diesen Standpunkt ein. Damit war die Ross-Belegschaft mit ihrem Betriebsrat weitgehend isoliert und die gewerkschaftliche Spaltung der beiden Belegschaften erst einmal eingerichtet. Versuche von einigen Betriebsräten bei Ross und B+V, aus der Situation herauszukommen über gemeinsame Beratungen der Betriebsräte und Vertrauensleute, kommen nur zögernd in Gang. Eine Mehrheit im B+V Betriebsrat hat nun den Beschluß gefaßt, bei der Zusammenlegung möglichst niemanden zu entlassen, wenn, dann nur bei Ross. Damit ist das Konzept des Vorstandes aufgegangen. Woher allerdings diese Kollegen im Betriebsrat ihre Sicherheit nehmen, daß der



Besetzung der HDW im Jahr 1983

Standort Hamburg auf absehbare Zeit erhalten wird, bleibt unklar. Eine Verlegung zu den Thyssen-Nordsee-Werken nach Emden ist durchaus denkbar.

Mittlerweile stellen sich die ersten Ergebnisse der Gesundschumpfung der Werftindustrie ein: Vermehrt können gerade auch die Großwerften wieder einige Neubauten, aber auch Schiffsumbauten als Aufträge buchen. Zusammen mit den neuerlichen staatlichen Subventionen: 20% der Baupreise werden subventioniert, das sind insgesamt 467 Millionen aus Bonn und 233 Mio. DM aus den Ländern und den gesenkten Lohnsummen durch die Entlassungen „können die Werften wieder mithalten“ (Hamburger Abendblatt, v. 8.9.87). – (mie)

Aids-Politik

**Strafverschärfung gegen
Gefangene wird praktiziert**

München. Strafgefangene in bayerischen Gefängnissen, bei denen der HIV-Antikörpertest positiv ausgefallen ist, werden zusätzlich mit Einzelhaft und Zurückhaltung bei Vollzugslockerungen bestraft. Das hat die Justizministerin Berghofer-Weichner auf eine Anfrage von Landtagsabgeordneten der Grünen mitgeteilt. Eine Eignung für Lockerungen des Vollzugs und für Urlaub aus der Haft wird jeweils besonders gründlich überprüft. Nicht untersuchte Gefangene, die Risikogruppen angehören, werden ebenso behandelt wie Gefangene, bei denen der HIV-Antikörpertest positiv war. Dieser verschärfte Strafvollzug, der auf Grundlage des bayerischen Aids-Maßnahmenkatalogs eine Entfesselung der Staatsgewalt gegenüber den Gefangenen bedeutet und der Willkür einen großen Spielraum verleiht, wird mit der „besonderen Fürsorgepflicht des Staates gegenüber den Vollzugsbediensteten und den nicht infizierten Gefangenen“ begründet.

Tatsächlich betreibt die bayerische Staatsregierung gegenüber allen Gefangenen eine Politik der verstärkten Ausgrenzung, Unterdrückung und gesundheitlichen Ruinierung, was sich dann auf kranke Gefangene besonders drastisch auswirkt. Einige Beispiele können dies verdeutlichen. So wurde jetzt ein Haushalt 1987/88 verabschiedet, der den Ansatz für Lebensmittel im Justizhaushalt kürzt. Die Fraktion der Grünen hat darauf bestanden, daß die Ernährung von kranken Gefangenen verbessert werden müßte und HIV-Positive besonders sorgfältig gepflegt werden sollten, da der Durchbruch der Krankheit dadurch deutlich verzögert werden könne. Die CSU hat abgelehnt. Und ein Beispiel wie rücksichtslos die Gesundheit der Gefangenen ruiniert wird: Kürzlich haben Gefangene aus der Justizvollzugsanstalt Straubing an die Öffentlichkeit gebracht, daß im BMW-Zweigbetrieb innerhalb der Anstalt Gefangene asbesthaltige Dichtungen bearbeiten mußten. Trotz der in elf Sprachen deutlich angebrachten Warnung „Achtung enthält Asbest – Gesundheitsgefährdung bei Einatmen von Asbeststaub – Sicherheitsvorschriften beachten“ wurde ihre Forderung nach Schutzmasken abgelehnt und stattdessen diese Arbeit an andere Gefangene gegeben. Diese Verrohung des Vollzugspersonals wird gezüchtet und die Schreibtischtäter sitzen im Justizministerium.

Neben diesen schon praktizierten Zuständen in den Gefängnissen ist die Isolationshaft gegenüber HIV-positiven Gefangenen ein weiteres Kapitel in der berüchtigten CSU-Gefangenepolitik. Die Ministerin kann dabei gar nichts finden und preist den üblichen Vollzug sogar als Vergünstigung: „Die erwähnte Unterbringung in Einzelhafträumen ist nach Paragraph 18 Strafvollzugsgesetz die regelmäßige Form der Unterbringung von Gefangenen.“ Quellen: Pressedienst Die Grünen im Bay. Landtag – (dil)



In den Gefängnissen versucht die CSU HIV-p

Tiefkühl-Heimservice

Außendienstverkäufer bei Bo-frost: Viel Arbeit, geringer Lohn

Die bo-frost GmbH & Co KG und die dazugehörige Dienstleistungs-GmbH & Co. KG hat sich innerhalb von zwei Jahrzehnten zum weltweit größten Direktvertriebs-Unternehmen für Tiefkühlkost entwickelt. Mit dem Slogan „Erfolg ist Lust an Leistung“ setzt der Kapitalist Boquoi Maßstäbe für die Lohnabhängigen.

Seit dem 1. Januar 1987 gilt tariflich die 38,5-Stunden-Woche – aber nicht für den Außendienstbereich. Hier gibt es nicht einmal eine 40-Stunden-Woche. In der Realität sieht ein Arbeitstag eines Verkäufers so aus: Arbeitsbeginn 7.00 Uhr. Es folgt eine 45-minütige Beladung des Wagens. Vorbereitung des Verkäufers für die zu fahrende Tour, herausuchen der Tourenkartei, nachtelefonieren nicht-erreichter Kunden des Vortages, eventuell Telefonzettelbearbeitung, Terminabsprache mit Kunden in bereits bestehender Tour. Ca. 8.30 Uhr Beginn der Außendienstzeit – ca. 8 Stunden. Gegen 16.00 Uhr Rückkehr in die Niederlassung. Tagesdaten ausfüllen, den LKW fürs Frosten vorbereiten, Tagesabrechnungen sowie die Ladeliste für den folgenden Tag schreiben – bis 17.00 Uhr. Danach erfolgt bis ca. 20.30 Uhr eine telefonische Terminabsprache mit den Kunden für die nächste Tagestour. Vergangene sind 13,5 Stunden Arbeitszeit. Mit den Fahrzeiten zur Arbeit und zurück kommt ein Verkäufer auf einen ca. 15-Stunden-Tag.

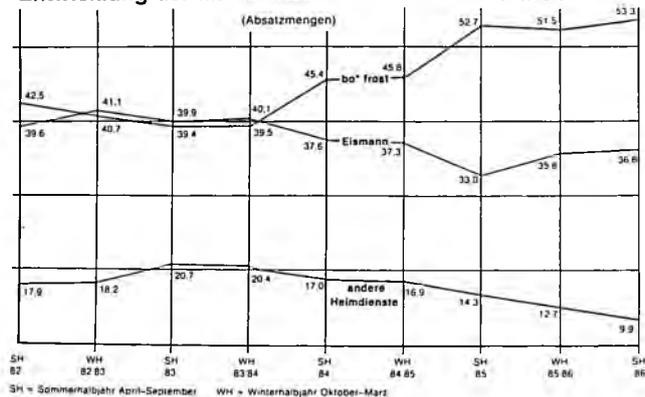
Wird jemand krank bzw. geht in Urlaub, erhöht sich die Arbeitszeit. Daß angesichts dieser Arbeitsbelastung viele Arbeitsunfälle passieren bzw. daß viele Verkäufer dieser Belastung durch Kündigung zu entfliehen versuchen, stört den geldgierigen Kapitalisten J. H. Boquoi in keinsten Weise. Allein im Jahr 1986 kündigten über 600 Angestellte das Arbeitsverhältnis, und die Stimmung der Verbleibenden gegen die Betriebsleitung sowie die Arbeitsbedingungen hat sich weiter verschlechtert. Als Konsequenz daraus läuft bei drei Niederlassungen ein Versuchsmodell zur Kürzung der Arbeitszeit. Für die Verkäufer wurden Frauen auf Teilzeitarbeit im flexiblen Rahmen eingestellt, die den Verkäufer beim Telefonieren und der Terminabsprache mit dem Kunden entlasten sollen. Gleichzeitig wird sich dadurch aber die Außendienstzeit des Fahrers erhöhen, so daß eventuell eine realisierbare Arbeitszeitverkürzung von 1 bis 1 1/2 Stunden möglich ist.

Dies ist zu wenig und muß dem Kapitalisten in aller Härte klargemacht werden. Jeder einzelne Verkäufer ist

jetzt gefordert, alle nur erdenklichen Schritte im Kampf gegen die Ausbeutung einzuleiten, um für sich und seine Arbeitskollegen die tarifliche Arbeitszeit durchzusetzen. Möglichkeiten bestehen genug, z.B. das Fotokopieren der Tachoscheiben, Bestätigung der Arbeitszeit durch die Kollegen untereinander für eventuell gerichtliche Auseinandersetzungen, sowie die Forderung nach einer Stempeluhr, die die tatsächliche Arbeitszeit festhält. Dies sind alles Maßnahmen, vor denen der Kapitalist ungeheuren Respekt hat, da er bei jeder Gerichtsverhandlung verlieren würde, zumal der

kommt der Verkäufer nun auf ein Gesamtbruttoeinkommen von 1900 DM. Aber es geht mit der „Lust auf Leistung“ erst jetzt richtig los. Eine sogenannte Erfolgsprämie wird dem Betreffenden zugesichert, und zwar zwischen 0,5 und 0,7% mehr vom Umsatz, wenn er durch seine Bemühungen zwischen 50 und 100% seiner Kunden betreut und zum Kaufen bewegt. Zur Verdeutlichung: Hat ein Verkäufer 62% kaufender Kunden in seinem Gebiet betreut, bekommt er also 0,62% von 34000 DM Umsatz zusätzlich. In diesem Fall wären dies 210,80 DM. Hinzu kommen noch die

Entwicklung der Marktanteile im TKK-Direktvertrieb



Deutlich ist anhand der Grafik zu erkennen wie Bo-frost in den letzten Jahren expandierte und sich als Marktführer aus dem Umfeld der Frost-Heimdienste hervorhebt.

Betriebsrat voll hinter den Beschäftigten steht.

Sollte dieses Versuchsmodell, dem der Betriebsrat erstmals zugestimmt hat, scheitern, so droht der Kapitalist im Falle einer Festschreibung der Arbeitszeit auf 38,5 Stunden jedem Verkäufer soviel Kunden abzunehmen, daß dies realisierbar ist. Im Klartext bedeutet dies für die Verkäufer eine gehörige finanzielle Einbuße.

Verdeutlichen soll dies ein Modell eines Monatsplanes für einen Verkäufer aus dem Haus Boquoi GmbH.

Angenommen wird ein Monatsumsatz von 34000 DM bei einem Kundenstamm von 800. Dafür würde der Verkäufer eine Provision von ca. 1700 DM bekommen, das sind 5% vom Umsatz. Eine Zusatzprovision von 200 DM kann erzielt werden, wenn der Verkäufer in seiner Kundschaft einen von der Firma auserkorenen Artikel besonders gut anpreisen bzw. verkaufen kann. Auf diese sogenannten Aktionen wird eine höhere Provision gezahlt, damit der Verkäufer sich besonders Mühe gibt, diesen Ladenhüter zu verkaufen. Laut Monatsplan

Bestandsdifferenzen Prämie von 0,5% gleich 170 DM, wenn der Verkäufer bei Bestandsaufnahme unter 100 DM Bestandsdifferenz (Bestellter Menge vom Lager und abgerechneter Menge aus Verkauf) bleibt und eine Manko-Risiko-Provision (Monatsumsatz mal Manko-Risiko-Provision von 0,3%) von 102 DM. Ferner nehmen wir an, der Verkäufer hat einen Stammkundenzuwachs von 15 Kunden, so bekommt er noch pro Kunden 10 DM gleich 150 DM. Dies alles zusammen ergibt einen Gesamtbruttolohn von ca. 2325 DM. Hinzu kommen noch Spesen pro Tag, je nach Länge der Lenkzeit zwischen 9,30 und 15,50 DM. Somit erhöht sich der Bruttolohn um ca. 400 DM auf 2725 DM.

Man könnte zufrieden sein, wenn all diese Vorgaben erreicht würden. Doch die Realität sieht oft anders aus. Z.B. werden weniger als 50% der Bestandskunden zum Kauf animiert, so verliert der Verkäufer die Service-Erfolgsprämie, in diesem Fall wären dies 210,80 DM weniger in der Lohn-tüte, also nur noch ca. 2524 DM brutto. Ein weiterer Abzug droht. Hat der

Verkäufer zum Beispiel eine Bestandsdifferenz von 105 DM, d.h. nach Zählung und erfolgter Abrechnung fehlen dem Verkäufer 105 DM an Ware auf dem Wagen bzw. Geld in der Monatsabrechnung, so wird ihm die Bestandsdifferenzen Prämie gestrichen und der Fehlbetrag vom Gehalt einbehalten. Von dem noch verbleibendem Bruttogehalt von 2524 DM gehen in diesem Fall 170 DM Bestandsdifferenzenprämie ab sowie der Fehlbetrag von 105 DM. Es verbleibt dem Verkäufer dann noch ein Bruttogehalt von 2249 DM. 476,20 DM weniger in der Lohntüte, ein trockener Schlag voll ins Gesicht.

Berechnet und legt man die investierte Arbeitszeit von nur 200 Arbeitsstunden zugrunde, ist dies ein Stundenlohn von ca. 11,25 DM. Eine interessante und völlig brutale Art dem Arbeitnehmer einen Teil seines Lohnes wieder aus der Tasche zu ziehen. Hier lacht nur einer, der Kapitalist Boquoi. Die Höchstleistungen, zu denen die Verkäufer Monat für Monat durch die vorgegebenen Monatspläne

getrieben werden, haben den Effekt einer hohen Krankheitsrate der Beschäftigten im Außendienst und somit eine Mehrbelastung für die verbleibenden Verkäufer zur Folge, die die Kunden der Erkrankten mitbearbeiten müssen, wobei sich das Risiko noch erhöht, daß die Vorgaben nicht erreicht werden. Um dies noch zu verdeutlichen ein kleines Beispiel:

Ein Verkäufer bearbeitet im Schnitt pro Tag ca. 42 Kunden, davon kaufen 26, das ergibt einen Prozentsatz von 61,9 gleich 0,61% zusätzlich zum Umsatz. Muß der Verkäufer nun für einen erkrankten Kollegen die Tour mitbearbeiten gleich 70 Kunden und er trifft auf ca. 34 Kunden, die Ware kaufen, sind dies nur 48,57%. Somit erhält der Verkäufer keine Service-Erfolgsprämie, weil die 50% nicht erreicht wurden. Ferner erhöht sich das Risiko höherer Bestandsdifferenzen bedingt durch die Hetze.

Setzt die Betriebsleitung die Drohung um, für die Verkaufsfahrer zu den jetzigen Lohnbedingungen die 38,5-Stunden-Woche einzuführen,

würde dies nach dem jetzigem Entlohnungsmodell zu erheblichen Lohneinbußen führen, und der Kapitalist müßte zusätzlich 500 neue Verkäufer einstellen, um den vorhandenen Kundenstamm weiterbeliefern zu können, was betriebswirtschaftlich teurer wäre, den Profit schmälern würde und die Marktführerschaft in Frage stellen könnte.

Für die Verkäufer ist das Arbeitszeitmodell der Kapitalisten nicht diskutabel, weil der dann zur Verfügung stehende Lohn zum Leben nicht ausreichen würde. Nur die 38,5-Stunden-Woche kann in Frage kommen und 7,5 Stunden Außendienstzeit bedeuten. Die Büroarbeit sowie Organisatorisches müßten insgesamt von neuem zustellenden Kräften bewerkstelligt werden. Bezüglich der Entlohnung müßten von Seiten der Gewerkschaft und der Verkaufsfahrer Forderungen aufgestellt werden, die eine Sicherung des jetzigen Lohnes gewährleisten und die mehr als schwammigen Sonderzahlungen und Leistungszuschläge beseitigen. - (haz)

10 Gründe, die für Bo-frost sprechen

1. Beste Qualität aus bevorzugten Anbaugebieten aus 32 Ländern dieser Welt.
2. Das Geheimnis der Frische: Schockfrostung.
3. Gesunde Ernährung durch unverfälschte Produkte und Erhalt der Vitamine, Nährstoffe und Spurenelemente.
4. Abwechslung für Ihren Speiseplan durch reichhaltiges Angebot.
5. Küchenfertige Zubereitung spart viel Zeit.
6. Bei bo-frost jederzeit gut einkaufen.
7. Platzsparend lagern - leicht portionieren.
8. Alles gelingt spielend leicht.
9. Der bo-frost-Service ... direkt ins Haus.
10. Die bo-frost-Qualität gibt Sicherheit.

Mit diesen schlagkräftigen zehn Gründen wirbt bo-frost unter seinen Kunden und das mit zunehmendem Erfolg. Mehr als 1,5 Mio. Haushalte in der Bundesrepublik, die als Bestandskunden in Karteien erfaßt sind, beweisen der Firma, den Trend erkannt zu haben, ihn beizubehalten bzw. ihn weiter auszubauen. Zielsetzung hierbei ist, den gesamten deutschen Markt zu beherrschen und die lästige Konkurrenz vom Markt zu drängen.

Was die zehn bo-frost-schen Thesen aber verschweigen, ist, aus welchen Ländern die Produkte kommen. Selbst Mitarbeitern der Firma, die eng im Kontakt zu Kunden ste-

hen, ist dies nicht bekannt, angeblich um der Konkurrenz keine Tür zu öffnen, sich der Anbaugebiete zu bemächtigen. Vielleicht wird aber auch vorsätzlich verschwiegen, daß es sich hierbei um größtmögliche Ausbeutung von 3. Welt-Ländern handelt. Als Beweis möchte ich die seit Jahren fast unveränderten Preise anfügen.

Unumstritten sei, daß Schockfrostung tatsächlich die beste Art der Konservierung und Erhaltung der lebensnotwendigen Vitamine und Nährstoffe ist. Auch gegen die abwechslungsreiche Kost gibt es keine Einwände. Küchenfertig zubereitet spart viel Zeit. Hier wird ganz deutlich, welche Schichten der Bevölkerung besonders umworben werden. Es sind die berufstätigen Haushalte, die soge-



Kapitalist Boquoi (Mitte) beglückwünscht die Wachstumssieger 1986

nannten Doppelverdiener, die Alleinstehenden, die dem täglichen Streß der Arbeit und ihrer individuellen Ausbeutung zufolge keine Zeit mehr zum täglichen Einkauf finden bzw. keine Lust verspüren, abends genervt einzukaufen. Auf diesen zunehmenden Kundenstamm setzt bo-frost seine Hoffnung, und die riesigen Investitionen zum Ausbau von mittlerweile 87 Niederlassungen im gesamten Bundesgebiet tragen hierzu bei.

Natürlich hat der bo-frost-Service ... direkt ins Haus einen Haken, nämlich für die Verkäufer, die sich vor Ort mit diesem Service konfrontiert sehen und gezwungen werden, ihre Arbeitszeit dementsprechend zu verlagern bzw. mehr und länger zu arbeiten. Daß dies nicht ohne Schwierigkeiten durchzusetzen ist, beschreibt der nebenstehende Artikel, der einen kleinen Ausschnitt aus dem Kampf gegen die zunehmende Ausbeutung bei bo-frost beschreibt.

Bo-frost wird sich also in Zukunft auch dem Problem stellen müssen, seine aufgesetzten Thesen verwirklichen zu können. Anstrengungen hierzu sind in fiebriger Vorbereitung. Natürlich ist dem Kunden von diesen zehn Thesen/Argumenten, wenn er sie wahrnimmt, das Hintergründige nicht geläufig. Doch auch hier ist ein erfreulicher Trend zu verspüren. Immer häufiger taucht die Frage nach dem Herkunftsland, der Belastung der Produkte durch Schadstoffe und auch nach den Arbeitsbedingungen der Verkäufer durch den speziellen bo-frost-Service auf. - (zha)

VDÄÄ für Nachtarbeitsverbot

Der Verein Demokratischer Ärztinnen und Ärzte hat sich gegen die geplante Novellierung der Arbeitszeitordnung von 1938 ausgesprochen. Das Nachtarbeitsverbot für Frauen aufzuheben, habe mit einer Gleichbehandlung nichts zu tun. Schichtarbeitende Frauen hätten nach allen bisherigen Untersuchungen häufiger Kleinkinder zu versorgen als Frauen, die nur tagsüber arbeiten. Das Bundesgesundheitsamt habe 1982 festgestellt: schichtarbeitende Frauen sind die am stärksten beanspruchte Berufsgruppe. – (elf)

Betriebsrat klagt gegen Siemens

München. Nachdem trotz vielfacher Proteste die Betriebs- und Personalleitung der Siemens-Werke in der Hofmannstraße daran festhält, mit Hilfe des Verfassungsschutzes alle Beschäftigten einer „Sicherheitsüberprüfung“ zu unterziehen, hat der Betriebsrat – auf Grundlage eines einstimmig gefaßten Beschlusses – zusammen mit der IG Metall Klage beim Arbeitsgericht München erhoben. Der erste Verhandlungstermin ist auf den 12. Januar

Bonn. 25000 Eisenbahn-Beschäftigte demonstrierten am 10.9. gegen „Zerstückelung und Ausverkauf der Bahn“. Die Bundesregierung plant die Stilllegung von weiteren Bahnlinien und die Privatisierung der Bus- und Reinigungsdienste, der Güterabfertigung und der Ausbesserungswerke. Insgesamt 40000 Arbeitsplätze würden damit gestrichen. Der Vorsitzende der Eisenbahner-Gewerkschaft verlangte von der Regierung die Aufgabe der Privatisierungspläne und Neueinstellungen. – (gba)

1988 festgesetzt. Siemens soll verurteilt werden, zukünftig diese groben Verletzungen des Betriebsverfassungsgesetzes zu unterlassen. Siemens arbeitet an der Legalisierung. Das bayerische Innenministerium hat inzwischen eine neue „Verfahrensvorschrift“ für „Sicherheitsüberprüfungen in der Privatwirtschaft“ verabschiedet. Künftig muß der Arbeitgeber „die Einwilligung des zu Überprüfenden“ durch dessen Unterschrift nachweisen, ehe der Verfassungsschutz sein Leben und Vorleben durchleuchten darf. Jetzt also eine – rechtstaatlich getarnte – offene Erpressung. – (dil)



DGB für Aufnahme der 15 Chilenen

Offenburg. Auf der DGB-Veranstaltung am 31.8.87 zum Antikriegstag wurde eine Resolution von den rund 200 Anwesenden verabschiedet, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, alles zu tun um die Companeros vor dem Tode zu bewahren. „Weiter sind alle politischen Mittel bis hin zu wirtschaftlichen Sanktionen einzusetzen, um den Kampf des chilenischen Volkes gegen das Unrechtsregime Pinochets und ein freies und demokratisches Chile mit freien Gewerkschaften zu unterstützen.“ Die Resolution wurde an Kanzleramtsminister Dr. Schäuble gesandt. – (rod)

Fußballer gründen Interessengemeinschaft

Köln. Das Angestelltenmagazin des DGB berichtet erfreut darüber, daß sich verschiedene Fußballspieler mit Beginn dieser Bundesligasaison in einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen haben, die gewerkschaftlichen Charakter hat. Benno Möhlmann berichtet, daß über 400 Spieler mitmachen wollen, von etwa 700 bis 800 Profispielern bei Erst- und Zweitligavereinen. Über die Zwecke der Organisation erklärt er: „Die Vereine ... reagieren genauso wie andere Arbeitgeber ... Für die Rechte der Spieler muß endlich etwas getan werden ... Unsere ersten Ansatzpunkte werden finanzielle Beratung für junge Spieler, Mitsprache bei Disziplinarangelegenheiten und Regel-

änderungen sein.“ Nachdem der DFB lange Zeit erklärt hatte, eine solche Organisation sei unnötig, hat er jetzt seine Bereitschaft zu Gesprächen mit dem neuen Verband erklärt. – (uld)

Sechstageswoche im Profitvisier

Hannover. Am 1. November schluckte die Continental AG (Conti) den US-Reifenhersteller General Tire für 650 Millionen DM und dringt voller Elan in die Reifenschlacht auf dem amerikanischen Kontinent ein. 12 Prozent Dividende und über fünf Mrd. DM Umsatz belegen die Schlagkraft des Konzerns – auch nach innen. Das florierende Geschäft auf dem Pkw-Reifen Sektor dient Conti als Vorwand, um in einigen Werken über permanente Samstagsschichten die Sechstageswoche einführen zu wollen. Für die Expansionsoffensive verschlingt der Konzern ungezügelt jede Arbeitskraft. – (mal)

BSE-Frauen gegen miese Arbeitsverhältnisse

Kiel. Die erste Frauenkonferenz des Bez. Nordmark der Gewerkschaft BSE forderte in Kiel die ersatzlose Abschaffung der Sozialversicherungsfreigrenze von 430 DM pro Monat. Auch stundenweise beschäftigte Gebäudereinigerinnen sollten so „ordentliche Arbeitsverhältnisse“ bekommen, erklärte die Bundesfrauensekretärin der BSE, I. Meyer. Von den 485000 BSE-Mitgliedern sind 32000 Frauen, 75% davon Gebäudereinigerinnen. – (brb)



Seit über sechs Wochen streiken 2800 Beschäftigte bei Daimler-Benz in Südafrika (Bild: Werkshalle in East London). Die Metallarbeitergewerkschaft NUMSA fordert die Erhöhung des Mindestlohns auf 5 Rand/Stunde (ca. 4,50 DM) sowie kürzere Arbeitszeit. Die NUMSA unterstützt die Kampagne des Gewerkschaftsverbandes COSATU nach einem Lohn, der zum Leben reicht. Anfang September entließ die Geschäftsleitung alle streikenden Arbeiter und legte ein „letztes Angebot“ von 4,04 Rand vor und kündigte schließlich an, zum 14.9. Neu- und Wiedereinstellungen vornehmen zu wollen. Die NUMSA will an ihren Forderungen festhalten. (sie)

Antifaschismus

Antifaschisten bekämpfen Skinhead-Treffen in Northeim

Göttingen. Am 29.08.87 fand in Northeim bei Göttingen ein von der FAP gesteuertes „bundesweites Skinhead-Treffen“ statt, zu dem 70 Skinheads angereist waren. An Herkunftsorten ist bislang bekannt: Hagen, Herne, Herford, Hameln, Hannover, Oldenburg, Lüneburg, Aachen und Hamburg. Gegen dieses Skinheadtreffen entwickelte sich in Göttingen eine Aktionseinheit von Gewerkschaftsmitgliedern und dem Jugendzentrum Innenstadt (Juzi), das von Punks und Autonomen betrieben wird. Von dieser Aktionseinheit wurden eine Veranstaltung zum Zeitpunkt des Skinhead-Treffens in Northeim beschlossen und eine daran anschließende Demonstration angestrebt.

Die Veranstaltung war mit über 200 Teilnehmern sehr gut besucht, davon ca. 30 aus Northeim. Anwesend waren neben über 100 Autonomen und Punks aus Göttingen DGB- und IG Metall-Jugend, Kommunisten, Sozialdemokraten, Grüne und Christen. Vertreten waren Antifaschisten aus den umliegenden kleineren Städten und Dörfern, die oft isoliert voneinander arbeiten. Im Zentrum der Veranstaltung stand die Entwicklung der FAP und Schwierigkeiten in der antifaschistischen Arbeit in Northeim, Göttingen und den umliegenden Gemeinden. Während der Veranstaltung zogen die Skinheads unter den Augen von 200 im Einsatz befindlichen Polizisten durch die Stadt, pöbelten Leute an, riefen „Sieg heil“ und „Ausländer raus“. Als sie am Versammlungsort vorbeizogen, bewaffnete sich ein erheblicher Teil der Versammlung mit Zaunlatten und trieb die Skinheads in die Flucht, die Polizei immer dazwischen. Bald darauf wurde die Versammlung beendet und es formierte sich ein Demonstrationzug durch Northeim, immer noch bewaffnet und zum Teil verummumt. Während Jungsozialisten und einige andere schon nicht mehr mitdemonstrierten, rissen die Grünen die Demonstrationsleitung an sich und trafen nichtlegitimiert Absprachen mit der Polizei. An mehreren Punkten, an denen die Polizei sich schützend vor die Skinheads stellte, die sich zum Bahnhof zurückgezogen hatten, kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen in der Demonstration. „Wir sind friedlich“ und „wir provozieren nicht“ war die grüne Kardinaltugend und verhinderte den Zugriff auf die Skinheads. Als Polizei und Grüne die Demonstration zum Versammlungsort zurückgeführt hatten, begann ein Teil mit der Abreise, unter den Übrigen verschärfte sich der Streit über das, was zu tun ist, da immer noch, Samstagabend, 70 Skinheads am Bahnhof waren. Als der größte Teil der Skinheads frustriert über das relativ große antifaschistische Aufgebot den nächsten Zug nach Hildesheim nahmen, atmeten Grüne und Sozialdemokraten auf.

Während hier die örtliche Berichterstattung in der Göttinger und Northeimer Presse endet, und die Polizei gelobt wird, Herr der Lage geblieben zu sein, ereignete sich in Hildesheim folgendes: Rund 50 Skinheads begannen eine Schlägerei mit türkischen Jugendlichen, die ca. eine Stunde dauerte. Die Polizei drängte sich dazwischen und sammelte nägelgespickte Dachlatten, gummiumwickelte Schlagstöcke und ähnliches ein. In der Hildesheimer Presse wurden dann die Skinheads als „mehr oder weniger friedlich gesinnt“ dargestellt, während „die Aggression augenscheinlich von den Türken ausgegangen“ sei. So die Polizei, die jetzt gegen die „Verantwortlichen“ ermittelt.

Die Aktionseinheit gegen das Skinhead-Treffen in Northeim traf in mehrerer Hinsicht auf schwierige Bedingungen: In Northeim ist es konservativen Kreisen und der Polizei gelungen, oppositionelle Kräfte derart in die Defensive zu drängen, daß diese Aktionen gegen Faschisten nur noch danach beurteilen, ob sie „friedlich“ bleiben, sich gegenüber der Existenz faschistischer Gruppen aber ohn-

mächtig glauben und einen starken Drang nach Polizeischutz entwickeln. Dies führt dazu, türkische und deutsche Arbeiterjugendliche, die sich gegen Faschismus und Rassismus wehren, im Stich zu lassen. Schon einmal, am 20. April (Hitlers Geburtstag), haben, angestachelt durch die FAP, Westberliner und örtliche Skinheads eine mehrstündige Schlägerei mit türkischen und deutschen Arbeiterjugendlichen begonnen. Die Polizei gab schließlich den türkischen Jugendlichen die Schuld und betrieb unter ihrer Führung „Gesprächsrunden“ mit „beiden Lagern“ mit dem Ziel: „Jede der beiden Gruppen kann jetzt wieder durch Northeim marschieren, ohne daß man Angst haben muß, daß der Gegner an der nächsten Straßenecke steht, um den anderen niederzuknüppeln“ – so der Northeimer Kripochef. Tatsächlich haben die türkischen Jugendlichen die Gesprächsrunde beim zweiten Treffen abgebrochen, da ihnen als Skinhead-Vertreter FAP-Mitglieder mit „Ausländer raus“-Plaketten gegenüber saßen. Es ist eine Tatsache, daß weder DGB, noch SPD, noch Grüne sich zu diesen Vorgängen geäußert haben.

Als aus Kreisen der IG Metall und des DGB Göttingen Initiativen gegen das Skinhead-Treffen am 29.8. ergriffen wurde, kam es zum Zerwürfnis mit dem DGB-Kreisvorstand Northeim, der sich sogar weigerte, seine Räumlichkeiten für eine Veranstaltung zur Verfügung zu stellen. Auch gegenüber dem DGB-Kreisvorsitzenden in Göttingen betrieb die Polizei eine rege Telefontätigkeit, wobei sie behauptete, eine antifaschistische Gegenveranstaltung in Northeim zum Zeitpunkt des Skinhead-Treffens sei eine „Provokation“. Auf jeden Fall gibt es noch erhebliche in-nergewerkschaftliche Auseinandersetzungen, wobei die Fronten nicht einfach zwischen Göttinger und Northeimer DGB verlaufen, sondern auch in Göttingen selbst, denn außer dem DGB-Kreisvorsitzenden war aus Göttingen nur ein einziger hauptamtlicher Sekretär anwesend. Unter in-nergewerkschaftlichen Beschuß kommen wird auch die Zusammenarbeit zwischen DGB-Mitgliedern und autonomen Antifaschisten. Es bleibt zu hoffen und es gibt auch Anhaltspunkte dafür, daß dies nicht nur geschah, um gegenüber gewalttätigen Skinheads eine eigene schlagkräftige Truppe parat zu haben. In der DGB-Jugend jedenfalls gibt es den Plan, noch dieses Jahr ein Seminar über Faschismus abzuhalten. Ferner bestehen Pläne, in Northeim „Rock gegen Rechts“ neu zu beleben, und in der Diskussion ist eine Abreiß- und Übermalaktion von DGB und Jugendzentrum Innenstadt (Juzi) in Mackenrode bei Göttingen, wo die FAP einen Stützpunkt hat und sich regelmäßig die faschistische Wiking-Jugend und ähnliches trifft. In Göttingen und in Hannoversch-Münden fanden in diesem Jahr am Antikriegstag vom DGB Veranstaltungen gegen alte und neue Nazis statt.

In die Debatte bei den Grünen hat der grüne Landtagsabgeordnete Trittin mit einer kleinen Anfrage im Landtag eingegriffen, in der er es als „äußerst skandalös“ und „nicht zu rechtfertigen“ bezeichnete, daß die Polizei erst am späten Abend gegen die Neonazis vorgegangen sei, obwohl die Skins schon am Nachmittag ausländerfeindliche und rassistische Parolen gerufen, die erste Strophe des Deutschlandliedes gesungen und den Hitlergruß gezeigt haben. Dies ist implizit auch eine Kritik an den Grünen in Northeim.

Tatsächlich hat die Polizei erst, nachdem der Hauptteil der Skinheads nach Hildesheim weitergereist war, vier der übriggebliebenen Skinheads festgenommen, nachdem sie „eindeutig“ den Hitlergruß gezeigt haben. Die Polizei bleibt dabei, daß Aufmärsche mit „Ausländer raus“-Gegrohle von ihr geschützt werden. Sie strengt eine alberne Diskussion über erlaubtes abgespreiztes Widerstandszeichen und verbotenen Hitlergruß an. Die Presse will den Aufruf eines IG Metall-Sekretärs, die Nazis aus der Stadt zu vertreiben, nicht wörtlich verstanden wissen. Demgegenüber ist es wichtig, die Forderung nach Verbot der faschistischen Organisationen mit einer weitgehenden Kritik an Rassismus und Nationalismus zu verbinden. - (kek)

Der neue Film

Otto: Bald im Stil deutscher Film-Komödchen der 50er Jahre



Im neuen Film spielt Otto einen armen Kerl, der in der Stadt keine Arbeit findet und sich entschließt, aufs Land in seine Heimat zurückzukehren. Als er sich unter Zurücklassung seiner Mietschulden aus dem Staub machen will, erwischt ihn der faschistoide Hausmeister und verdonnert ihn zur Fronarbeit. Otto erledigt die auferlegte Fron mit viel Klamauk und findet noch Zeit, sich dem weiblichen Geschlecht zu widmen. Die eine, ein häßliches Entlein, liebt ihn, die andere, eine Hupfdohle, liebt er. Doch die Schnuckelige mit den schönen Beinen hat nur Augen für „Amboß“, den neuen Star des Killerfilms „Amboß, der Rabiator“. Am Ende erweist sich das häßliche Entlein als gar nicht so häßlich, und Otto findet bei ihr das schöne kleine Glück. Soweit die etwas dürftige Rahmenhandlung, in die Waalkes seine Gags einbaut. Hierbei wurde er tatkräftig vom Autoren-Team Knorr, Eilert und Gernhardt unterstützt, die sich neben ihrem Engagement beim „Titanic-Team“ als Ghost-Writer für Otto-Klamauk etabliert haben. Geht man deswegen mit einer gewissen Erwartungshaltung in den Film schließlich gab es in der „Titanic“ einige bissige Ka-

rikaturen und Witze gegen Klerus und Reaktion – so wird man bitter enttäuscht. Die Gags sind flach, abgegriffen und bis auf wenige Ausnahmen blasse Wiederholungen einstmals besser gelungener Otto-Spots. So bleibt Waalkes Kritik an Superkillern à la Sylvester Stalone oder Arnold Schwarzenegger auf der Ebene der Veräppelung von Muskelprotzgehabe und Supermanngebärden stehen. Die damalige Heino-Karikatur beispielsweise zog hier noch deutlich den gesellschaftspolitischen Bogen zum bzw. gegen schwarzbraunes Liedergut und damit zusammenhängender Ideologie. War Waalkes noch zu Beginn seiner Laufbahn antiklerikal („Der Papst hat Selbstmord gemacht. Klar, wenn man sich beruflich verbessern kann ...“) und bezog öfters Stellung gegen Reaktionäres („Heil Hitler, Herr Filbinger“ in einem Fernseh-Spot zu Zeiten der Filbinger-Affäre), so findet man hiervon im neuen Film nichts mehr. Das ölige Gesabbel von Pfaffen, im „Wort zum Montag“ oder im „Wort zum Aberglauben“ treffend karikiert (Otto, das Buch), bleibt im Film lasch-langweilig. Frühere Highlights seiner Spots, die oft bissigen Karikaturen über Wer-

besendungen bekannter Produkte oder von Zeitschriften wie „Brigitte“ („Otilie: für Frauen, die mitten daneben stehen“) werden ungläubwürdig, da der Film vor Schleichwerbung geradezu aufdringlich strotzt (Jever, Bauknecht, Marlboro). So wird auch die ehemalige APO-Kritik am „Konsumterror“, von Waalkes in seinen früheren Gags lebendig gehalten, auf inhaltsleere Blödelei mit harmlos grün-alternativen Touch heruntergebracht.

Hier soll nun nicht bierernst etwas an einer (kaba-rettistisch-politischen) Latte gemessen werden, was sich nicht als politisches Kabarett versteht: Aber leider paßt die oben skizzierte Entwicklung nur zu gut zur Rahmenhandlung dieses Films nach dem Muster einer deutschen Filmkomödie der 50er Jahre. Und es ist auch die Sorge um die *deutsche* Filmkomödie, die z.B. den Spiegel zu einem Verriß des Streifens treibt. – (bef, ibm)

„Der Hauch des Todes“

James Bond wird ernst: Einsatz in Afghanistan

Die Kinozeitschrift „Cinema“ preist die James-Bond-Filmserie der Welt“ an. Das mag sein. In Großbritannien ist bei jeder Premiere eines neuen „Bond“-Filmes mindestens ein Vertreter des Königshauses dabei. Für die britische Bourgeoisie ist James Bond „ihr“ Mann. Aber die Filme finden nicht nur bei ausgemachten Reaktionären Zustimmung. Ins Grotteske gesteigerte Action-Szenen, mindestens zwei Bettgespielen für den Helden pro Film und das reihenweise Abknallen von Dutzenden, zumeist als abgerichtete Kampfmaschinen dargestellten „Bösen“ – diese Mischung durchzieht sämtliche nun 16 James-Bond-Filme und bringt der Serie Publikum. Der Kampf mit dem „Bösen“ wird als sportliches Vergnügen darge-

stellt, das Umbringen von Leuten wie bei einer Hasenjagd zum unverzichtbaren Teil der „Persönlichkeitsentfaltung“ erklärt – zumindest für die „Persönlichkeit“ eines James Bond. Diese Propaganda der Konkurrenz, die über Leichen geht, als Weg zum Glück – das findet Anklang, bei solchen, die schon Vermögen haben, wie bei denen, die aufgrund ihrer beruflichen Stellung sich erhoffen, durch rücksichtslosen Konkurrenzkampf vielleicht aufsteigen zu können.

Aber James Bond tut mehr – er sichert auch den Weltfrieden. Stets wird irgendein Bösewicht, der die Ordnung und den Frieden der Welt zerstören will, gejagt, und zumeist wird er auch zur Strecke gebracht. Daß dieser „Böse“ gerade in neueren Filmen des öfteren Züge eines deutschen



Nazis trug, während die Abenteuer des Helden immer mehr Züge einer Klamotte annahm, hat sicher dazu beigetragen, aufkommende Kritik an der äußerst reaktionären Ideologie der Serie zu unterdrücken.

Mit dieser Entwicklung macht der neue Film „Der Hauch des Todes“ wieder Schluß. Der Feind ist wieder ein Russe, und mit dem Spaß ist's auch vorbei. Der Kampf wird ernst, der neue James Bond auch. Heldenhafte Kämpfe in Afghanistan gegen russische Verbrecher, die nicht nur unschuldige Afghanen massakrieren, sondern auch die Welt mit afghanischem Rauschgift überschwemmen wollen – das fügt sich zu nahtlos

in die herrschende Propaganda der Imperialisten ein, um noch lustig zu wirken. Das will auch gar nicht mehr lustig sein. Das propagiert imperialistische Intervention und Aggression, um „Ordnung“ in der Welt zu schaffen. Das versucht, ein angeschlagenes Feindbild wieder zu festigen. In Köln lief der Film in der vierten Woche in einem Kino mit 300 Plätzen nur noch vor ca. 20 Zuschauern. Das mag Zufall sein oder dem Spieltag – Mittwoch abends – geschuldet gewesen sein. Vielleicht aber war das auch ein hoffnungsvolles Zeichen, daß solche Propaganda nicht auf den Anklang stößt, den die Reaktionen sich wünschen. – (rül)

„Angel Heart“

Christlicher Horror

Als Kriminalfilm konventioneller Machart beginnt „Angel Heart“. Der heruntergekommene Privatdetektiv Harry Angel soll einen Vermißten suchen, der Angels Auftraggeber „etwas schuldet“. Nach etwas langatmigem Start mit schön gefilmten Bildern vom verkommenen New York kommt der britische Regisseur endlich zur Sache.

Das ist ein übles Gebräu aus Horror, Religion, Porno und Rassismus. Der Auftraggeber, so stellt sich heraus, ist der Teufel persönlich, der Detektiv selbst die gesuchte Person (er wußte es nur nicht), und das dem Teufel geschuldete selbstverständlich seine Seele. Auf dem Weg zur Aufdeckung der Wahrheit, der ihn in die Hölle führt, begeht Angel „unbewußt“, geführt vom Teufel, eine Reihe bestialischer Morde. Die zweite Hälfte spielt in den Südstaaten der USA, die Schwarzen treten vor allem als Anhänger obskurer Voodoo-Kulte auf.

Regisseur Parker ist u.a. durch den Film „The Wall“ bekanntgeworden, ein fortschrittlicher, in weiten Teilen antifaschistischer Film. Davon ist in „Angel Heart“

nichts geblieben. Die Kinoweitschrift „Cinema“ nennt das neue Produkt „den Film des Jahres“. Offensichtlich gibt es Bedarf für diese Art Film.

„Angel Heart“ ist nicht einfach einer der vielen Horrorfilme. Erstens ist er filmtechnisch viel besser gemacht. Zweitens ist er sehr geschickt in der Übermittlung seiner zentralen Aussage, daß es nämlich einen Teufel gibt und dieser Teufel für die Untaten der dargestellten Figuren verantwortlich ist. Der Film selbst führt die Skepsis gegenüber den Teufelskulten vor und läßt den Skeptiker zum Hauptopfer werden.

„Angel Heart“ zielt auf die zunehmende Zahl vor allem junger Leute, bei denen Metaphysisches und Okkultes Anklang finden. Er schlägt dabei eine direkte Brücke vom Horror zur christlichen Teufels-Vorstellung, die u.a. von Papst Wojtyla wieder verstärkt gepflegt wird. Eine materialistische öffentliche Kritik an diesen Strömungen – vom Horoskop bis zu Geisterglauben – fehlt uns bisher leider weitgehend. – (hef)

Aachener Erklärung 2. Juli 1987

„Bauern und Verbraucher für eine neue Agrarpolitik“

Obige Erklärung, die wir in Auszügen dokumentieren, ist von den vier unterzeichnenden Verbänden herausgegeben worden. Diese vier Organisationen haben sich zu der Erklärung zusammengeschlossen, um der Brüsseler Politik „Forderungen nach einer neuen, einer sozialen, ökologischen und solidarischen Agrarpolitik gegenüberzustellen.“ Ähnliche Zusammenschlüsse hat es bisher nicht gegeben. Es ist kein Verband der etablierten Interessenvertretung dabei. Die Organisationen sind in den siebziger Jahren entstanden und haben sich gestärkt mit der Parteibildung der Grünen. Ihre Forderungen sind z.T. weitreichender, z.B. für hochwertige preisgünstige Nahrungsmittel. So kann einer Spaltung in Öko-Nahrungsmittelverbraucher und Aldi-Lebensmittelkäufer entgegengewirkt werden. Die Forderungen nach Direktvermarktung und Dezentralisierung wird z.B. von Bioland schon betrieben und entspricht den Interessen vieler Kleinproduzenten. Positiv hervorzuheben ist die Gradlinigkeit, mit der die eigenen Interessen gegen Monopolisierung und Profitmaximierung vertreten werden. Trotz der deutlichen Schilderung der Lage von Landwirtschaft, Umwelt und Verbrauchern wird die BRD nur im Zusammenhang mit EG als „Verursacher“ dargestellt. Die führende Rolle der BRD, ihre treibende aggressive imperialistische Politik werden nicht genannt. So wird die Dritte Welt als „Zulieferer“ der EG dargestellt. Die Forderungen zur Dritten Welt sind vom Humanismus geprägt und setzen dem „EG-Expansionismus“ kaum Schranken. Richtigerweise wird für die Bauern eine angemessene Bezahlung der Arbeit gefordert. In Bezug auf die Dritte Welt wird ein „Futtermittelimportabbau“ gefordert, statt auch dort Bezahlung der Arbeit für die Produzenten, sodaß sie davon leben können und nicht verhungern müssen. Daß die ruinösen, gesundheitsschädlichen und vorzeitig zum Tod führenden Arbeitsbedingungen der Bauern nicht angegriffen werden, ist als zu gering eingeschätzte Stellung der produktiven Arbeit anzusehen. Einige Forderungen sind an die EG gerichtet. Die meisten stehen ohne Adressat im Raum. Die Erklärung ist als ein wichtiger Beitrag zur Standortbestimmung von Teilen der alten und der neuen Mittelklasse zu sehen. – (ale, hei, sah)

Auswirkungen der Agrarpolitik von EG und Bundesregierung

... auf die Landwirtschaft

Die EG-Agrarpolitik hat zu einer Vernichtung kleiner und mittelbäuerlicher Existenzen geführt. Trotz der alljährlich spektakulären Agrarpreisverhandlungen sind seit 1970 die realen Erzeugerpreise in der Bundesrepublik um 24% gesunken. Der größte Teil der bäuerlichen Betriebe erreicht kein ausreichendes Einkommen mehr. Die Verschuldung der Betriebe nimmt von Jahr zu Jahr zu...

... auf die Umwelt

... Nitratbelastungen und Rückstände von Pflanzenschutzmitteln im Grundwasser (weit über den zulässigen EG-Grenzwerten), zunehmende Resistenzen gegen Pflanzenschutzmittel, Schädigung des Bodens durch Verdichtung und Erosion sowie zunehmende Warnsignale...

... Die hochtechnisierte, chemieintensive landwirtschaftliche Produktionsweise ist auch der Hauptverursacher des rapiden Artenschwundes. Die letzten Reste naturbetonter Biotope sind weiterhin durch die landwirtschaftliche Intensivierung bedroht. Entwässerungsmaßnahmen (z.B. in der Flurbereinigung), Grünlandumbruch und Chemieeintrag nehmen zerstörerische Wirkung an.

... auf den Verbraucher

... Um eine lange Haltbarkeit und Transportfähigkeit zu erreichen, werden verstärkt fragwürdige Konservierungsstoffe eingesetzt. Hinzu kommen Rückstände von Pflanzenschutzmitteln und Tiermedikamenten in den Nahrungsmitteln, die zu immer höheren gesundheitlichen Risiken für die Konsumenten führen.

Gleichzeitig findet sowohl in der Ernährungsindustrie als auch im Lebensmittelhandel ein aggressiver Verdrängungswettbewerb statt. Das Ernährungshandwerk ist wie die bäuerliche Landwirtschaft vom Aussterben bedroht. Die Agrarpolitik greift zusätzlich, wie zum Beispiel in der Molkereibranche mit Stillungsprämien in den Strukturwandel ein, an dessen Ende nur noch wenige Unternehmen den Markt bestimmen werden. Der Kunde wird dann nicht mehr „König“ sein, sondern er ist dann von den wenigen marktbeherrschenden Unternehmen abhängig.

... auf die Dritte Welt

... Die stark subventionierten Agrarexporte der EG haben weltweit zu Preiseinbrüchen geführt. Anbieter aus der Dritten Welt erlitten z.B. beim Zuckerexport erhebliche Einbußen. Durch die aggressive Exportpolitik der EG und USA sind die Binnenmärkte vieler Staaten in der Dritten Welt beeinträchtigt worden. Billigere Importe haben zu einer Veränderung der Ernährungsgewohnheiten geführt. Nahrungsmittel amerikanischer oder europäischer Herkunft werden von der städtischen Bevölkerung bevorzugt. Die einheimischen Produzenten verlieren Absatzmärkte und stellen häufig aufgrund der niedrigen Preise die Produktion für den Markt ein.

Die Agrarimporte sind ausschließlich von Produktions- und Vermarktungsinteressen der Industrie in der EG bestimmt. ... Dadurch ergeben sich Abhängigkeiten und Unsicherheiten, so daß die Produzentenländer immer häufiger gegeneinander ausgespielt werden können. Die Länder der Dritten Welt erzielen immer weniger für ihre Agrarprodukte und Rohstoffe. ...

Wem nützt die Agrarpolitik?

Den Verbrauchern wird durch die Medien das Bild vermittelt, daß die Bauern von der Subventionspolitik profitieren. Den Bauern wird wiederum erklärt, die Verbraucher seien die Nutznießer von günstigen Preisen für Nahrungsmittel. Beide Einschätzungen lenken von den eigentlichen Nutznießern ab. Zwar hat auch eine kleine Zahl von Wachstumsbetrieben in der Landwirtschaft von den Subventionen profitiert, aber 70% der EG-Agrar-Milliarden kommen, wie der Europäische Rechnungshof bereits 1983 feststellte, nicht auf den Höfen an.

- 34,1% der EG-Subventionen wurden 1985 für Exporterstattungen ausgegeben. Es profitieren die Exporteure von Agrargütern und Transportunternehmen.
- 22,4% der Subventionen wurden für Lagerhaltung ausgegeben. Die Beträge gehen an die Besitzer von Kühlhäusern und Lagerhallen.
- 38,5% der Subventionen wurden für preisausgleichende Maßnahmen gezahlt. Diese Beihilfen werden nur zum geringen Teil an den Erzeuger direkt gezahlt. Es profitiert vor allem die Nahrungsmittelindustrie, z.B. durch die Verbilligung von Butter und Milchkpulver für die Speiseeisherstellung.

20-30% aller Subventionsanträge sind gefälscht, die EG-Kommission selbst beziffert den jährlichen Verlust durch Betrugsgeschäfte auf mindestens 6 Milliarden DM.

Die derzeitige Agrarpolitik nützt der chemischen Industrie, Landmaschinenindustrie, den Banken, insbesondere den Großen in der Ernährungsindustrie, dem Lebensmittelgroßhandel sowie den Im- und Exportfirmen.

Für eine neue Agrarpolitik

Die Überlegungen der EG-Kommission in dem „Grünbuch“ von Juli 1985 sowie die daraus resultierenden Preisenkungsvorschläge richten sich direkt gegen die bäuer-



liche Landwirtschaft. Die EG-Agrarpolitik zielt auf die endgültige Zerstörung der bäuerlichen Struktur ab, an deren Stelle eine industrialisierte Agrarwirtschaft treten soll. Dieses Konzept mißachtet, daß selbst die Entwicklung der Industriegesellschaft bereits auf immer mehr Grenzen stößt. Radioaktive Verseuchung, das Waldsterben und die Verschmutzung der Flüsse sind Beispiele dafür, daß die Industrialisierung die Ressourcen für jegliches Leben, auch des menschlichen, in zunehmendem Maße zerstört. Wir stellen fest, daß die derzeitige Industrialisierungspolitik in die ökologische Krise, in die Sackgasse führt. Nur ein sofortiges Umdenken wird noch Schlimmeres verhindern können.

Es kann auf keinen Fall zugelassen werden, daß auch die Landwirtschaft, trotz deutlicher Warnsignale, weiter industrialisiert werden soll. Statt dessen ist ein radikaler Wandel in der Agrarpolitik dringend erforderlich. Neue Wege müssen beschritten werden. Anstelle der Fortschrittsgläubigkeit muß die Besinnung auf das sozial und ökologisch Notwendige und Sinnvolle treten.

Das Bedürfnis nach weltweit ausreichender und gesunder Nahrung muß wieder mehr Geltung erlangen. Menschliche Bedürfnisse müssen mehr Gewicht haben als ökonomische Kriterien. Voraussetzung ist, daß die Landwirtschaft wieder aus der Rolle des Rohstofflieferanten für Industrie und Handel herausgeholt wird und dabei gleichzeitig weitgehend zum Erhalt der Landwirtschaft beiträgt. Neben der Eigenversorgung mit den wichtigsten Agrargütern muß Wert auf eine möglichst vielfältige Produktion gelegt werden, so daß der internationale Handel mit Agrarerzeugnissen reduziert werden kann. Eine solche Agrarpolitik wäre der beste Beitrag der Europäischen Gemeinschaft (und der USA) für die Ernährungssicherung und für eine positive Agrarentwicklung in den Ländern der Dritten Welt.

Eine neue Agrarpolitik für die Bauern

Zukünftige Agrarpolitik muß es den Bauern ermöglichen, in der Landwirtschaft zu bleiben. Landwirtschaftliche Betriebe dürfen nicht nach den üblichen Prinzipien der Unternehmensführung (Gewinnmaximierung) betrieben werden. Landwirtschaft muß ein Anliegen der ganzen Gesellschaft sein.

Landwirtschaftliche Produktion muß künftig mit weniger Aufwand an chemischen und technischen Vorleistungen betrieben werden. So wird es möglich sein, die Überschußproduktion abzubauen und mit naturverträglichen Methoden gesunde Nahrungsmittel zu produzieren. Gleichzeitig können so die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft erhalten

werden und sogar zusätzliche geschaffen werden.

- * Wichtigste Voraussetzung ist, daß die Arbeit auf den Höfen wieder angemessen bezahlt wird. Um regionale Standortunterschiede und unterschiedliche Produktionskosten zu berücksichtigen, fordern wir zur Existenzsicherung kleiner und mittlerer Betriebe die Einführung gestaffelter Erzeugerpreise. Bei Milch soll z.B. allen Betrieben, die nicht mehr als 200000 Liter produzieren, für die ersten 60000 Liter zusätzlich 10 Pfennig/Liter bezahlt werden.
- * Zur Beseitigung der Überschüsse und zur Rückführung der industrialisierten Massentierhaltung fordern wir flächengebunden Bestandsobergrenzen in der Tierhaltung (60 Kühe mit Nachzucht, 240 Mastrinder, 100 Zuchtsauen, 800 Mastschweine).

Eine neue Agrarpolitik für die Natur

Die Landwirtschaft hat neben der Produktion gesunder Lebensmittel eine zentrale Bedeutung für den Erhalt des Bodens und der Vielfalt an Tier- und Pflanzenarten. Die Agrarpolitik muß Rahmenbedingungen setzen, die die naturverträgliche Bewirtschaftung des gesamten Lebensraumes sichert. Die Beschränkung des Naturschutzes auf Reservatflächen ist als Instrument zur Erhaltung der Lebensgrundlagen gerade auch des Menschen völlig unzureichend. Deshalb fordern wir:

- * Stop des zunehmenden Strukturverlustes im klein- und mittelbäuerlichen Bereich, Maßnahmen zum Erhalt der klein- und mittelbäuerlichen Mischbetriebe anstelle der spezialisierten Großbetriebe.
- * Abbau der Überschüsse durch eine Reduzierung der Dünge- und Pflanzenschutzmittelanwendung auf der gesamten Fläche.
- * Bindung der Viehhaltung an die Fläche (Bestandsobergrenzen).
- * Verbot eindeutig umweltbelastender Stoffe wie Atrazin, Lindan usw. und Verschärfung der Rückstandskontrollen im Lebensmittelbereich.
- * Flächen- (Betriebs-) Stilllegungskonzepte sowie Agraralkoholprogramme mit einer umso intensiveren Nutzung der Produktionsflächen sind abzulehnen.
- * Die weitere Zuschneidung des Lebensraumes und die Verinselung von naturnahen Biotopen ist zu stoppen.
- * Massive Förderung der ökologischen Produktionsweisen.
- * Stop der weiteren maßlosen Versiegelung von Flächen durch Überbauung.

Eine neue Agrarpolitik für die Verbraucher

Die Agrarpolitik muß gewährleisten, daß die Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen und preiswerten Nahrungsmitteln versorgt wird, die weitgehend naturbelassen sind. Deshalb fordern wir:

- * Eindämmung des Konzentrationsprozesses in der Lebensmittelverarbeitung und im Lebensmittelhandel.
- * Dezentralisierung des Handels
- * Dezentralisierung des Molkereiwesens und der Schlachtereien
- * Aufhebung von Handelsklassenverordnungen, bei denen optische Merkmale und die Lagerfähigkeit im Vordergrund stehen.
- * Aufhebung aller sogenannten Qualitätsanforderungen, die nicht dem Gesundheitswert, sondern den Anforderungen der verarbeitenden Industrie dienen.
- * Förderung der Direktvermarktung, insbesondere von Verbraucher- /Erzeugergemeinschaften.
- * Förderung des Ernährungshandwerks.
- * Aufbau unabhängiger Kontroll- und Beratungsinstitutionen.

Eine neue Agrarpolitik in Europa für die Dritte Welt

Im Hinblick auf eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Menschen in der Dritten Welt fordern wir

eine Neuorientierung der EG in ihrer Agrarhandelspolitik. Die Agrarpolitik der EG darf nicht auf einer weltweiten agrarwirtschaftlichen Arbeitsteilung aufbauen, in der die Länder der Dritten Welt zu beliebig austauschbaren Lieferanten landwirtschaftlicher Rohstoffe degradiert werden. Umgekehrt darf die Dritte Welt nicht ein beliebiger Absatzmarkt für verarbeitete und veredelte Agrarprodukte aus Europa sein. Die europäische Agrarpolitik muß dem Recht aller Länder auf eine eigenständige Sicherung der Nahrungsgrundlagen Vorrang einräumen.

- * Exporterstattungen für Agrargüter müssen gestrichen werden.
- * Die Überschußproduktion der EG ist durch Förderung und Sicherung der flächengebundenen bäuerlichen Erzeugung abzubauen.
- * Die Nahrungsmittelhilfe ist innerhalb der nächsten Jahre auf reine Katastrophenhilfe und soweit möglich ausschließlich mit Überschüssen in der Dritten Welt zu bestreiten (Dreiecksgeschäfte).
- * Der Importsog der EG, vor allem im Bereich der Futtermittel, ist durch die Rückführung der industrialisierten landwirtschaftlichen Produktion abzubauen. In Fällen einschneidender einseitiger Abhängigkeitsverhältnisse hat die EG ihrer Verantwortlichkeit für die damit entstandenen Strukturdefizite Rechnung zu tragen und Ausgleichszahlungen zu leisten.
- * Insbesondere die Futtermittelimporte müssen im Verlauf der nächsten Jahre schrittweise abgebaut werden. Die im Rahmen der GATT-Verhandlungen angestrebte Liberalisierung des weltweiten Futtermittelhandels ist abzulehnen. Der Abbau der Futtermittelfuhren ist über bilaterale Handelsabkommen mit den jeweiligen Lieferländern zu regeln. Die EG hat aus ihrer Mitverantwortung für die in den betroffenen Ländern daraus entstandenen Strukturproblemen Kompensationsleistungen zu zahlen, die Spielräume für eine binnenmarkt-orientierte Entwicklung ermöglichen sollen.
- * Der Agrarhandelsaustausch sollte nur auf der Basis einer gesicherten Eigenversorgung mit Grundnahrungsmitteln aller Teilnehmer und auf Grundlage einer vielfältigen Produktionsstruktur erfolgen. Agrarexporte sollten nur dann erfolgen, wenn sie entwicklungspolitisch sinnvoll sind und (bei hohem Selbstversorgungsgrad mit Nahrungsmitteln) der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung des jeweiligen Landes zugute kommen. In solchen Fällen muß ein verbesserter Zugang zum EG-Agrarmarkt geschaffen werden.

Die Landwirtschaft in Westeuropa steht vor einer entscheidenden Wende. Noch bestehen realistische Chancen, das Schlimmste, die endgültige Zerstörung der bäuerlichen Landwirtschaft und die totale Industrialisierung der Agrarproduktion aufzuhalten. Um dies zu verhindern und zugleich den in der Landwirtschaft arbeitenden Frauen und Männern neue Perspektiven zu eröffnen, bedarf es des Zusammenschlusses aller bewußten Menschen. Deshalb fordern wir alle betroffenen Organisationen und Einzelpersonlichkeiten auf, diese Erklärung zu unterstützen und gemeinsam für eine soziale, ökologische und solidarische Landwirtschaft einzutreten, die den Ländern der Dritten Welt, der Natur sowie den Bauern und Verbrauchern gleichermaßen dient.

Die Verbraucher Initiative, Postfach 1746, 5300 Bonn 1, Tel.0228/659044; BUKO, Agrokoordination, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel.040/392526; Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND), Postfach 300320, 5300 Bonn; Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Nordrheda 3, 4840 Rheda-Wiedenbrück, Tel.05242/48476

Regionalpolitik

Auf Losungen wie „Rettet das Ruhrgebiet“ sollten sich die Lohnabhängigen nicht einlassen

Mit 5,19 Millionen Einwohnern ist das Ruhrgebiet nach wie vor das größte industrielle Ballungszentrum der BRD. Die Kapitalisten beklagen seit Jahren die Abnahme seiner Wirtschaftskraft, der Anteil NRWs am Bruttosozialprodukt der BRD sank von 28,7% 1970 auf 26,9% 1985, der Anteil NRWs an der Bevölkerung der BRD liegt bei 27,3%. Die Arbeitslosenquote betrug im Juli im Bundesdurchschnitt 8,6%, in NRW 11,1%, im Ruhrgebiet 15,4%. Die Löhne konnten in NRW in den letzten Jahren überdurchschnitt-

lich gesenkt werden, die rechnerisch pro Einwohner gezahlte Sozialhilfe liegt in NRW bei 200 DM, im Ruhrgebiet bei 246 DM. Viele befürchten einen Verfall wie in anderen „altindustriellen“ Räumen, z.B. dem Raum Liverpool in Großbritannien. Die folgenden Artikel sollen einen Beitrag zu der Diskussion um die Folgen dieser Entwicklung, die Absichten der Kapitalisten und der bürgerlichen Parteien, die Ursachen der Strukturkrise und Gegenstrategien liefern. – (axg, hef, roh, scm, syb, uld, wof)

Kapitalisten, CDU und FDP basteln an der Wende für NRW

„Wissenschaft und Industrie, Politik und Unternehmen, Gewerkschaften und Arbeitgeber müssen gemeinsam neue Wege gehen“, forderte der stellvertretende Vorsitzende der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, Cromme, auf der Regionalkonferenz Rhein-Ruhr-Sieg am 15.5. 1987. Eine „Magna Charta für das Revier“ müsse her „zur Erhaltung wettbewerbsfähiger und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze“.

Wie es scheint, machen die Stahlkapitalisten Fortschritte bei der Installation einer Notgemeinschaft Nordrhein-Westfalen. Die drei im Landtag vertretenen Parteien SPD, CDU und FDP erklärten sich bereits im März in einer gemeinsamen Entschliessung mit den Umstrukturierungsabsichten der Stahlkonzerne einverstanden. Die damit verbundenen Entlassungen von dreißig- bis fünfunddreißigtausend Arbeitern und Angestellten wird nicht mehr kritisiert, weil sie zur Erhaltung der „wettbewerbsfähigen Arbeitsplätze“ unumgänglich seien, Maßnahmen zur „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Stahlunternehmen“ werden hingegen begrüßt.

Zur „Schaffung neuer Arbeitsplätze“ fordern die drei Landtagsfraktionen „ein Zukunftsprogramm Montanregionen“. Eine vom Landtag eingesetzte „Expertenkommission Montanregionen“ soll Empfehlungen ausarbeiten zu Fragen wie „Ausbau moderner Infrastruktur“, „Bereitstellung von Grundstücken“, „Technologietransfer und Drittmittelforschung“, „Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen“, „Exportfinanzierung“, „staatlicher und kommunaler Service für eine Standort und Umweltberatung“ u.a.

Cromme von der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl legt die Ansicht der Kapitalisten zu diesen Fragen dar. Nach wie vor müßten den Kapitalisten billigste Grundstücke zur Verfügung gestellt werden, Steuern und Abgaben müßten für alle Kapitalisten

deutlich geringer werden, ebenso die Strompreise. Wie bisher wollen sie das Land verwüsten dürfen, denn „steigende Ansiedlungs- und Betriebskosten wie zum Beispiel im Energie- und Umweltbereich und in der kommunalen Steuer- und Gebührenpolitik verringern die Attraktivität des Standortes Nordrhein-Westfalen“. Darüber hinaus wollen die Kapitalisten einen „neuen Anfang“.

„Alle Maßnahmen zur Erhaltung wettbewerbsfähiger und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze“ müssen „Vorrang haben vor anderen politischen Zielen. Dazu müssen alle Beteiligten ihren Beitrag leisten. Das geht aber nur, wenn man von festgefühten Positionen abrückt und liebgeordnete Gewohnheiten und partikuläre Interessen diesem Gemeinschaftsziel unterordnet“, fordert Cromme.

Vor allem aber sollen die Gewerkschaften und die Arbeiter und Angestellten „mehr Flexibilität und Mobilität“ zeigen und außerdem die Senkung des Lohnniveaus hinnehmen: „Vielleicht kann sich auch hier das Bewußtsein durchsetzen, daß es besser ist, eher niedrige Lohnsteigerungen zu akzeptieren als Arbeitsplätze in Gefahr zu bringen.“ Sehr zuversicht-

lich sind die Kapitalisten allerdings nicht, daß sich die Gewerkschaften ohne weiteres solchen Plänen anschließen würden. Deshalb wollen sie eine Aushöhlung des Koalitionsrechtes. Dazu soll eine „zentrale Stelle“ eingerichtet werden, „die über eine Art Richtlinienkompetenz verfügt und durch ein Vetorecht Maßnahmen verhindern kann, die die Wettbewerbsfähigkeit der Arbeitsplätze gefährden“.

Es liegt auf der Hand, daß die sozialdemokratische Landesregierung eine solche Politik nicht lange mittragen und an der Regierung bleiben kann. Sie versucht daher, die CDU und die FDP in der Beschaffung von Geldmitteln für die Kapitalisten auszustechen, um deren „Wettbewerbsfähigkeit“ zu verbessern ohne frontal gegen die Arbeiterbewegung vorzugehen, bzw. ein solches Vorgehen gutheißen zu müssen. Mit dem Hinweis auf die zu erwartenden Entlassungen in der Stahlindustrie schlägt sie eine zwei Milliarden Mark teure „Zukunftsinitiative“ zur „Förderung von Innovationen und Technologien durch das Technologieprogramm Wirtschaft, die Förderung von Technologiezentren und der Forschungs- und Hochschulinfrastruktur“ vor, das die Landesregierung zu einem Drittel finanzieren will, wenn die Bundesregierung die fehlenden zwei Drittel trägt.

Bisher scheint der Schachzug nicht aufzugehen. Die Kapitalisten verhal-

Jahr	Daten zum Ruhrgebiet		
	Einwohner	Erwerbstätige gesamt	davon Kohle und Stahl
1845	237000	–	10472
1870	655570	–	50750
1905	2522154	–	237184
1923	3100000	–	505289
1932	3750000	–	221069
1950	4007550	1456557	433359
1960	5674223	2385940	388000
1970	5658381	2200600	310450
1980	5334000	2052600	230000

Die Angaben beziehen sich auf: Wesel, Kreis Recklinghausen, Bottrop, Gelsenkirchen, Hamm, Kreis Unna, Oberhausen, Duisburg, Mülheim, Essen, Herne, Bochum, Dortmund, Ennepe-Ruhr-Kreis, Hagen. Quellen: Stat. Jahrbuch NRW, H. G. Steinberg, Sozialräumliche Entwicklung und Gliederung des Ruhrgebiets.

ten sich abwartend, wohl wissend, wie es um die Landesfinanzen bestellt ist. Außerdem: Was sind schon zwei Mrd. DM für alle, wo doch allein der Thyssen-Konzern einen Jahresumsatz von über 30 Mrd. DM hat.

Die Arbeiterbewegung dafür zu mobilisieren, daß die nordrhein-westfälische Industrie eine Spitzenstellung in der Konkurrenz einnimmt, wird schwer gelingen, wenn klar ist, daß dies keineswegs zu einer Verbesserung, sondern eher zur Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen führen wird. Hinzu kommt, anders als durch einschneidende Zusammenstreichungen von öffentlichen Reproduktionleistungen, die den Lohnabhängigen zugute kommen, können diese Programme angesichts der Haushaltslage in NRW nicht finanziert werden. So kann die Bundesregierung abwinken und ihrerseits die SPD in Zugzwang bringen.

Ergebnis: Die Landesregierung mußte unter der Hand ihre Absicht aufgeben, sich nicht an den Sozialplankosten der Stahlkonzerne zu beteiligen, nachdem das Bundesarbeitsministerium dazu eine Zusage gegeben hatte. Sie hätte als jemand dagestanden, der den Konzernen Millionenbeträge zuschiebt, aber nichts für die Versorgung der abgearbeiteten, über fünfzigjährigen Stahlarbeiter tun will, die bei dem zu erwartenden Belegschaftsabbau auf der Strecke bleiben sollen.

Blüm kann sein Ansehen als neuer CDU-Landesvorsitzender aufpolieren, indem er in guter Tradition der christlichen Soziallehre auf seine „Höchstleistungen“ bei der „sozialverträglichen Abfederung“ des „Strukturwandels“ verweist, durch altersbedingte Verlängerung der Bezugszeiten für Arbeitslosengeld, Umschulungsbeihilfen, Zuschüssen zum Wartegeld bei Frühverrentungen etc.

Gleichzeitig kann er abwarten, wie spätestens mit den Einnahmeausfällen des Landes NRW nach der Steuerreform die Handlungsunfähigkeit der sozialdemokratischen Landesregierung unübersehbar wird. Für diesen Fall steht er als Repräsentant einer „industriefreundlichen“ Politik bereit, die keine „Arbeitsteilung“ akzeptiert nach dem Motto „Für die Gewinne sind die Unternehmer, für die Verluste und ihre Folgen ist der Staat zuständig“. Für eine Politik also, wie Cromme sie fordert, bei der die Kapitalisten sich an den Arbeitern und Angestellten schadlos halten, statt nach Staatsknete zu schielen.

Quellenhinweis: Beschluß des Landtages NRW zur Stahlpolitik, 25.3.1987; Reden von Cromme und Blüm auf der Regional-Konferenz Rhein-Ruhr-Sieg, 15.5.1987; „Unsere Politik für die Montanregionen“, Regierungserklärung von Ministerpräsident Rau, 10.7.1987

Stahlkonzerne haben ihre Schwerpunkte verlagert

Alle großen Ruhrgebietskonzerne haben schon Ende der sechziger Jahre angefangen, ihre Schwerpunkte vom Stahl auf andere Industriezweige zu verlegen. „Diversifikation“ heißt das Zauberwort. Infolge dessen sind die meisten Stahlkonzerne immer weniger mit der Produktion von Stahl beschäftigt. Der Anteil der unmittelbar im Stahlbereich Beschäftigten liegt heute bei durchschnittlich 50,4% aller Beschäftigten der Konzerne, der Anteil des Stahls am Konzernumsatz liegt unter 50%. Thyssen zum Beispiel macht nur noch 26,5% seines Umsatzes im Stahlbereich, Hoesch weltweit nur noch 40%, Salzgitter hat seine Stahlaktivitäten auf 25% zurückgefahren. Fast alle Stahlkonzerne haben die stahlproduzierenden Unternehmen als Töchter aus dem Konzern ausgegliedert. Verlegt haben sie sich vor allem in den Maschinenbau und den „High-Tech“-Bereich.

Hoesch hat 1984 seinen Anteil am Maschinen- und Anlagenbaukonzern Orenstein und Koppel von 50% auf 75,1% und seinen Anteil an der Eisen und Metall GmbH Gelsenkirchen von 33,3 auf 66,6% aufgestockt. 1986 baute die Hoesch-Tochter mbp Software und System GmbH ihren Anteil an der UNC Software GmbH, Köln, auf 51% aus. Im selben Jahr übernahm Hoesch die Rafi GmbH, die elektronische Komponenten und Geräte herstellt.

Während der Mannesmann-Konzern in den siebziger Jahren noch führend war in der Herstellung von nahtlosen Röhren und damit 50% des Umsatzes bestritt, so ist heute der Röhrenanteil unter 30% gesunken. Verlagert hat sich der Konzern schon 1975 durch die Übernahme der DEMAG AG, dem damals fünfgrößten Maschinen- und Anlagenbauer, und der Rexroth Gruppe in den Maschinenbau, Anfang der achtziger Jahre durch Kauf zweier Unternehmen von AEG und der (inzwischen 100%igen) Beteiligung an Kienzle Apparate Bau in den „High-Tech“ Bereich. Heute produziert Mannesmann Stahl nur noch für den eigenen Bedarf.

Krupp hat schon in den 60ern durch den Kauf der (heutigen) Krupp MaK Maschinenbau GmbH, ein Unternehmen, das im zivilen Bereich Dieselmotoren und ähnliches und im militärischen Bereich Kettenfahrzeuge und Marineausrüstungen herstellt, verlagert. Der Stahlumsatz am Gesamtumsatz ist 1985 bei Krupp auf ca. 30% zurückgegangen. Auch Krupp versuchte mit der Gründung der Krupp Atlas Da-

tensysteme GmbH, ein Unternehmen, das mit der industriellen Automation beschäftigt ist, einen Schritt in Richtung „Zukunftsmarkt“ zu tun.

Insbesondere im Maschinenbau versuchte auch Thyssen zu diversifizieren. Der Konzern kaufte 1974 die Rhein Stahl AG auf, die damals der drittgrößte Maschinen- und Anlagenbauer war. Diese Strategie führte er mit dem Kauf des amerikanischen Maschinenbaukonzerns Budd Company 1978 weiter und in der Folgezeit durch den Ankauf mittelständischer Unternehmen wie der Hüller



„High-Tech“-Defizit? Die Stahlkonzerne waren mit die ersten, die computergesteuerte Produktionsstraßen einführten.

Hille GmbH und der Maschinenfabrik Diedesheim. Desweiteren engagiert sich Thyssen im Rüstungsbe- reich: mit Thyssen Henschel, Kassel, und den Thyssen Nordseewerken besitzt Thyssen zwei leistungs- und gewinnfähige Bereiche neben der reinen Stahlfertigung.

Mit ihren ausgelagerten Stahl- töchtern haben die Konzerne in den meisten Fällen keine Ergebnisabführungsverträge abgeschlossen. So lassen sich zeitweise Verluste nach außen kehren und zum Gegenstand staatlicher Subventionen machen. Möglicherweise lassen sich solche Verluste etwa durch konzerninterne Verrechnungspreise bei der Lieferung konzernerzogenen Stahls auch erst erzeugen.

In all ihren neu erschlossenen Be- reichen machen die Konzerne große Gewinne. Dies zeigt, daß die Krise der Stahlindustrie nicht eine Krise der Stahlkonzerne bedeutet.

Quellenhinweis: „Gegen Massenentlassungen und regionale Zerstörung ...“, in: „Memo-Forum“, Zirkular der Arbeitsgruppe Alternative Wirt- schaftspolitik, Nr. 11, Juni 1987

Einseitige Wirtschaftsstruktur für Expansion und Rüstung

Die einseitige Wirtschaftsstruktur und die damit verbundene Zusammenballung von Arbeitskraft auf engstem Raum ist keineswegs aus sogenannten natürlichen Gründen entstanden. Erst mit der Entwicklung des deutschen Imperialismus im letzten Jahrhundert entstand in der Region um die Flüsse Ruhr und Emscher die fast nur von Kohle- und Stahlproduktion geprägte Industrieregion. Die Waffenschmiede des Deutschen Reiches entstand.

Um 1840 begannen die ersten deutschen Kapitalisten, mit Hilfe der in England entwickelten Dampfmaschinenindustrie senkrechte Schächte zur Kohleförderung zu bauen. Mit der Entwicklung von Hochöfen, die die Erzgewinnung auf Grundlage von Steinkohle möglich machten, sahen die Kapitalisten an der Ruhr eine Möglichkeit, eine von wenig Transportkosten belastete Roheisengewinnung auszubauen, weil der Eisenbedarf im Deutschen Reich sprunghaft zunahm: Der preußische Staat trieb den Ausbau von Eisenbahn und Dampfschiffahrt sowie die Ausrüstung

des Militärs beschleunigt voran.

Ab 1870 etwa ist das Ruhrgebiet an alle Eisenbahnlinien Mitteleuropas angeschlossen, die Region verfügt über das dichteste Eisenbahnnetz auf dem europäischen Kontinent. Mit Schutzzöllen schützte die Reichsregierung die deutsche Kohle- und Stahlproduktion vor Konkurrenz. Dies und die staatlichen Großaufträge an die Stahlindustrie für den Eisenbahnbau und die Rüstungsproduktion beförderten die Entstehung von Monopolen wie Krupp und Kirdorf. Die Bergbauunternehmen konnten fast alle Folgekosten für Bergschäden vermeiden, indem sie die von ihnen beschädigten Gebiete ab 1875 billig aufkauften (die Reichsregierung erließ zu diesem Zweck besondere Enteignungsgesetze) und für ihre Zwecke weiterverwenden konnten. Die Folge ist, daß der Grund und Boden im Ruhrgebiet bis heute zu einem Drittel den Bergbaukapitalisten bzw. den von ihnen und den Stahlkapitalisten gebildeten Monopolen gehört. Die Gesellschaften verpachteten den Boden nur zu der Be-

dingung, daß die Pächter keine Ansprüche gegen die Gesellschaft erhoben – eine Regelung, die bis heute gültig ist und die die Ansiedlung anderer Industrien deutlich gehemmt hat.

Kurz vor Beginn des ersten Weltkrieges produzierten die Arbeiter im Ruhrgebiet mehr als ein Zehntel der gesamten Weltroheisenproduktion, den gleichen Anteil der Weltkohleförderung hatte der Ruhrbergbau, 60% der gesamten Kohleförderung des Reiches und knapp die Hälfte der Roheisenproduktion des Deutschen Reiches stammte aus der Region. Arbeiteten in den 40er Jahren des letzten Jahrhunderts noch etwa 10400 Lohnabhängige von einer Viertel Million Einwohnern im Bergbau und der Stahlindustrie, so waren es 1913 bereits 450000 von insgesamt 2,5 Millionen Einwohnern. Der Krupp-Konzern war mit 82000 Beschäftigten, neun Stahlwerken und 181 Schmieden der größte europäische Industriekonzern und der bedeutendste Rüstungsexporteur in Europa geworden.

Die Konzentration auf die exportorientierte Bergbau- und Stahlindustrie wurde nach dem ersten Weltkrieg nicht beendet, sondern von den Kon-

Wirtschaftsförderung in NRW dient nicht den Arbeitern

In Nordrhein-Westfalen gibt es eine Vielzahl von „Wirtschaftsförderungsmaßnahmen“. Allein eine Milliarde DM pro Jahr zahlt die Landesregierung für Koks- und Kohlebeihilfen.

Eine weitere wichtige Maßnahme ist die regionale Wirtschaftsförderung. Sie besteht aus zwei Fördersträngen, der „Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsförderung“ von Bund und Ländern und einer eigenen Landesförderung. Im Haushalt 1987 wurden unverändert wie 1986 82,9 Mio. DM für die Gemeinschaftsaufgabe in Ansatz gebracht, davon kommt die Hälfte vom Bund. Dazu kommen 63 Mio. Verpflichtungsermächtigungen (VE), d.h. dafür kann die Regierung Zusagen machen. Weitere 70 Mio. DM (und 82,7 Mio. VE) finden sich im Haushalt für die Landesaufgabe.

Dies Geld wird für zahlreiche einzelne Fördermaßnahmen ausgegeben. Zwischen 10% und 20% erhalten Kapitalisten, die in 75 ausgewählten Standorten einen Betrieb aufmachen wollen. Das gleiche gilt für den Kauf eines stillgelegten oder von der Stilllegung bedrohten Betriebs. In den regionalen Fördergebieten (vor allem Ruhrgebiet, Aachen/Eifel, Siegerland/Ostwestfalen) werden zwischen 7,5% und 20% der Neuinvestitionen erstattet, wenn der Kapitalist in Zukunft mindestens

50 Arbeiter (oder 15% der bisherigen Belegschaft) mehr ausbeuten will.

In den Fördergebieten gibt es weiter bis zu 10% der Kosten für eine Investition, „die zum Beispiel der Sicherung von Arbeitsplätzen dient oder die Wirtschaftlichkeit des Betriebs erhöht“, d.h. hier wird die glatte, mit Entlassungen verbundene Rationalisierung gefördert.

Alle Zuschüsse dieser Programme sind nicht rückzahlbar. Zwischen 1975 und 1985 wurden Zuschüsse für Gesamtinvestitionen von 27,6 Milliarden gegeben. Hauptnutznießer waren die Kapitalisten der Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbauindustrie mit 4,5 Milliarden DM (16,3% der Gesamtsumme), gefolgt vom Holz-, Papier- und Druckgewerbe (4,03 Mrd. DM, 14,6%) und der chemischen Industrie einschließlich Ölverarbeitung (3,4 Milliarden DM oder 12,3%).

In der sogenannten Mittelstandsförderung (Beschäftigungsorientiertes Förderprogramm) bietet die Landesregierung den Kapitalisten Zinssubventionen, d.h. billige Kredite bis zu 30% der förderbaren Kosten (höchstens 300000 DM) bei Neuerrichtung eines Betriebs oder Erwerb einer Beteiligung. Im Haushalt 1987 sind für solche Zuschüsse 40 Mio DM vorgesehen (35 Mio. DM VE).

Mit dem „Technologieprogramm Wirtschaft“ zahlt die Landesregierung bis zu 50% (in der Regel etwa 30%) von Forschungs- und Technologieentwicklungskosten an mittlere und klei-

ne Kapitalisten, im Haushaltsjahr 1987 sind das 50 Mio. DM (57,6 Mio. VE). Im parallelen Programm „Zukunftstechnologien“ werden 20 Mio. in Ansatz gebracht, die VE beträgt 64,8 Mio. DM, im Technologieprogramm Energie 150 Mio. DM (VE 293 Mio. DM), im Programm Bergbau 67,5 Mio. (VE 55 Mio.). In den beiden letzteren sind Förderungen für die Kohleindustrie enthalten. Das Programm „Metallische Werkstoffe“ mit 29,8 Mio. (VE 96,628 Mio.) nützt vor allem den Stahlkapitalisten.

Das Land übernimmt außerdem Bürgschaften, d.h. es garantiert die Rückzahlung von Darlehen, die Kapitalisten bei Banken aufnehmen. Geht der Kapitalist pleite, muß das Land zahlen.

Über den Zweck der Mittelverwendung läßt der SPD-Wirtschaftsminister Jochimsen keine Zweifel. Erstes Ziel sei, „unsere Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Rahmen qualitativ, d.h. primär innovativ zu stärken“. Dies soll auf Kosten der Arbeiter gehen. In ihrem Außenwirtschaftsbericht schreibt die Landesregierung begeistert, daß seit 1982 die Lohnstückkosten „in den Partnerländern weniger gesunken sind in als in der Bundesrepublik“.

Quellenhinweis: R. Jochimsen, Wirtschaft in NRW, Einführung in den Wirtschaftsetat 1987, Ges. für Wirtschaftsförderung: NRW, Wirtschaftsraum für Investoren

zernen fortgesetzt. Thyssen gründete die Vereinigten Stahlwerke, der Krupp-Konzern kaufte weitere Metall- und Stahlunternehmen auf. Die Konzentration der Stahl- und Kohleproduktion auf eine Region im Reichsgebiet schreitet fort: Anfang der dreißiger Jahre stammen drei Viertel der deutschen Kohle- und Eisenproduktion aus dem Ruhrgebiet, die Region soll die Energie- und Materialbasis für den faschistischen Raubzug bilden.

Nach der erneuten Niederlage der deutschen Imperialisten im zweiten Weltkrieg versuchen die Alliierten zwar zunächst, durch Demontage und Entflechtung die Macht der großen Industriemonopole zu beschränken, der Beginn des „Kalten Krieges“ ermöglicht es jedoch den deutschen Imperialisten, die Ruhrregion wieder zu einer Basis der Expansion zu machen. Sie betreiben die Bildung der europäischen Montanunion und die Einbindung der BRD in den Weltmarkt. Bereits Anfang der 50er Jahre erreichen Bergbau und Stahlproduktion das Vorkriegsniveau; die Kapitalisten weiten dann die Produktion weit darüber hinaus aus. Der größte Teil der Produktion wird exportiert, 30% der NRW-Produktion, deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt, geht in den Export.

Schon seit Ende des 19. Jahrhunderts hatte sich gezeigt, daß die Ruhrregion wegen der besonders einseitigen Wirtschaftsstruktur äußerst anfällig war für alle Krisenerscheinungen. In den 60er und 70er Jahren des 19. Jahrhunderts gab es immer wieder Zerschließungen und Stilllegung von Hochöfen, wenn der Konkurrenzdruck Preissenkungen auf dem Kohle- und Stahlmarkt hervorriefen. In der nächsten großen Krise in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts begannen die Konzerne, ihre Produktion auf vielfältigere Produkte umzustellen, sie kauften metallverarbeitende Betriebe auf. Gleichzeitig gelingt es den Konzernen der Schwerindustrie mit dem Wegfall der Versailler Beschränkungen für die Rüstung erneut Staatsaufträge in großem Umfang zu erreichen, die Monostruktur ändert sich nicht und damit auch die Abhängigkeit der Arbeitskräfte von wenigen Großbetrieben. Seit Mitte der 50er Jahre beginnen die Kapitalisten verstärkt, andere Materialien als Kohle und Stahl als Energieträger und Rohmaterial zu verwenden – die Ausbeutung von Arbeitskräften und die Plünderung von Rohstoffen in der Dritten Welt bringt billigere Konkurrenzprodukte auf den Markt. Dies brachte zunächst vor allem den Kohlebergbau unter Druck, seit Ende der 70er Jahren aber zunehmend auch die Stahlkonzerne.

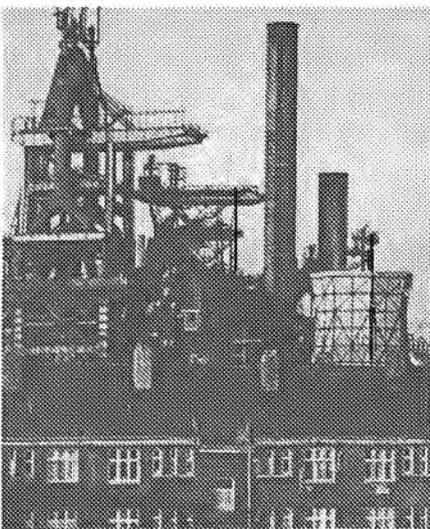
Quellenhinweis: H. G. Steinberg, Sozialräumliche Entwicklung und Gliederung des Ruhrgebiets; P. Wiehoff, Wirtschaftsgeschichte des Ruhrgebiets

Konsolidierungskonzept „Gelsenkirchen 2000“

Die Strukturkrise im Ruhrgebiet hat drastische Auswirkungen auch auf die Kommunen und ihre Finanzkraft. Am 12.6.87 wurde in Gelsenkirchen mit der absoluten Mehrheit der SPD-Ratsfraktion der Etat für 1987 und ein Sparkonzept bis 1994 verabschiedet. Durch Stellenkürzungen, Gebührenerhöhungen, etc. soll die Haushaltsdeckung um 60 Mio. DM verbessert werden.

Erstmals 1983 tauchten Defizite im Verwaltungshaushalt auf; 1987 betrug das Minus bereits 100,7 Mio. DM. Eine Ursache besteht in der traditionellen Wirtschaftsstruktur, die vor allem von Bergbau, Stahl- und Textilindustrie sowie der Herstellung von Haushaltsgeräten geprägt ist. Die Arbeitslosenquote liegt bei 17%; 1980 zahlte die Stadt 2,7 Mio. DM an arbeitslose Sozialhilfeempfänger, 1987 rechnet man mit 20 Mio. DM (plus ca. 600%). Gleichzeitig sank die Bevölkerung von 1959 bis 1984 von 391000 auf 288507. Dies hat erhebliche Einnahmeverluste beim Finanzausgleich nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) zur Folge gehabt.

Die Steuern, die die Kohle- und Stahlkonzerne zahlen müssen, sind ebenfalls drastisch gesunken. 1980 wurde die ertragsunabhängige Lohnsummensteuer abgeschafft. Das Aufkommen der Gewerbesteuer nach Ertrag konnte von 1979 bis 1985 jedoch nur von 92 Mio. DM auf 96 Mio. DM gesteigert werden, obwohl die Stadt den Hebesatz von 280 auf 420% anheb. „Trotz Hebesatzerhöhung, Anhebung des Gemeinde-



Die Kommunen versuchen, bei den öffentlichen Einrichtungen zu streichen, obgleich solche Wohn- und Lebensumstände eigentlich vermehrt öffentliche Erholungseinrichtungen verlangen.

anteils an der Einkommenssteuer und Absenkung des Prozentsatzes für die Gewerbesteuerumlage verblieb nach Wegfall der Lohnsummensteuer in Gelsenkirchen ein Defizit von rd. 30 Mio. DM jährlich“, heißt es in einem Bericht der Stadt.

Bestärkt wurde die Defizitentwicklung durch die Senkung des Verbandsatzes bei den Schlüsselzuweisungen nach dem GFG und dem Wegfall der Aufstockung II (durch „Aufstockungen“ sollte wegen dem Fortfall der Lohnsummensteuer besonders benachteiligten Städten in NRW geholfen werden; Aufstockung II wurde vom Landesgerichtshof für nichtig erklärt). Allein letztere bedeutete 1986 einen Einnahmeausfall von 12,8 Mio. DM.

Bei Drohung des Verlustes der kommunalen Selbstverwaltung erstellte Oberstadtdirektor Linde einen Konsolidierungsplan. In keinem Jahr zuvor stand die Verabschiedung unter solch enormen Kürzungsdruck durch die Landesregierung. Gelsenkirchen mußte mit weiteren sechs strukturschwachen Städten in NRW einmalige Sonderhilfen (für 1987 10,7 Mio. DM) in Anspruch nehmen. Bedingung war die Vorlage eines „Spar“konzepts. Wird von diesem abgewichen, kann das Innenministerium die Hilfen stoppen und die Gelder zurückverlangen. Per Erlaß hat der Regierungspräsident Münster für 1987 nur ein Defizit von 44,8 Mio. DM genehmigt, durch eine Auflage hat er verfügt, daß die Hälfte der freiwerdenden Stellen des Jahres 1986 einzusparen ist.

Das Konzept „Gelsenkirchen 2000“ zielt auf den Abbau sozialer und kultureller Einrichtungen, Erhöhung von Gebühren und Einsparungen beim Personal. So sollen z.B. 17 Schulen aufgelöst werden, der Zoo soll geschlossen werden, Zweigstellen der Bücherei und das Kommunale Kino werden geschlossen, Musiktheater und VHS sollen reduziert werden. Nach einer Dienstvereinbarung mit dem Personalrat sollen jährlich 3,48 Mio. DM eingespart werden durch die Erhöhung der zu reinigenden Quadratmeter pro Reinigungskraft und durch einen Zweitages-Reinigungsturnus. Bereits zum 1.4. ist eine Erhöhung der Abwassergebühren um 72% in Kraft getreten.

Abschbar ist jetzt schon, daß das Konsolidierungskonzept „reine Makulatur“ (Stadtkämmerer) bleibt. Ab 1988 büßt Gelsenkirchen 39 Mio. DM durch die Bonner Steuerreform ein. Durch die geplante Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes erwartet die Stadt einen Verlust von 500000 DM. Weitere Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung sind daher zu befürchten.

Eine Klärung, was nicht geht, ist dringend erforderlich

Unter oppositionellen Kräften ziemlich verbreitet ist die Auffassung, daß den Konzernen und der Reaktion „positive Forderungen“ zur Umstrukturierung entgegengestellt werden müssen. Ausdruck davon sind die zahlreichen Versuche, alternative regionalpolitische Programme aufzustellen. Sowohl die Grünen als auch die DKP haben sich die Mühe gemacht, bestimmte Maßnahmen einer Beschäftigungspolitik bis ins einzelne auf ihre Finanzierung durchzurechnen. Dabei geht es z.B. um Luft- und Wasserreinhaltung, Altlastensanierung, um Gelder für die Entwicklung von Recycling-Verfahren. Die DKP fordert den Bau von 15000 Sozialwohnungen, Wohnumfeldverbesserung, den Ausbau von öffentlichem Nahverkehr und Versorgungseinrichtungen wie Kindergärten.

Die Programme bestreiten den Konzernen mehr oder weniger deutlich den Anspruch, die Gesellschaft nach ihren Gesichtspunkten zu gestalten. Produziert werden soll, was der Reproduktion der Lohnabhängigen nutzt, und nicht, was den Kapitalisten Profit bringt. In dieser Richtung finden sich Anknüpfungspunkte.

Die praktische Bedeutung der Programme ist jedoch gering. Zu kurz kommt die Kritik an den Absichten der Konzerne, an den Absichten der Reaktion. Die Kapitalisten wollen die Umstrukturierung nutzen, um die freie, ungehinderte Verfügung über die Arbeitskraft durchzusetzen. Dem kann nicht mit der Forderung nach Beschäftigung begegnet werden. Zudem dienen insbesondere der DKP Forderungen nach Wohnungsbau, Kindergärten, öffentlichem Nahverkehr usw. vor allem als Begründung für die Möglichkeit, Arbeitsplätze im Montanbereich zu erhalten.

Warum befaßt sich die DKP nicht damit, daß die westdeutsche Stahlproduktion auch stofflich auf die Expansionsinteressen der Konzerne zugeschnitten ist und eben nicht auf die Befriedigung von Bedürfnissen der Lohnabhängigen? Die Rohstahlproduktion sank in der BRD von 45 Mio. t 1970 auf 40,5 Mio. t 1985, im gleichen Zeitraum stieg die Edelstahlproduktion von 6,1 Mio. t auf 9,3 Mio. t. Die Produktion von Bau- oder Betonstählen überlassen die westdeutschen Stahlkonzerne bewußt immer mehr anderen, um sich auf die Produktion von exportträchtigen Qualitätsstählen zu konzentrieren. Qualitätsstähle sind gleichzeitig als Grundlage für den expandierenden Maschinenbau unerläßlich, ebenso für die Rüstungsproduktion.

Gerade die Rüstungsproduktion wollen die Konzerne ausbauen. Ende

August gab das Bundesverteidigungsministerium bekannt, daß es zur Zeit die Vergabe von Reparaturaufträgen der Bundeswehr an die Thyssen-Henrichshütte in Hattingen prüft. Die IG Metall „bezweifelte“ lediglich, ob dies die Probleme löst. Auch von den Grünen und der DKP war nicht viel zu hören, schon gar nicht, daß es sich um Umstrukturierung zu Kriegsvorbereitung handelt, wenn die Produktion der Henrichshütte so umgestellt wird.

Eine Auseinandersetzung um das „Was“ der Produktion ist ebenso nötig wie die Auseinandersetzung um die Arbeitsbedingungen und die Standorte der Produktion. Ohne eine Verbesserung der Kritik an den Absichten der Kapitalisten können jedoch die Interessen der Lohnabhängigen nicht formuliert werden. Ein Fortschritt wäre es, wenn klarer formuliert würde, unter welchen Umständen man

geschwächt werden. Sie sind nicht nur wichtige Träger von Einrichtungen zur Reproduktion der Lohnabhängigen. Sie müssen auch Einfluß auf die wirtschaftlichen Einrichtungen erhalten. Eine Vergesellschaftung der Stahlindustrie wäre nur in Form dezentraler Gesellschaften auf kommunaler Ebene sinnvoll.

– Die ungleichmäßige Entwicklung des Ruhrgebiets gegenüber den umliegenden, ländlichen Räumen, darf nicht verstärkt werden. Heute ist vielfach das Umland vom Ruhrgebiet abhängig. Andererseits werden z.B. landwirtschaftliche Güter in das Ruhrgebiet eingeführt. Die Bildung eines Regierungsbezirkes Ruhr muß abgelehnt werden.

– Die Vergabe Öffentlicher Aufträge und öffentlicher Gelder muß schließlich an die Einhaltung gesetzlicher und tariflicher Bestimmungen geknüpft werden. Leiharbeit, Zeitverträge u.ä. Formen flexibler Arbeit dürfen nicht hingenommen werden. Abgelehnt werden müssen auch die



Betrieberversammlung gegen die Stilllegung der Henrichshütte in Hattingen – kann die Bundesregierung mit ihrem „Rüstungsangebot“ die Stahlarbeiter beruhigen?

regionalpolitische Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung in jedem Fall ablehnt. Hierüber müßten sich die oppositionellen Kräfte verständigen. Solche Kriterien wären:

– Die Ausrichtung der Produktion auf die Expansionsinteressen der Konzerne darf nicht verstärkt werden. Sie darf weder auf Rüstungsproduktion zielen, noch die hohe Exportquote des Ruhrgebiets verstärken.

– Die Abhängigkeit der Ruhrgebietswirtschaft von einigen wenigen Monopolen darf nicht ausgebaut werden. Die Ansiedlung neuer Monopole würde nur neue Abhängigkeiten schaffen. Die Bildung einer in zentraler Hand verstaatlichten „nationalen Stahl AG“ wäre eine weitere Monopolisierung.

Die Kommunen dürfen nicht weiter

unmenschlichen Schichtbedingungen in der Stahlindustrie.

Sowohl die Programme der DKP als auch der Grünen fordern eine Verbesserung der Situation der Arbeitslosen. Solche Forderungen nach Verbesserung der Leistungen der Sozialversicherung sind von Bedeutung, nicht nur als „Notmaßnahmen“ gegen Armut, sondern auch, um die Konkurrenz der Lohnabhängigen untereinander einzuschränken. Insbesondere der Verbesserung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung müßte mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Nicht zuletzt sollte der CDU-Landesvorsitzende Blüm damit konfrontiert werden, der für den Leistungsabbau in vielen Fällen unmittelbar verantwortlich ist.

Dokumente zu den Vorstellungen oppositioneller Kräfte

aus: „Stahlpolitisches Programm der IG Metall“, 1985:
Die Interessen der Arbeitnehmer in den Stahlunternehmen und in den Stahlrevieren zu wahren, muß oberster Grundsatz einer sozial verpflichteten Stahlpolitik sein. Dazu gehört:

- Sicherung der Beschäftigung in den Stahlrevieren.
- Sicherung des sozialen Status der Arbeitnehmer.
- Erhaltung der Stahlstandorte.
- Vergesellschaftung der Stahlindustrie bei entscheidenden Einflußmöglichkeiten der Gewerkschaften.
- Erhaltung und Ausbau der Mitbestimmung.
- Weitere Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich ...

Die Stahlproduktion in der Bundesrepublik hängt im wesentlichen vom Inlandsmarkt ab, also von der Wirtschaftsentwicklung im eigenen Lande. Wir fordern von der Bundesregierung die Bekämpfung der Beschäftigungskrise durch eine Wachstums- und Beschäftigungspolitik gemäß dem DGB-Beschäftigungsprogramm ... Darüber hinaus hängt es auch von der Wirtschaftspolitik ab, in welchem Umfange Ersatzarbeitsplätze geschaffen werden

Um für die Zukunft einen weiteren sozialen Abstieg zu verhindern, fordert die IG Metall die Verwirklichung der folgenden sozialflankierenden Maßnahmen: a) Herabsetzung der Altersgrenze ... b) Weitere tarifliche Verkürzung der Wochenarbeitszeit ... c) Fortführung der Sozialplanpolitik ... d) Schaffung einer unternehmensübergreifenden Einrichtung durch die Stahlunternehmen zur Gewährleistung der vereinbarten Sozialplanleistungen ... Die öffentlichen Beihilfen zur Umstrukturierung sind an die Realisierung eines solchen sozialen Begleitprogramms zu binden ...

Wo ein Kapazitätsabbau in der Stahlindustrie unvermeidlich ist, dürfen die betroffenen Regionen nicht zu wirtschaftlichen Notstandsgebieten werden. Die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen mit dem Ziel, eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur herzustellen, ist deshalb für uns von entscheidender Bedeutung. In erster Linie stehen hier die Stahlunternehmen und ihre Obergesellschaften selbst in der Verantwortung ...

aus „Landesprogramm“ der Grünen (1985):
Die GRÜNEN streben in den dafür geeigneten Wirtschaftsbereichen eine verbrauchernahe Produktion in lokalen und regionalen Wirtschaftskreisläufen und die schrittweise Reduzierung der Weltmarktabhängigkeit an ... Wirtschaftliche Monostrukturen ... müssen vermieden werden. Eine regional orientierte Produktion muß sich stärker als bisher an den regionalen Bedürfnissen und den regionalen Ressourcen ausrichten ...

Eine darauf orientierte Regionalpolitik darf aber die vorhandene Arbeitsteilung zwischen den unterschiedlich strukturierten Regionen und die damit gewachsene Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur nicht zugunsten eines abstrakten Ideals autonomer Ökoregionen ignorieren ...

Kurzfristig ist die Verbesserung der regionalpolitischen Steuerungsinstrumente und eine radikale Umkehr in der Subventionspolitik notwendig! ...

Statt das „Energiezentrum Ruhrgebiet“ zum Leitbild zu nehmen, wollen wir eine dezentrale und umweltschonende Energiestruktur im Ruhrgebiet entwickeln. Die Nutzung der heimischen Steinkohle ist auch im Rahmen eines ökologischen Energiekonzeptes, das ein Hauptgewicht auf die staatliche Förderung der Nutzung erneuerbarer Energiequellen legt, auf lange Zeit unverzichtbar. Sie ist aber nur verantwortbar, wenn alles technisch Mögliche zu ihrer umweltschonenden Förderung und Nutzung getan wird ...

Der Aufbau einer dezentralen Kraftwerkstruktur mit Abwärmenutzung ist nicht nur erheblich umweltschonender als die gegenwärtige Großkraftwerksstruktur, sondern sichert und schafft darüber hinaus erheblich mehr Arbeitsplätze ...

Statt dem Wahn der Technologieparks zu verfallen, sollten im Ruhrgebiet Forschungszentren für Umwelttechniken und Altlastensanierung aufgebaut werden. Parallel dazu ist eine Umweltindustrie zu entwickeln, die die entsprechenden Anlagen, wie Filter, Klärwerke u.a. produziert ...

Eine soziale Produktionspolitik zeichnet sich durch folgende Aspekte aus:

- Die regionalen Stahlstandorte ... müssen gesichert werden ...

- Abbau des Nacht- und Wochenendschichtsystems bei angemessenem Lohnausgleich ...

- 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich ...

- Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze für Stahlarbeiter auf 55 Jahre ...

Die von der Produktion Betroffenen müssen über das WAS, WIE und WO der Produktion selbst bestimmen können ... Eine Expansionsstrategie der bundesdeutschen Stahlindustrie auf Kosten ausländischer Stahlunternehmen lehnen wir ab ... Die Vergesellschaftung der Stahlkonzerne ist ein Konzept, das die Entscheidungsrechte über die Stahlindustrie den privaten bzw. staatlichen Kapitaleignern nimmt und sie der Gesellschaft, d.h. den betroffenen gesellschaftlichen Gruppen, zurückgibt. Um ein Höchstmaß an Flexibilität und Überschaubarkeit der Produktion zu gewährleisten, sind Produktionsprozesse und Entscheidungsbefugnisse ... zu dezentralisieren ...

aus: „Das Revier hat Zukunft“, DKP 1986:

* Das Ruhrgebiet ist eine Industrieregion und muß es bleiben. Die brennenden ökologischen Probleme können nicht auf dem Wege einer weiteren „Entindustrialisierung“, sondern nur durch konsequente Umweltschutzmaßnahmen gelöst werden ...

* Die Lebensfähigkeit des Ruhrgebiets als Industrieregion hängt von einer soliden Kohle- und Stahlbasis ab. Und nicht nur das. Die ganze Bundesrepublik braucht die Schwerindustrie und die Energieressourcen des Ruhrgebietes ...

* Die Wirtschaft der Region bracht neben Kohle und Stahl eine „3. Säule“. Sie braucht Industriezweige, die heute den wissenschaftlich-technischen Fortschritt mitbestimmen ...

* Das Ruhrgebiet braucht eine wesentliche Verbesserung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Menschen. Es benötigt dazu insbesondere große Anstrengungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes ... Das Ruhrgebiet braucht schließlich ein breiteres und differenzierteres Angebot öffentlicher Dienstleistungen, das die vielgestaltigen und anwachsenden sozialen und kulturellen Bedürfnisse der arbeitenden Menschen befriedigen kann.

* Das Ruhrgebiet braucht neue sichere Arbeitsplätze. Dazu bedarf es radikaler Arbeitszeitverkürzungen und umfangreicher Beschäftigungsprogramme auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene ...

* Die wachsenden Krisenlasten hindern gerade Frauen im Revier daran, ihre gestiegenen Erwartungen an Gleichberechtigung in Beruf und Familie in die Tat umzusetzen ... Voraussetzung für Frauenerwerbstätigkeit ist eine gute Versorgung mit Einrichtungen für Kinder- und Jugendlichenbetreuung ...

Wir wissen: Solange über die Frage, ob im Ruhrgebiet investiert wird oder nicht, ob vorhandene Entwicklungschancen genutzt werden oder nicht, allein die Konzerne entscheiden, ist eine Umkehr der jetzigen negativen Entwicklung illusorisch.



Barschels Aufträge

Daß der Spitzenkandidat der SPD in Schleswig-Holstein, Engholm, von Spitzeln beschattet, daß sein Steuergeheimnis gebrochen wurde, scheint sicher. Daß der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Barschel dazu den Auftrag gab, liegt nahe. Offenbar benutzte Barschel die ihm zur Verfügung stehenden Machtmittel, um poli-

tische Gegner zu bekämpfen. Als das Gericht gegen Graf Lambsdorff wegen Steuerhinterziehung usw. in Sachen Flick ermittelte, mußte der aus dem Amt. Ausgestattet mit den Machtmitteln eines Ministeriums einen Prozeß zu bestreiten: Das war nicht erlaubt, verstieß gegen Schranken, die das geltende Recht den Inhabern von Regierungsämtern noch auferlegt. Was wird jetzt mit Barschel?

Verfassungsdebatte in Namibia

Seit zwei Jahren diskutiert die von Südafrika eingesetzte „Übergangsregierung“ über die Einführung einer Verfassung, die den Abzug der südafrikanischen Truppen mit sich bringen soll. Der Entwurf der Verfassung stammt von westdeutschen Juristen. Südafrika zeigt jedoch keine Anstalten, das Land zu verlassen. Im Gegenteil, da sich die Hoffnungen Südafrikas und mancher seiner Unterstützer nicht verwirklicht haben, mit den Abspaltungen von Befreiungsorganisationen und oppositionellen Bewegungen den Befreiungskampf zu spalten und zu zerschlagen, mehren sich die Anzeichen dafür, daß Südafrika Namibia mit einer verstärkten Welle des Terrors überziehen will.



Faschistischer Feme-Mord

Hannover. Stundenlang wurde R. Bornemann am 1. Februar von vier seiner „Kameraden“ getreten und mißhandelt. Schließlich erschlugen sie ihn. Das Opfer und die Täter waren Skinheads und Teil der faschistischen Kampforganisation „Eisernes Kreuz I. Klasse“ (EK1), einer Abspaltung der FAP in Hannover. Der stellvertretende

FAP-Gauleiter gibt an, der „Gauleiter“ habe den Mordbefehl gegen den „Verräter“ erteilt. Seit August laufen der Mordprozeß und andere gegen die EK1-Bande. Der niedersächsische Oppositionsführer Schröder vertritt in dem Mordprozeß die Nebenklage. Die Gerichte versuchen alles, um die Aufklärung der politischen Hintergründe zu verhindern und die staatliche Förderung der Faschisten zu decken.

Wahlerfolg der Faschisten in Bremen

Der Bremer SPD-Bürgermeister kündigt an, er wolle ein Verbot der DVU bewirken. Der Bundesrat solle beim Bundesverfassungsgericht einen Verbotsantrag stellen. Zu befürchten ist allerdings, daß eine Kritik der DVU-Programmatik und der Nachweis ihres faschistischen Charakters unterbleibt, ein solcher Antrag an der Unionsmehrheit im Bundesrat scheitert, und die DVU so der erhofften rechtsstaatlichen Reputation näher kommt. Aufgeklärt werden muß auch, wer die DVU wählt. Die Andeutung, das seien die vielen „Arbeitslosen“, die jetzt verstärkt von Staat und Kirche zu bearbeiten seien, läßt die Arbeiterbewegung als Schwachpunkt des antifaschistischen Widerstandes erscheinen.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten
– erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte erscheinen vierzehntäglich, Preis pro Heft:

- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM

Herausgeber

Bundesvorstand des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7

Tel. 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7

Tel. 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie –

Nachrichten Stahl- und Metallindustrie. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – Nachrichten, Analysen, Mitteilungen. 1,20 DM

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront. 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse – Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik – Informationsdienst Gesundheitspolitik. 1,20 DM

Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Helmstr. 8, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen

Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte During, Martin Fochler, Christiane Schneider, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 16 58 Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Siegmair Eitgehausen, Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Kustler Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei Vierteljährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, KG(NHT), PA, VSP